wachstumsstrategie
stratégie de croissance

„wachstumsstrategie version 2007“

Controllingbericht 2006
zur Wachstumsstrategie 2004 und
zur Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums

Bericht
des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 4. April 2007

Bezugsadresse:

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
beco Berner Wirtschaft
Münsterplatz 3
3011 Bern
031 633 45 34
info.beco@vol.be.ch

www.be.ch/wachstumsstrategie

Antrag an den Grossen Rat

Gestützt auf Art. 61 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. November 1988 über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21) unterbreitet der Regierungsrat den vorliegenden Controllingbericht zur Wachstumsstrategie und zur Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums zur Kenntnisnahme.

Bern, 4. April 2007

Im Namen des Regierungsrates

Der Regierungsratspräsident: *Luginbühl*

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Der Kanton Bern macht vorwärts!

Der Trend ist eindeutig: Der Kanton Bern macht vorwärts. Nicht nur die Wirtschaftsdaten zeigen, dass das Wachstum in unserem Kanton zurzeit nachhaltig ist, auch subjektiv spüren wir den Aufschwung: Es werden zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen.

In den letzten Jahren haben sich im Kanton Bern neue Unternehmen in zukunftsweisenden Branchen angesiedelt. Viele bestehende Firmen haben neue, innovative Projekte lanciert. In der Uhrenindustrie, der Präzisions- und Medizinaltechnik, der Telematik und der Maschinenindustrie hat unser Kanton inzwischen eine gute Position und ein klares Profil.

Diese positive Entwicklung ist nicht zufällig – der Kanton Bern bietet attraktive Voraussetzungen: Eine zentrale Lage in der Schweiz und in Europa mit einer hervorragenden Infrastruktur, eine Universität und eine Fachhochschule, ein grosses Reservoir an gut geschultem und oft zweisprachigem Fachpersonal, die unmittelbare Nähe zum politischen Entscheidzentrum der Schweiz, günstige Steuern für Unternehmen.

Der Regierungsrat will die aktuelle Phase des Aufschwungs nutzen, um die vorhandenen Stärken noch besser zur Geltung zu bringen und Schwächen zu bekämpfen. Er will den Kanton Bern fit für die Zukunft machen. Bereits in seinen Regierungsrichtlinien 2007 bis 2010 hat er die nachhaltige Entwicklung ins Zentrum seiner Politik gestellt und die Stärkung der Innovationskraft als eines seiner wichtigsten Ziele definiert.

Die „wachstumsstrategie version 2007“ legt nun detailliert dar, welche neuen wirtschaftspolitischen Akzente im Kanton Bern gesetzt werden sollen. Die Massnahmen sind auf die entscheidenden Handlungsfelder fokussiert: „Bildung, Innovation und Wirtschaft“, „Finanzen und Leistungen“, „Raumentwicklung und Gesamtmobilität“, „Marke Kanton Bern“.

Der Regierungsrat zeigt damit klar, dass er mit einer aktiven und umfassenden Wirtschaftspolitik die Chancen der Zukunft nutzen will – im Interesse eines gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreichen Kantons Bern.

Mit der Führung der Volkswirtschaftsdirektion habe ich die grosse Chance, die Umsetzung dieser Wachstumsstrategie vorantreiben zu können. Dazu gehört für mich auch die Erkenntnis, dass jeder und jede von uns ein Teil der Wirtschaft ist und es den Einsatz von uns allen braucht. Dafür danke ich Ihnen.

Regierungsrat Andreas Rickenbacher

Volkswirtschaftsdirektor

„wachstumsstrategie version 2007“ auf einen Blick

„wachstumsstrategie version 2007“

3 Stossrichtungen für mehr Wachstum und mehr Wohlstand im Kanton Bern:

- **Wirtschaftsstandort stärken:**
  Den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort entlang den Hauptverkehrsachsen (Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel-Moutier) stärken.
- **Wohnstandort fördern:**
  Mit planerischen Massnahmen und einer gezielten Vermarktung den Kanton Bern als Wohnstandort fördern.
- **Leistungsfähigkeit sichern:**
  Entschuldung weiterführen, staatlichen Aufgaben fokussieren und Handlungsspielraum für neue Herausforderungen schaffen.

Handlungsfelder:	**Massnahmen:**
Bildung, Innovation und Wirtschaft	1. „Gute Bildungsqualität anbieten“ 2. „Bildung und Wirtschaft vernetzen“ 3. „Berner Hochschulen als Standortfaktor positionieren“ 4. „Forschung und Entwicklung fördern“ 5. „Medizinalstandort Bern stärken“ 6. „Familie und Beruf vereinbaren“ 7. „Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglichen“ 8. „Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern“ 9. „Internationales Schulangebot schaffen“ 10. „Wettbewerbsfähige Tourismus-Destinationen fördern“ 11. „Energieversorgung zukunftsfähig sicherstellen“ 12. „Wirtschaft und Verwaltung - als Partner zusammenarbeiten“
Finanzen und Leistungen	13. „Leistungsprofil definieren“ 14. „Immobilienmanagement aktivieren" 15. „Investitionen priorisieren“ 16. „Steuern reformieren“

Raumentwicklung und Gesamtmobilität	17. „Agglomerationsprogramme – Verkehrs- und Siedlungsentwicklung abstimmen“ 18. „Gesamtheitliche Verkehrslösungen bieten“ 19. „Schiene, Strasse, Luft: Erreichbarkeit sichern“ 20. „Einbindung in nationalen Schienenverkehr verbessern“ 21. „Kantonale Raumplanung stärken – Umsetzung und Bewirtschaftung des kantonalen Richtplans“ 22. „Entwicklungsschwerpunkte - attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten schaffen (ESP)“ 23. „Kräfte konzentrieren - Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)“ 24. „Berner Regionen stärken“ 25. „Strukturentwicklung in der Landwirtschaft begleiten“
„Marke Kanton Bern“	26. „Profil für den Kanton Bern schaffen“ 27. „Kanton Bern als Wohnstandort fördern“ 28. „Bundesstadt als politisches Entscheidzentrum vermarkten“ 29. „EURO 08 – Bern wirkt Wunder“ 30. „Kultur als Standortfaktor positionieren“

Inhaltsverzeichnis

Der Kanton Bern macht vorwärts!		4
„wachstumsstrategie version 2007“ auf einen Blick		5
Inhaltsverzeichnis		7
I.	Einleitung	9
II.	Wachstumsstrategie	15
1.	Was will die Wachstumsstrategie 2004?	17
2.	Wie wird die Wachstumsstrategie 2004 umgesetzt?	17
3.	Wo steht die Wachstumsstrategie 2004 heute?	19
4.	Wo steht der Kanton Bern wirtschaftlich?	23
5.	„wachstumsstrategie version 2007“	33
III.	Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums	62
6.	Was will die Strategie ländlicher Raum?	63
7.	Wie wird die Strategie ländlicher Raum umgesetzt?	63
8.	Wo steht die Strategie ländlicher Raum heute?	68
9.	„Stärken und Potenziale entwickeln“ – Die Neue Regionalpolitik	69
Anhang		71
A)	Wachstumspaket des Bundes: Umsetzungsstand Dezember 2006	72
B)	Wachstumsstrategie 2004: alle Massnahmen, Stand 01.01.07	74
C)	Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Berner Jura, Stand 01.01.07	77
D)	Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Berner Oberland, Stand 01.01.07	78
E)	Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Biel-Seeland, Stand 01.01.07	82
F)	Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Emmental, Stand 01.01.07	85
G)	Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Gantrisch, Stand 01.01.07	87
H)	Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Oberaargau, Stand 01.01.07	89

I. Einleitung

„Wachstumsstrategie“

Im Kanton Bern besteht ein breiter Konsens, dass der Kanton mehr Wirtschaftswachstum braucht. Der Regierungsrat hat deshalb zu Beginn der Legislatur 2002 bis 2006 das Ziel «Wirtschaftswachstum fördern» formuliert. Mit dem Bericht zur Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie hat er im Februar 2004 aufgezeigt, wie er dieses Ziel umsetzen will. Der Grosse Rat hat diesen Bericht im Juni 2004 zur Kenntnis genommen. Die Wachstumsstrategie basiert auf den „Zukunftsstrategien für den Kanton Bern“, einem Bericht des Wirtschaftsrates aus dem Jahr 2001. Der Regierungsrat hat 2002 beschlossen, Empfehlungen des Wirtschaftsrates aus den Bereichen Finanzen, Steuern, Bildung und Kommunikation weiterzuverfolgen (RRB 0132 vom 23.01.2002).

Die Berichterstattung über den Stand der Umsetzung der Wachstumsstrategie erfolgt gegenüber dem Grossen Rat erstmals in der Juni-Session 2007. In der Zwischenzeit informiert der Regierungsrat jährlich im Rahmen des Geschäftsberichts. Das Controlling richtet sich weitgehend nach dem bewährten Vorgehen des Richtplanes. Der Controllingbericht beantwortet auf Ebene der Massnahmen die Frage „Werden die Massnahmen umgesetzt, sind sie auf Kurs?“ (Leistungscontrolling).

Der Regierungsrat hat auf Basis der bisherigen Arbeiten der Berner Wachstumsstrategie, die 2004 verabschiedet wurde, die vorliegende „wachstumsstrategie version 2007“ erarbeitet. Der Regierungsrat will den Wirtschaftsstandort stärken, den Wohnstandort fördern und die Leistungsfähigkeit sichern. In den Handlungsfeldern „Bildung, Innovation und Wirtschaft“, „Finanzen und Leistungen“, „Raumentwicklung und Gesamtmobilität “ und „Marke Kanton Bern“ will er mit verschiedenen Massnahmen Wirtschaftswachstum im Kanton Bern ermöglichen.

„Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums“

Als Ergänzung zur Wachstumsstrategie 2004 werden mit der „Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums“ die Stärken und Potenziale in den Regionen entwickelt. Im Auftrag der Volkswirtschafts- und der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion haben regionale Arbeitsgruppen im Rahmen dieser Strategie konkrete Massnahmen zugunsten der ländlichen Regionen formuliert. Der Regierungsrat hat die Strategie dem Grossen Rat als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative „Pro Region: gleiche Chancen für alle Regionen im Kanton Bern“ unterbreitet (RRB 3008 vom 19.10.2005). In der Januarsession 2006 hat der Grosse Rat den Bericht „Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums“ zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Initiative „Pro Region“ wurde daraufhin zurückgezogen. Die Berichterstattung über diese Strategie wird - gemäss einer Planungserklärung des Grossen Rates - in das vorliegende Controlling der Wachstumsstrategie integriert.

Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) wird ab 2008 die Regionalpolitik neu ausgerichtet. Im Zentrum werden die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation bzw. die Stärkung der Wertschöpfung in den Regionen stehen. Die „Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums“ bildet eine wichtige Grundlage für die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik im Kanton Bern. Eine Reihe der im Bericht enthaltenen Massnahmen mit lokalen und regionalen Trägerschaften werden im Rahmen des kantonalen Umsetzungsprogramms zur Neuen Regionalpolitik (NRP) geprüft und - wenn sie die NRP-Kriterien erfüllen - aufgenommen.

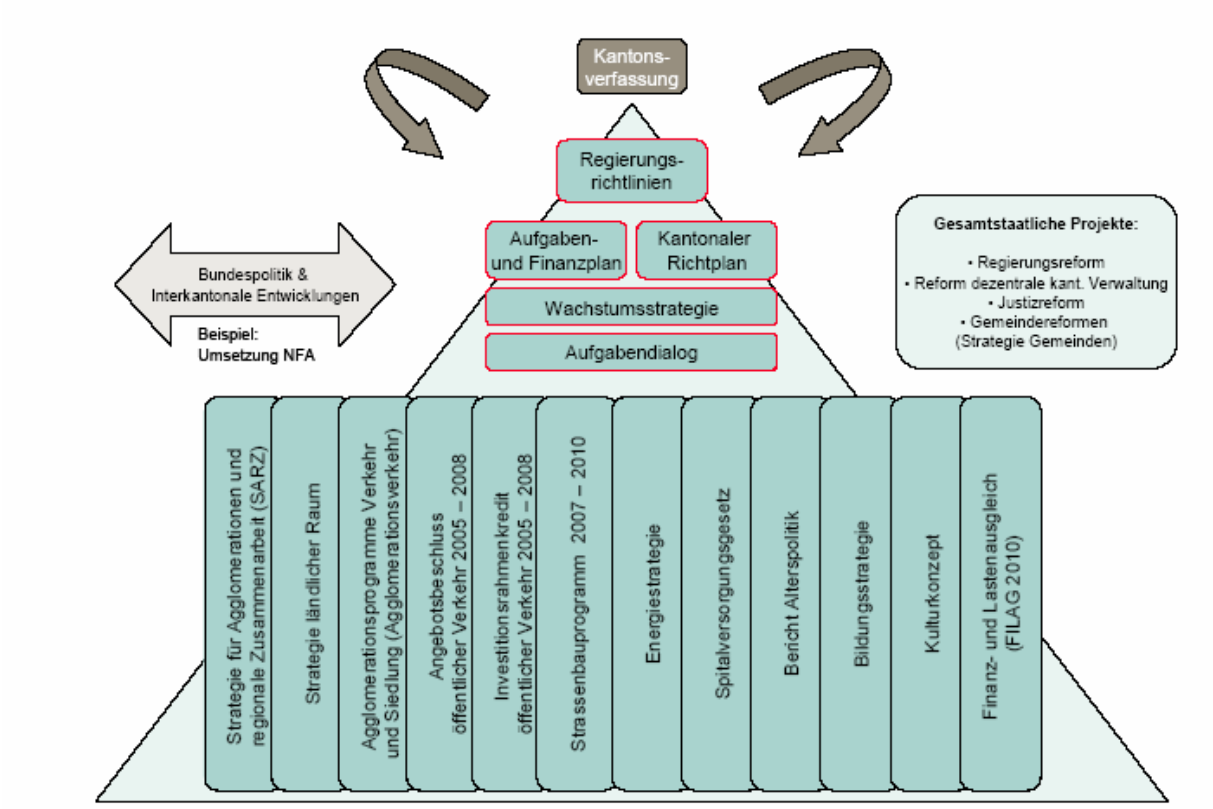
Strategische Einbettung

Die vorliegende Aktualisierung der Wachstumsstrategie basiert auf den „Richtlinien der Regierungspolitik 2007 – 2010“. Die Grundmaxime in den nächsten vier Jahren lautet: „Nachhaltige Entwicklung stärken“. Zur Verwirklichung dieser Grundmaxime hat der Regierungsrat sieben Schwerpunkte bestimmt:

- „Innovation:
  Es wird ein innovationsfreundliches Umfeld geschaffen durch geeignete Rahmenbedingungen, unter anderem durch die Optimierung des Wissensaustauschs zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Potenziale der Regionen werden gestärkt.
- Zuverlässige und stabile Finanzpolitik:
  Die zuverlässige und stabile Finanzpolitik wird fortgesetzt. Die Entschuldung wird weitergeführt, damit finanzpolitischer Handlungsspielraum entsteht.
- Hohe Bildungsqualität:
  Eine hohe Qualität der Bildung wird gesichert.
- Zusammenhalt:
  Der Zusammenhalt im Kanton Bern wird gestärkt.
- Raumentwicklung und Gesamtmobilität:
  Raumentwicklung und Gesamtmobilität werden aufeinander abgestimmt.
- Gesellschaftspolitik:
  Die selbst bestimmte Lebensgestaltung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die soziale Integration werden gefördert.
- Energiepolitik:
  Mit einer vorausschauenden Energiepolitik wird ein Beitrag an den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und an einen attraktiven Wirtschaftsstandort Kanton Bern geleistet.“

Die Umsetzungen der Wachstumsstrategie und der Strategie ländlicher Raum muss auf zahlreiche Konzepte und Strategien in den einzelnen Politikbereichen abgestimmt werden. Dieses Umfeld lässt sich folgendermassen darstellen:

Strategisches Umfeld



Aufbau des Berichtes

Der **erste Teil** des Berichtes behandelt die **Wachstumsstrategie**:

- Die Wachstumsstrategie 2004 mit ihren Stossrichtungen, Handlungsfeldern, ihrem Umsetzungsstand und einem Seitenblick auf die Wachstumspakete des Bundes (Kap. 1-3)
- Die wirtschaftliche Situation des Kantons Bern als Ausgangslage für die Entwicklung der „wachstumsstrategie version 2007“ (Kap. 4)
- Die neu erarbeitete „wachstumsstrategie version 2007“ mit ihren Stossrichtungen, Handlungsfeldern und Massnahmen (Kap. 5).

Der **zweite Teil** des Berichtes behandelt die „Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums“:

- Die Strategie ländlicher Raum mit Erläuterungen zu den vom Regierungsrat im Jahr 2005 priorisierten Massnahmen und dem Umsetzungsstand aller Massnahmen (Kap. 6-8)
- Ein Ausblick in die Zukunft der Strategie für den ländlichen Raum: Die Neue Regionalpolitik (NRP) (Kap. 9).

Im **Anhang** werden die einzelnen Massnahmen der beiden Strategien mit ihrem Umsetzungsstand aufgeführt:

A) Der Umsetzungsstand des Wachstumspaketes des Bundes

B) Die Massnahmen der Wachstumsstrategie 2004, geordnet nach Handlungsfelder

C) – H) Die Massnahmen der Strategie ländlicher Raum, geordnet nach Regionen

II. Wachstumsstrategie

1. Was will die Wachstumsstrategie 2004?

Die Wachstumsstrategie 2004 will im Kanton Bern die „Stärken und Potenziale entwickeln". Der Kanton Bern muss sich angesichts seiner Grösse und seiner regionalen Vielfalt sowohl als Wirtschafts- als auch als Wohnstandort positionieren. Die Wachstumsstrategie 2004 hat drei Stossrichtungen:

- **Wirtschaftsstandort stärken**: Den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort entlang den Achsen Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel stärken.
- **Wohnstandort fördern**: Mit planerischen Massnahmen und einer gezielten Vermarktung den Kanton Bern als Wohnstandort fördern.
- **Entschuldung weiterführen**: Die staatlichen Leistungen fokussieren, die Ausgaben reduzieren und Steuersenkungen ermöglichen.

2. Wie wird die Wachstumsstrategie 2004 umgesetzt?

Der Kanton Bern setzt die 67 Massnahmen der Wachstumsstrategie 2004 in jenen 9 Handlungsfeldern um, wo auf kantonaler Ebene Handlungsspielraum besteht, nämlich bei

- Ausgaben
- Steuern
- Bildung
- Verkehr/Infrastruktur
- Raumordnung
- Standortpromotion
- Verfahren und Vorschriften
- Arbeitsmarkt und
- einzelbetrieblichen und branchenorientierten Fördermassnahmen.

Die Federführung für die einzelnen Massnahmen der Wachstumsstrategie 2004 liegt bei den einzelnen Direktionen oder bei der Staatskanzlei. Die Volkswirtschaftsdirektion hat im September 2004 vom Regierungsrat den Auftrag erhalten, die Koordination und das Controlling im Sinne einer Vollzugskontrolle sicher zu stellen.

Die kantonale Wachstumspolitik ergänzt die Wachstumspolitik auf Bundesebene. Der Bundesrat hat im Februar 2004 ein Wachstumspaket beschlossen, das sich auf den Wachstumsbericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements von 2002 und Massnahmenvorschläge einer interdepartementalen Arbeitsgruppe stützt (Umsetzungsstand s. Anhang A). Ein zweites Wachstumspaket wird zurzeit auf Bundesebene vorbereitet.

Wirtschaftspolitische Handlungsfelder Bund und Kantone

3. Wo steht die Wachstumsstrategie 2004 heute?

Die Umsetzung der 67 Massnahmen präsentierte sich anfangs 2007 wie folgt (vgl. auch Anhang B):

- 18 Massnahmen, mehr als ein Viertel der Massnahmen, haben ihren Auftrag erfüllt,
- 45 Massnahmen, rund zwei Drittel der Massnahmen, sind in Umsetzung,
- 2 Massnahmen werden von den Direktionen vorbereitet,
- auf die Umsetzung einer Massnahme wurde verzichtet und
- eine Massnahme wurde aufgrund der Entwicklungen auf Bundesebene abgebrochen.

Die Massnahmen im Überblick:

18 Massnahmen haben ihren Auftrag erreicht:

Ausgaben:

- Umsetzung der Beschlüsse im Rahmen der strategischen Aufgabenüberprüfung SAR und SAR-E mit dem Ziel, den Staatshaushalt zu entlasten und die Schulden zu stabilisieren
- Umsetzung der im Rahmen der Budgetdebatte vom Grossen Rat überwiesenen Motionen und Aufträge

Steuern:

- Verzicht auf einen Gegenvorschlag zur Steuersenkungsinitiative

Bildung:

- Verlagerung von Teilen der höheren Berufsausbildung (Technikerschulen) an die Fachhochschule
- Steuerung der Institutionen der Tertiär- und Sekundarstufe II über Leistungsvereinbarungen und Globalbudget

Verkehr/Infrastruktur:

- Bahn 2000, 1. Etappe
- S-Bahn Bern 2005
- Flughafenerschliessung Bern-Belp

Raumordnung:

- F_01 Regional differenzierte Förderstrategien für den ländlichen Raum entwickeln: Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums

Verfahren/Vorschriften:

- Einsetzung eines „Koordinators Unternehmenssteuern“
- Beschleunigung von Verfahren
- Teilrevision des HPG (Gesetz betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern)

Einzelbetriebliche und branchenorientierte Fördermassnahmen:

- Revision des Tourismusförderungsgesetzes
- Überarbeitung der Agrarstrategie des Kantons Bern

Diverse:

- Parlamentsreform
- Reform dezentrale Verwaltung
- Zweite Justizreform
- "Bern international": Internationalisierung des Standortes und der Gesellschaft fördern

45 Massnahmen sind in Umsetzung:

Ausgaben:

- Bewertung der Investitionsvorhaben und Priorisierung aus Wachstumsoptik

Steuern:

- Schaffung der Voraussetzungen für steuerliche Entlastungen bei den natürlichen Personen nach erfolgreichem Sanierungsprozess

Bildung:

- Räumliche Konzentration der Studienangebote im Fachhochschulbereich
- Ausbildungstransfer zwischen Universität und Fachhochschule
- Rolle der Hochschulen des Kantons in einem Wissenscluster prüfen - integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt
- Optimierung Wissenstransfer Wirtschaft-Bildung- Forschung
- Bildungsstrategie für den Kanton Bern
- Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt
- Sicherstellung der International School of Berne (ISB)
- Lehraufträge an Universität und Fachhochschulen für Kaderangehörige und Spezialisten von Berner Unternehmen - integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt
- Ausbau familienergänzender Kinderbetreuung
- Einführung von Blockzeiten in der Volksschule

Verkehr/Infrastruktur:

- Rahmenkredit öffentlicher Verkehr
- Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr
- ÖV Erschliessung Bern West
- Strassenbauprogramm
- Umsetzung Gesamtverkehrsstudie Agglomeration Thun
- Umgestaltung Murtenstrasse, Brünnen, Bern
- Wankdorfplatz
- Autostrassenanschluss Studen
- Aufrechterhaltung eines guten Linienflugangebotes ab Bern-Belp
- Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung: Realisierung von Massnahmen aus den Mobilitätsstudien der Regionen Bern, Biel, Thun und Burgdorf
- HGV-Anschlüsse:
  Gute Einbindung des Kantons Bern in das schweizerische und europäische Hochleistungsverkehrsnetz

Raumordnung:

- Kantonaler Richtplan - Umsetzung
- B_01 Verkehr, Siedlung und Lufthygiene abstimmen (Fahrleistungsmodell)
- B_02 Erschliessungsqualität im Gesamtverkehr prüfen und Finanzierungsmechanismen anpassen
- C_01 Zentralitätsstruktur
- C_03 Zentren- und Agglomerationspolitik erarbeiten
- C_04 Kantonale Entwicklungsschwerpunkte (ESP) realisieren
- F_03 Koordinationsabkommen Kanton - Planungsregionen abschliessen
- H_01 Die Bewirtschaftung des Richtplans und die Koordination des raumwirksamen Handelns sicherstellen
- ESP-Idee weiterentwickeln:
  ESP-A (A = Arbeiten) identifizieren, aufbauen
  ESP-D (D = Dienstleistungen) realisieren
  ESP-W (W = Wohnen) identifizieren, aufbauen

Standortpromotion:

- Weiterführung der Promotionsaktivitäten der WFB für den Wirtschaftsstandort Kanton Bern in ausgewählten Zielmärkten
- "Wohnen im Kanton Bern": Promotion für den Wohnstandort Kanton Bern aufbauen
- "Bern hat ein Gesicht": Key-Account-Management für Privatpersonen aufbauen

Verfahren/Vorschriften:

- KAM - Kundenschnittstelle Unternehmen: regelmässige Kundenkontakte
- Überprüfung von Strukturen und Abläufen bei Handelsregister- und Grundbuchämtern
- Optimierung von komplexer Bau- und Planungsverfahren
- Angleichung der kommunalen Bauvor-

schriften

Arbeitsmarkt:

- Umsetzung des Arbeitsmarktgesetzes

Einzelbetriebliche und branchenorientierte Fördermassnahmen:

- Weiterführung der Instrumente zur einzelbetrieblichen Förderung gemäss Wirtschaftsförderungsgesetz und Bereitstellung der notwendigen Kredite im bisherigen Rahmen
- Ausrichtung „Preis des Kantons Bern“ für Leistungen von Neuunternehmern im Kanton Bern, die an Universität oder an Fachhochschule Ausbildung absolviert haben und im Kanton Bern tätig sind - integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt

Diverse:

- Umsetzung von NEF (Neue Verwaltungsführung)
- "Bern hat ein Gesicht": Aufbau eines Key-Account-Managements für die Zielgruppe „wohlhabende Neuzuzüger“
- "Bern als Politzentrum": Nähe zur Bundesverwaltung als Konkurrenzvorteil nutzen

Die Umsetzung einer Massnahme wurde aufgrund der Entwicklungen auf Bundesebene abgebrochen:

Verfahren/Vorschriften:

- "Sonntagsarbeit ermöglichen": Intervention auf Bundesebene zur Öffnung der geltenden Vorschriften für Sonntagsarbeit unter Berücksichtigung des Arbeitnehmerschutzes. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion: "Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeit am Sonntag" im Dezember 2005 deutlich abgelehnt .

2 Massnahmen werden von den Direktionen vorbereitet:

Arbeitsmarkt:

- Übergänge in den Berufsbiografien optimieren durch Unterstützung von Pilotprojekten: Die Produktpalette wird definiert und evaluiert.

Diverse:

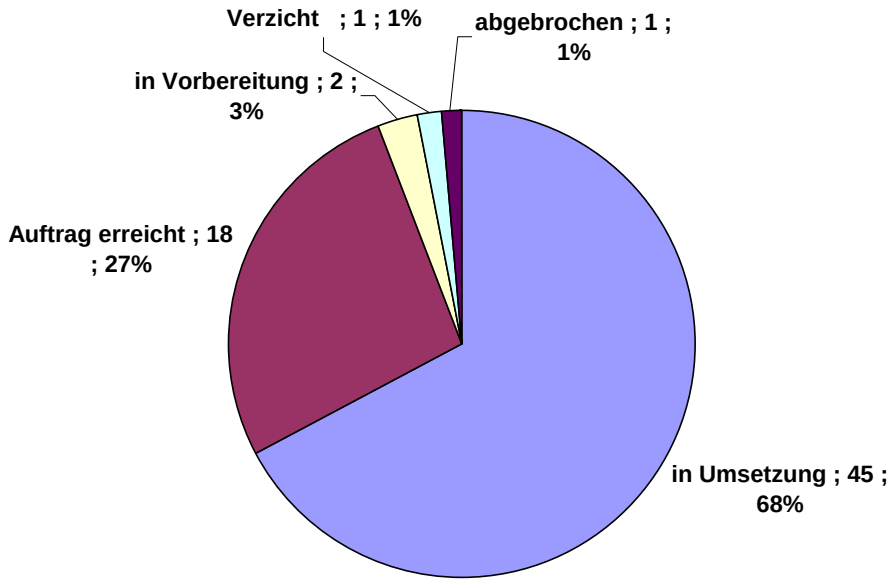
- Regierungsreform: Der Grosse Rat hat den zweiten Zwischenbericht zur Regierungsreform am 23. Januar 2006 behandelt. Die Arbeiten sind im Berichtsjahr fortgesetzt worden. Der Regierungsrat hat sich im Herbst 2006 im Rahmen einer Klausur mit der Regierungsreform befasst. Der Regierungsrat wird den dritten Zwischenbericht anfangs 2007 verabschieden. Die Beratung des dritten Zwischenberichts ist für die Märzsession 2007 geplant.

Auf die Umsetzung einer Massnahme wurde nach sorgfältiger Prüfung verzichtet:

Verfahren/Vorschriften:

- Anzeigeverfahren anstelle des Bewilligungsverfahrens im Baugesetz einführen: Die eingesetzte Expertengruppe argumentiert, dass ein Anzeigeverfahren - in welcher Ausgestaltung auch immer - zu keiner Beschleunigung der in Frage stehenden Verfahren führt. Zu erwarten sind vielmehr zusätzliche Schwierigkeiten, wenn etwa nachträglich das rechtliche Gehör eingefordert oder ganz generell die Durchführung des ordentlichen Verfahrens verlangt wird. Kommt hinzu, dass der Kanton ohnehin in grosszügigem Umfang von seiner Befugnis, gewisse Bauvorhaben von der Baubewilligungspflicht zu befreien, Gebrauch gemacht hat.

Umsetzungsstand der Massnahmen (Stand anfangs 2007)


Verzicht ; 1 ; 1%
abgebrochen ; 1 ; 1%
in Vorbereitung ; 2 ; 3%
Auftrag erreicht ; 18 ; 27%
in Umsetzung ; 45 ; 68%

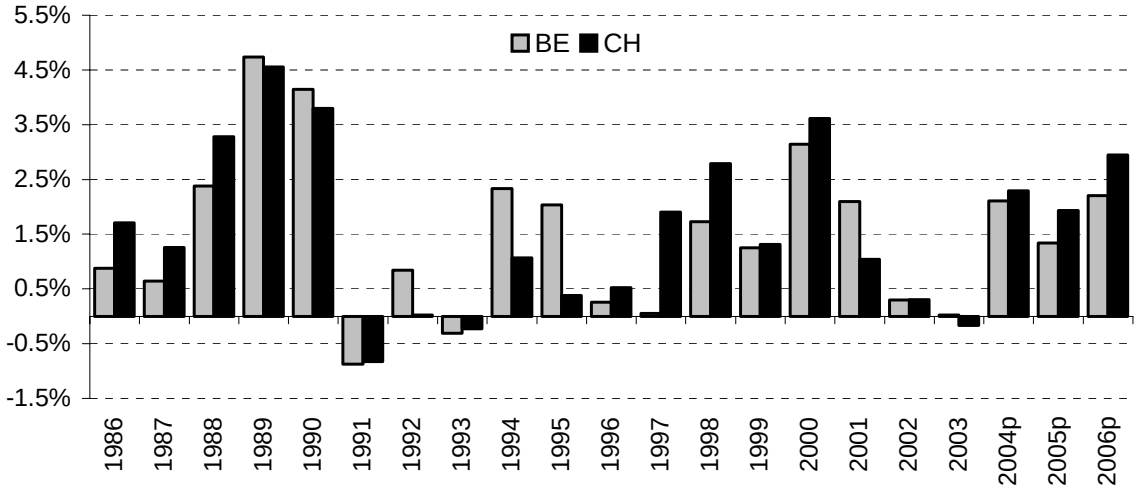
4. Wo steht der Kanton Bern wirtschaftlich?

Wirtschaftswachstum

Längerfristige Betrachtungen zeigen, dass sich das Wirtschaftswachstum des Kantons Bern auf etwa gleichem Niveau wie das Wachstum der Schweiz bewegt. Das kantonale Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung und das BIP pro Erwerbsperson verzeichneten zwischen 1996 und 2006 einen Niveaurückstand gegenüber der Schweiz. Der Rückstand des Kantons Bern in den letzten 10 Jahren blieb beim BIP pro Kopf stabil. Die Produktivität, das BIP pro Erwerbsperson, wuchs im genannten Zeitraum leicht unter dem nationalen Mittel.

Tendenziell bewegt sich das Wirtschaftswachstum des Kantons Bern in konjunkturellen Aufschwungphasen unter und in Abschwungphasen über dem Schweizer Wachstum. Ein Grund dafür ist der hohe Anteil des öffentlichen Sektors am BIP, der in wirtschaftlich schlechten Zeiten einen stabilisierenden Einfluss hat, in Phasen allgemeinen Wirtschaftswachstums hingegen tendenziell weniger dynamisch reagiert.

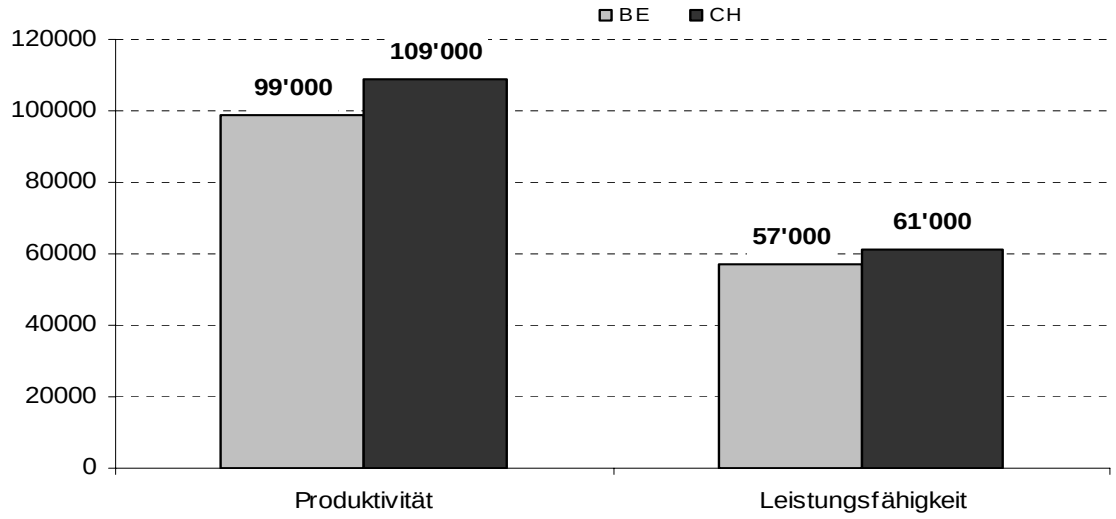
Jährliche Wachstumsraten des realen Bruttoinlandprodukts (BIP)



Quelle: BAK Basel Economics; p = Prognosestand: Oktober 2006

Bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (BIP pro Kopf) und bei der Produktivität (BIP pro Erwerbstätiger) liegt der Kanton Bern unter dem Schweizer Niveau. Einen wesentlichen Grund für diesen Niveaurückstand liefert die Branchenstruktur: Im kantonalen Quervergleich sind die Landwirtschaft und der öffentliche Sektor stark vertreten, wertschöpfungsintensive Branchen wie Finanzsektor und Chemie dagegen weniger stark.

Produktivität (BIP/Erw.) und Leistungsfähigkeit (BIP/Kopf), 2005 in CHF

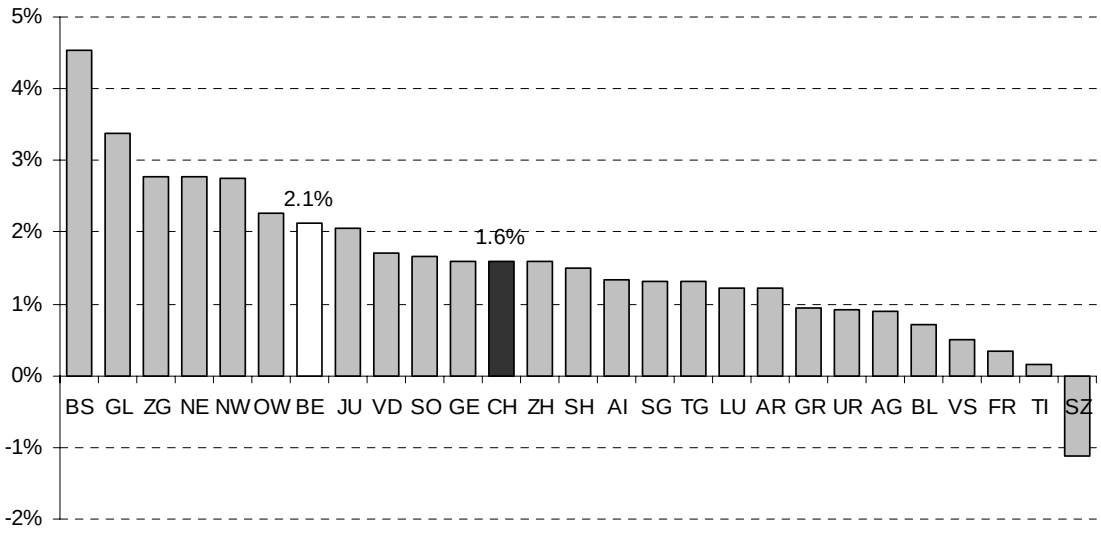


Quelle: BAK Basel Economics; Prognosestand: Oktober 2006

Volkseinkommen

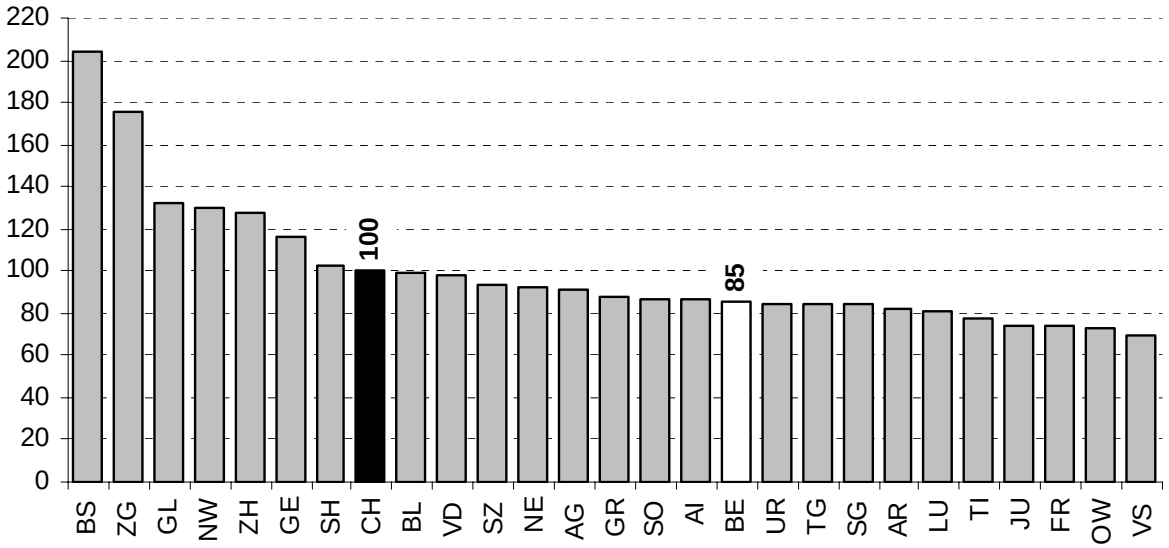
Das Volkseinkommen im Verhältnis zur Einwohnerzahl (Volkseinkommen pro Kopf) ist ein Mass für den Wohlstand der Bevölkerung. Im Kanton Bern hat sich der Rückstand beim Volkseinkommen pro Kopf dank eines überdurchschnittlichen Wachstums in den letzten Jahren verringert. Das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens im Kanton Bern lag zwischen 1998 und 2004 mit 2.1 Prozent einen halben Prozentpunkt über dem Schweizer Mittel. Der Indexwert für das Volkseinkommen pro Kopf (Schweiz = 100) ist zwischen 1998 und 2004 von knapp 83 auf 85 gestiegen.

Jährliches Wachstum des Volkseinkommens pro Kopf, 1998 – 2004



Provisorische Werte
Quelle: Bundesamt für Statistik

Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung 2004, indexiert (CH=100)



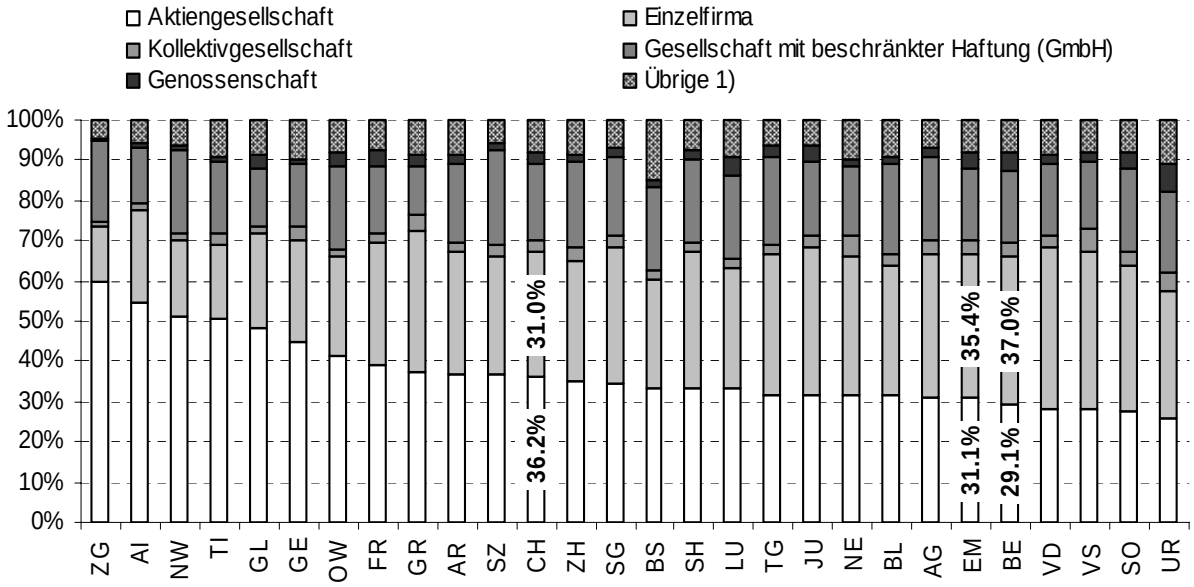
Quelle: Bundesamt für Statistik

Massgebend für das Volkseinkommen sind auch die Pendlerbewegungen, da die Einkommen am Wohn- und nicht am Arbeitsort erhoben werden. Der Kanton Bern ist hier in einer eher ungünstigen Lage, denn er weist mehr Zupendler (8% der Erwerbstätigen) als Wegpendler (5% der Erwerbstätigen) auf. Mit anderen Worten, ein Teil des im Kanton Bern verdienten Geldes fällt ausserhalb des Kantons als Einkommen an.

Unternehmenslandschaft

Im Kanton Bern gibt es zahlreiche, international konkurrenzfähige und wachstumsstarke Unternehmen. Die Dynamik in der Unternehmenslandschaft des Kantons Bern ist insgesamt eher gering. Sowohl bei den Neueintragungen als auch bei den Konkursen weist der Kanton Bern eine unterdurchschnittliche Veränderungsrate auf. Bei den Rechtsformen steht einem überdurchschnittlichen Anteil Einzelfirmen ein entsprechend unterdurchschnittlicher Anteil Kapitalgesellschaften gegenüber.

Rechtsformen 2006



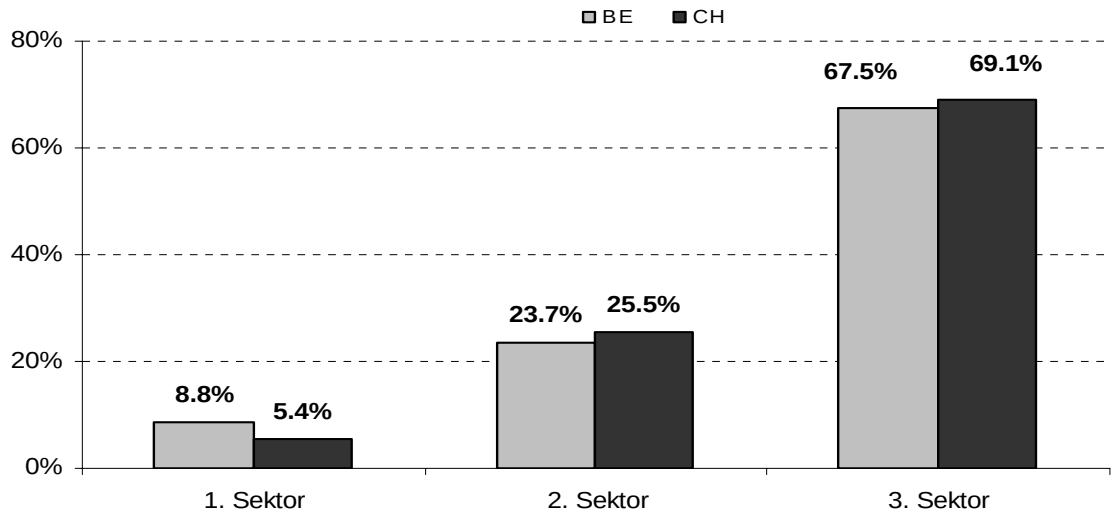
1) Kommanditgesellschaften, Vereine, Stiftungen, Filialen schweizerischer und ausländischer Unternehmen

Quelle: Schweizerisches Handelsamtsblatt

Arbeitsplätze

2005 arbeiteten im Kanton Bern mehr als 520’000 Beschäftigte. Davon waren 46’000 im 1. Sektor, 125'000 im 2. Sektor und 350’000 im 3. Sektor tätig. Die Beschäftigten im 2. und 3. Sektor arbeiteten in 35'000 marktwirtschaftlichen Unternehmen, wovon 10’000 auf den 2. Sektor und 25'000 auf den 3. Sektor entfielen. 1'200 nicht marktwirtschaftliche Unternehmen (private Organisationen ohne Erwerbszweck und Verwaltungseinheiten) sind im Kanton Bern registriert. Knapp 100'000 Beschäftigte arbeiten in solchen Organisationen. Der grösste Arbeitgeber ist die Verwaltung mit gut 80´000 Beschäftigten.

Beschäftigte je Wirtschaftssektor, Schweiz und Kanton Bern 2005



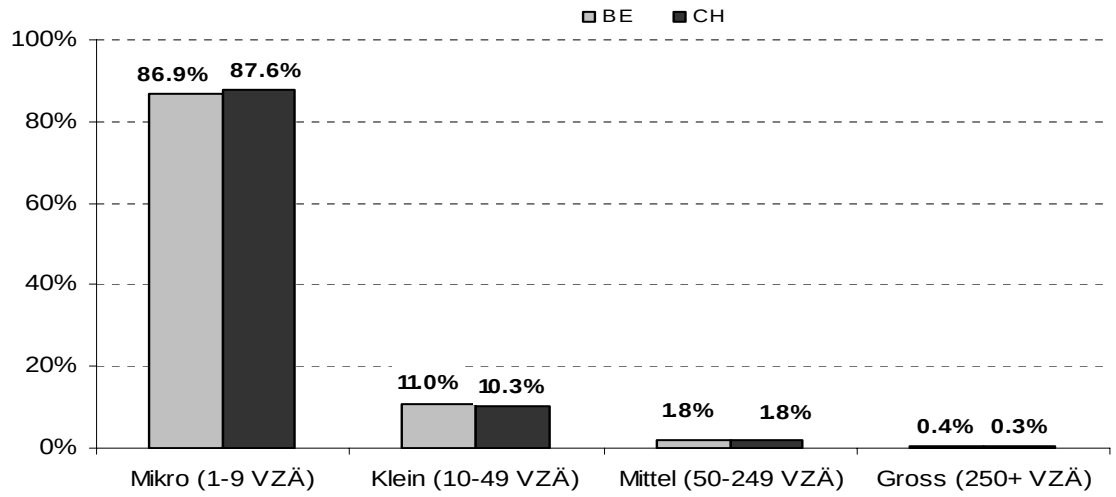
Quelle: Bundesamt für Statistik, Betriebszählung 2005

Zwischen 2001 und 2005 nahm die Beschäftigtenzahl im Kanton Bern mit 0.7% insgesamt stärker zu als in der Schweiz (+0.3%). Im 1. Sektor stieg die Beschäftigtenzahl im Kanton Bern um 2.2% an, während sie in der Schweiz um 5.9% zurückging. Im 2. Sektor sank die Beschäftigtenzahl im Kanton Bern (-5.5%) stärker als in der Schweiz (-3.6%) und im 3. Sektor stieg sie im Kanton Bern (+2.9%) stärker als in der Schweiz (+2.4%).

Grössenstruktur

Die Grössenstruktur der marktwirtschaftlichen Unternehmen war 2005 in der Schweiz und im Kanton Bern sehr ähnlich. Die Anteile sind sowohl für die Schweiz wie für den Kanton Bern quasi identisch. Der Anteil an Mikrounternehmen (bis 9 Beschäftige) im Kanton Bern betrug 87% aller Unternehmen, der Anteil an kleinen Unternehmen (10-49 Beschäftigte) belief sich auf 11%, der Anteil an mittleren Unternehmen (50-249 Beschäftigte) auf knapp 2% und der Anteil an Grossunternehmen (250 und mehr Beschäftigte) auf 0.4%. In der Schweiz waren mehr als 32% der Beschäftigten in Grossunternehmen tätig. Im Kanton Bern waren es mit 43% deutlich mehr.

Grössenstruktur der Unternehmen im Kanton Bern und der Schweiz, 2005

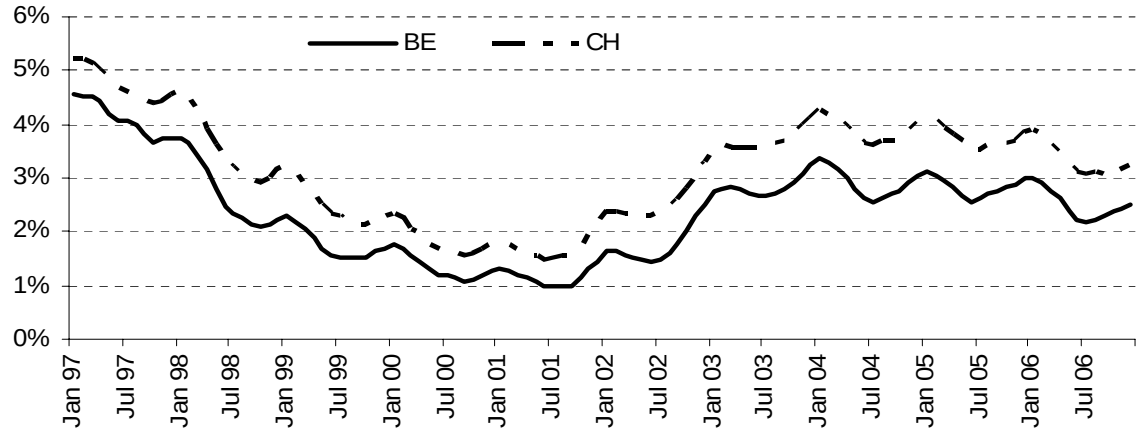


VZÄ = Vollzeitäquivalente = Vollzeitstellen
Quelle: Bundesamt für Statistik, Betriebszählung 2005

Arbeitslosigkeit

Der Kanton verfügt über eine vielfältige Wirtschaftsstruktur. Durch die breite branchenmässige Zusammensetzung fallen branchenspezifische Konjunkturschocks insgesamt moderat aus: Der Kanton Bern zeichnet sich daher traditionellerweise durch eine tiefe Arbeitslosigkeit aus, die rund einen Prozentpunkt unter dem Schweizer Mittel liegt. 2006 lag die Arbeitslosenquote im Kanton Bern bei 2.5 Prozent (CH: 3.3 Prozent)

Entwicklung der Arbeitslosenquote Kanton Bern und Schweiz, 1997-2006



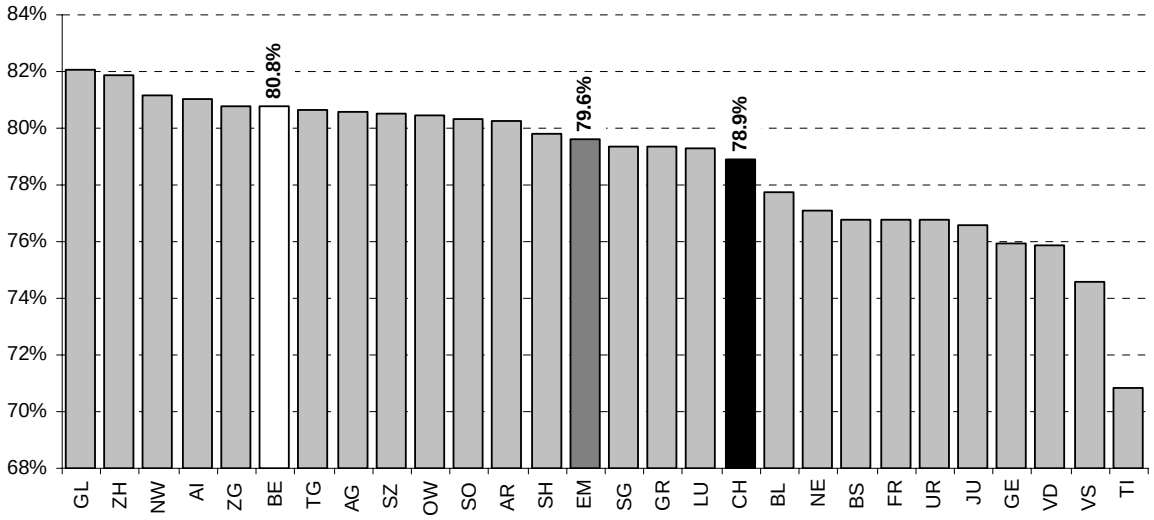
Quellen: Bundesamt für Statistik, beco Berner Wirtschaft

Erwerbsquoten

Erwerbsquoten beschreiben den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung. Im Bereich der Arbeitmarktstatistik werden Erwerbsquoten als Indikatoren für das Arbeitsangebot verwendet. Der Kanton Bern verzeichnet überdurchschnittlich hohe Erwerbsquoten. Die Nettoerwerbsquote (Anzahl Erwerbspersonen (15-64 Jahre) in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre)) beträgt 81 Prozent und liegt fast um zwei Prozentpunkte über jener der Schweiz. Nur gerade fünf Kantone weisen eine höhere Nettoerwerbsquote auf. Die Nettoerwerbsquote der Männer lag mit 89 Prozent im Jahr 2000 deutlich höher als jene der Frauen (72 Prozent). Im Vergleich zum Jahr 1990 hat der Unterschied jedoch abgenommen. Die Nettoerwerbsquote der Frauen steigerte sich in diesem Zeitraum um über 10

Prozentpunkte. Auf Vollzeitstellen umgerechnet (Vollzeitäquivalente) zeigt sich ein etwas anderes Bild. Die Erwerbsquote fällt – vor allem bei den Frauen - wegen dem hohen Anteil an Teilzeitarbeit deutlich niedriger aus. Die Nettoerwerbsquote mit Vollzeitäquivalenten berechnet liegt im Jahr 2006 im schweizerischen Mittel bei 50 Prozent bei den Frauen beziehungsweise bei 78 Prozent bei den Männern.

Nettoerwerbsquote der Kantone im Vergleich, 2000

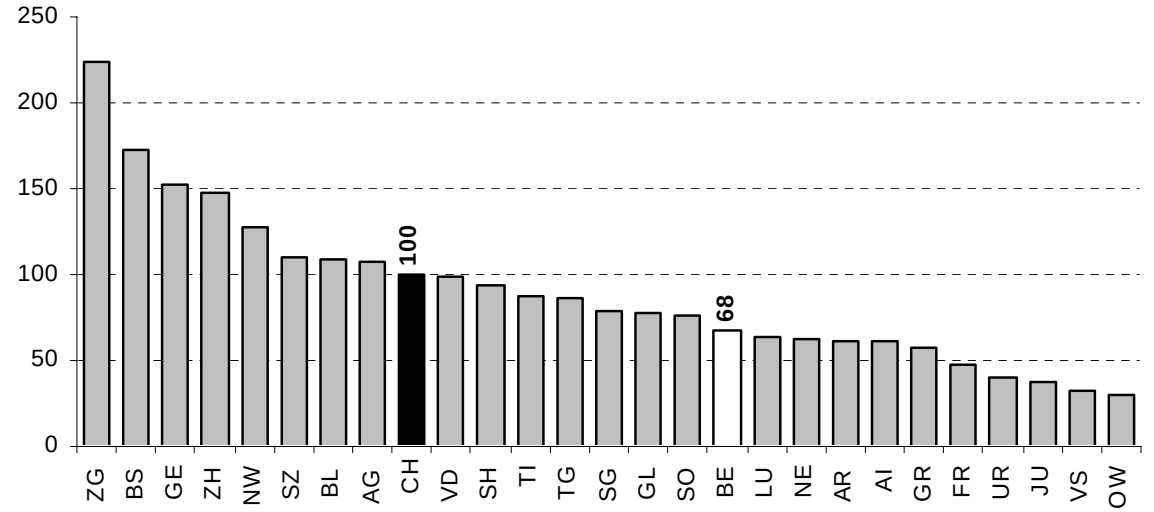


Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung 2000

Finanzpolitik

Die konsequenten Sparmassnahmen der letzten Jahre zeigen Wirkung: Die laufende Rechnung weist seit 1998 einen Ertragsüberschuss aus, der Schuldenabbau läuft, und der Kanton Bern ist 2006 zur Gruppe der mittelstarken Kantone aufgestiegen. Die verbesserte Finanzkraft ist ein wichtiges Signal für die Handlungsfähigkeit und damit für die Standortpolitik des Kantons Bern.

Finanzkraftindex 2006 / 2007

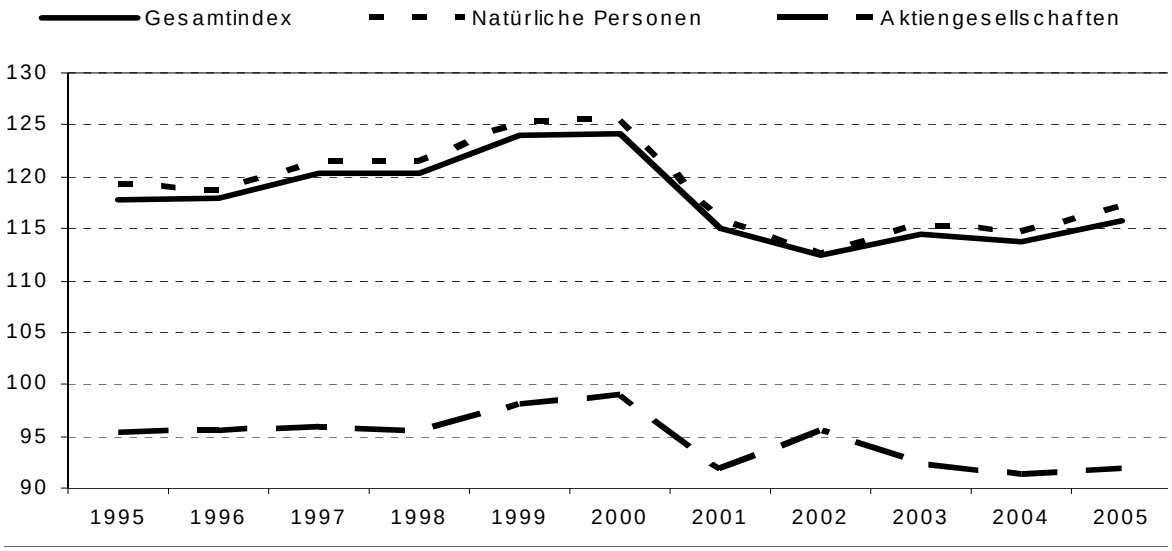


Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement

Steuerbelastung

Attraktiv zeigt sich die Steuerbelastung der juristischen Personen, Bern gehört hier zu den zehn steuergünstigsten Kantonen im Land (2005: Rang 7). Die Steuersituation für Private hat sich in den vergangenen Jahren verbessert: Der Kanton Bern ist vom 24. Rang (2000) auf den 16. Rang (2005) aufgestiegen. Die Steuerbelastung ist aber im schweizerischen Vergleich immer noch überdurchschnittlich hoch.

Entwicklung der Steuerbelastung im Kanton Bern, indexiert (CH = 100)

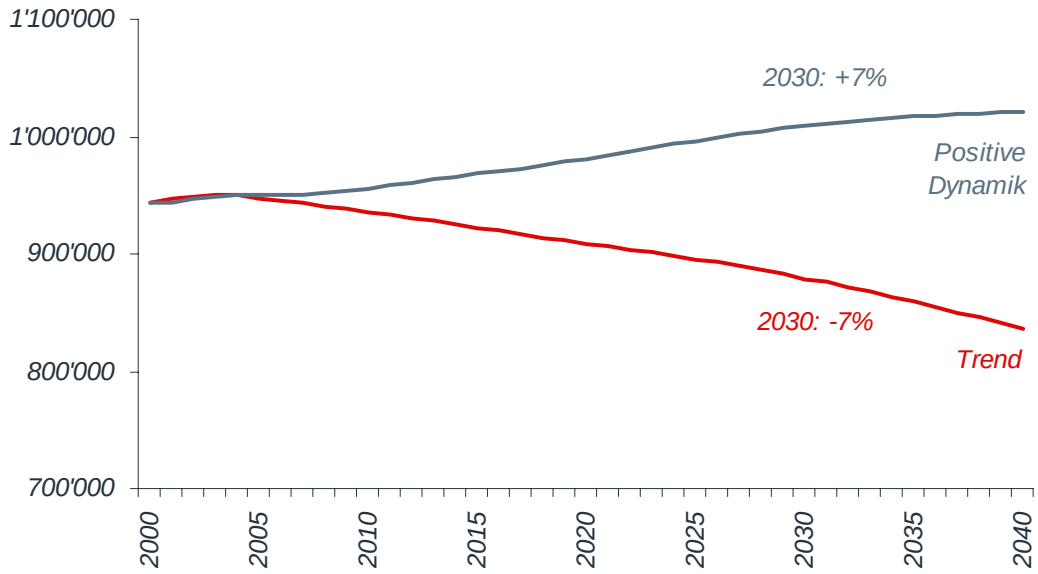


Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement

Bevölkerungsentwicklung

Im Kanton Bern wohnen mehr als 950’000 Personen. In den letzten zehn Jahren verzeichnete der Kanton Bern eine leicht steigende Bevölkerungszahl, der Zuwachs war im Vergleich zur Schweiz aber unterdurchschnittlich. Dieser Trend zeichnet sich seit den 50er Jahren ab und wird sich gemäss Bevölkerungsprognosen des Bundesamts für Statistik auch in Zukunft fortsetzen. Das im nationalen Vergleich niedrige Bevölkerungswachstum ist auf die folgende Bevölkerungsstruktur zurückzuführen: Ältere Menschen sind im Kanton Bern eher über-, jüngere Menschen eher untervertreten. Ohne eine Trendwende wird die bernische Bevölkerung bis ins Jahr 2030 um 68'000 Personen oder 7 Prozent abnehmen.

Entwicklung der Berner Wohnbevölkerung – Prognosen

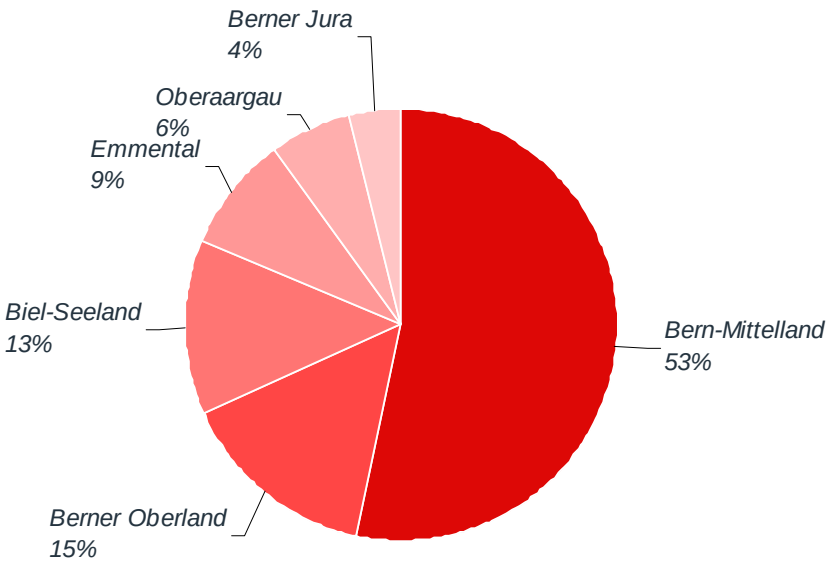


Quelle: Bundesamt für Statistik

Regionen

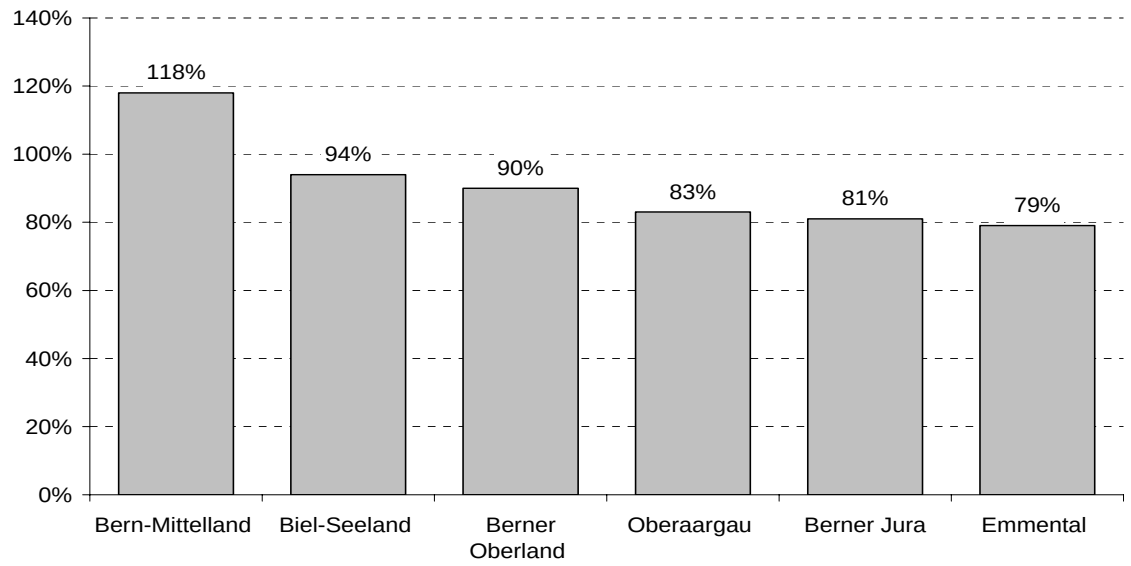
Das Wirtschaftsgebiet des Kantons Bern deckt eine Fläche von knapp 6'000 km^2 vom Jura über das Mittelland bis hin zu den Alpen ab. Das Spektrum der regionalen Entwicklungspfade ist breit. Es reicht vom Dienstleistungszentrum der Region Bern-Mittelland über Tourismusregionen im Berner Oberland bis in Regionen mit bedeutender Investitionsgüterindustrie. Das heterogene Wirtschaftsgebiet widerspiegelt sich in den grossen regionalen Unterschieden der wirtschaftlichen Kennzahlen, die in den Durchschnittswerten des Kantons Bern häufig „verloren“ gehen.

Regionale BIP-Anteile 2005



Quelle: BAK Basel Economics; Stand: Oktober 2006

Volkseinkommen der Wirtschaftsregionen (Bern = 100%), 2004



Quelle: Bundesamt für Statistik

Zusammenfassung

Die „wachstumsstrategie version 2007“ wurde vor folgendem Hintergrund entwickelt:

Stärken	Schwächen
- stabiles Wirtschaftswachstum	- wenig dynamisches Wirtschafts-wachstum
- überdurchschnittliches Wachstum beim Volkseinkommen	- unterdurchschnittliches Volksein-kommen pro Kopf der Bevölkerung
- tiefe Arbeitslosigkeit - grosse Teilnahme der Bevölkerung am Arbeitsmarkt (hohe Erwerbsquo-te)	- unterdurchschnittliche Produktivität - unterdurchschnittliches Bevölke-rungswachstum, ohne Trendwende Rückgang der Erwerbsbevölkerung
- zahlreiche international konkurrenz-fähige und wachstumsstarke Unter-nehmen	- insgesamt wenig dynamische Unter-nehmenslandschaft im Bereich der Neugründungen
- positiver Trend bei der Finanzkraft	- Finanzkraft liegt im hinteren Drittel der Kantone
- unterdurchschnittliche Steuerbelas-tung bei den juristischen Personen	- überdurchschnittliche Steuerbelas-tung bei den natürlichen Personen

5. „wachstumsstrategie version 2007“

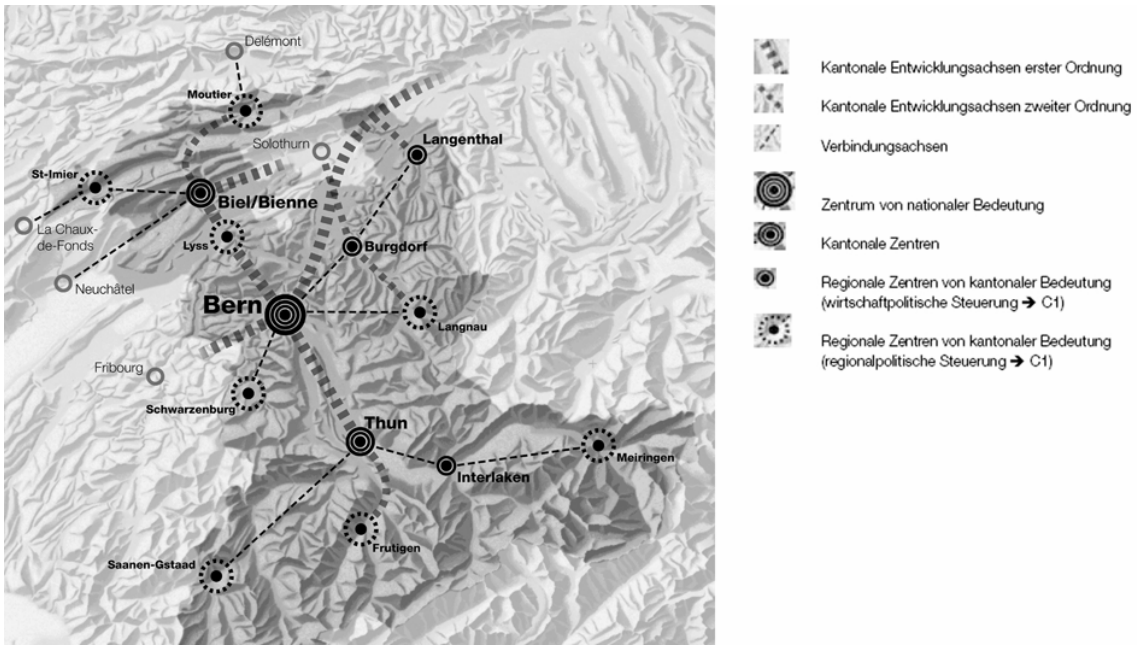
Im Sinne von „to control“ (steuern) will der Regierungsrat mit dem vorliegenden Bericht auch in die Zukunft weisen: Im Rahmen des Controllings wurden die Wachstumsstrategie aktualisiert, die Handlungsfelder neu ausgerichtet, die Zahl der Massnahmen reduziert und neue Massnahmen innerhalb der vorgegebenen Stossrichtungen entwickelt. Zudem bot der Regierungswechsel im Jahr 2006 der neu zusammengesetzten Regierung die Gelegenheit, neue Schwerpunkte zu setzen.

3 Stossrichtungen

Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Kantons Bern sind die drei Stossrichtungen der Wachstumsstrategie 2004 immer noch aktuell und werden im Grundsatz weitergeführt.

Für die Stossrichtung „Wirtschaftsstandort stärken“ wurde die Achse Thun-Bern-Biel auf Basis des Richtplans erweitert mit Moutier, um den Wirkungsbereich der Wachstumsstrategie zu vergrössern.

Richtplan: Zweites Entwicklungsbild – die kantonale Ebene



Während das erste Entwicklungsbild im Richtplan aufzeigt, welche übergeordneten Spannungsfelder international und national den Kanton Bern beeinflussen und wie sich der Kanton in die Entwicklungsachsen auf nationaler und internationaler Ebene eingliedern will, zeigt das zweite Entwicklungsbild auf, welche Entwicklungen konkret im Kanton Bern angestrebt werden.

Die bisherige Stossrichtung „Entschuldung weiterführen“ wurde breiter gefasst zu „Leistungsfähigkeit sichern“: Der Kanton Bern muss seinen Handlungsspielraum erhalten und sichern, um für neue Herausforderungen gewappnet zu sein.

Die drei Stossrichtungen für mehr Wachstum und Wohlstand im Kanton Bern:

- Wirtschaftsstandort stärken: Den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort entlang den Hauptverkehrsachsen (Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel-Moutier) stärken.

- Wohnstandort fördern: Mit planerischen Massnahmen und einer gezielten Vermarktung den Kanton Bern als Wohnstandort fördern.
- Leistungsfähigkeit sichern: Entschuldung weiterführen, staatliche Aufgaben fokussieren und Handlungsspielraum für neue Herausforderungen schaffen.

Handlungsfelder

Einleitung

Beim angestrebten Wirtschaftswachstum geht es nicht um ein quantitatives Wachstum um jeden Preis, das auf Kosten der Gesellschaft oder Umwelt geht. Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck, sondern muss im Dienst der Menschen und ihrer Bedürfnisse stehen. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist eine der zentralen Voraussetzungen dafür, dass unsere Gesellschaft genügend Arbeitsplätze anbieten kann und die nötigen Mittel erwirtschaftet, um soziale und ökologische Leistungen erbringen zu können. Im Vordergrund steht somit ein qualitatives Wachstum, das die Lebensqualität der Menschen verbessert und den ökologischen Grenzen Rechnung trägt.

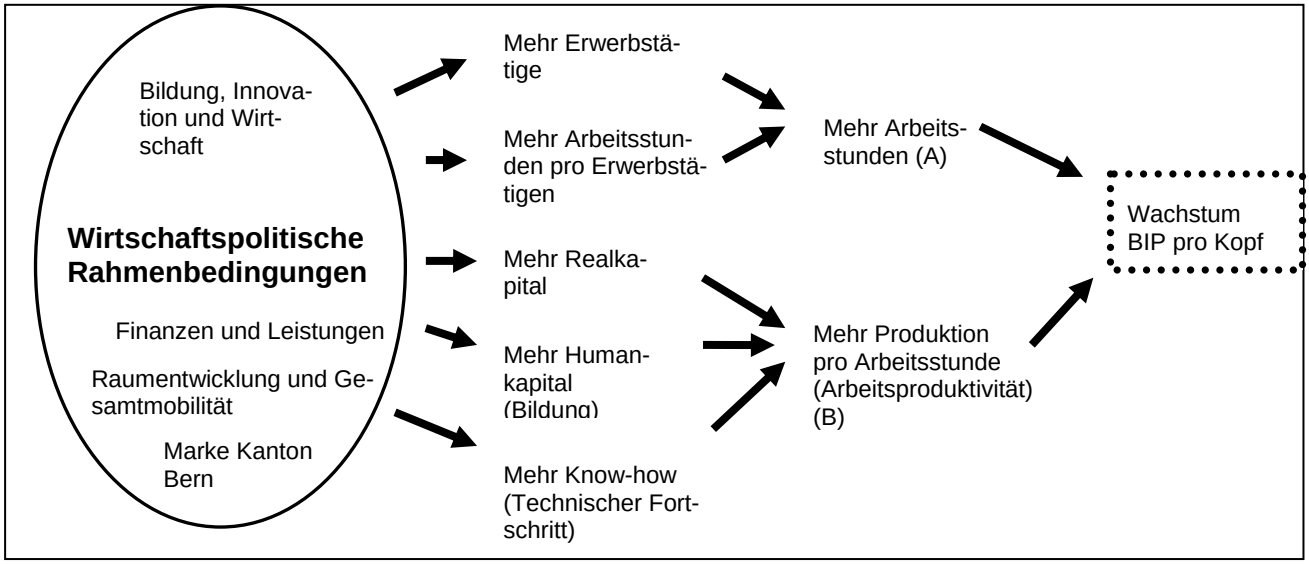
Um die Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik herzuleiten, wird auf die allgemein anerkannten Bestimmungsfaktoren des wirtschaftlichen Wachstums verwiesen. Die untenstehende Grafik verdeutlicht, dass es zwei Möglichkeiten gibt, wie eine Volkswirtschaft wachsen kann. Entweder es werden mehr Arbeitsstunden geleistet (A) oder die Produktion pro geleistete Arbeitsstunde (Arbeitsproduktivität) (B) steigt:

- Die Anzahl Arbeitsstunden kann gesteigert werden, indem mehr Personen arbeiten oder indem jede Person länger arbeitet (A).
- Die Arbeitsproduktivität, das heisst die Produktion pro Arbeitsstunde, hat im Wesentlichen drei Bestimmungsfaktoren:

  - Je mehr Kapitalgüter den Arbeitnehmenden zur Verfügung stehen,
  - je besser die Ausbildung der Arbeitnehmenden,
  - je besser die Technologien sind, die zur Verfügung stehen,

  desto höher ist die Produktivität (B).

Die Quellen des Wachstums:



Quelle: Der Wachstumsbericht, Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, 2002, angepasst

Die Anzahl Arbeitstunden und die Arbeitsproduktivität werden durch die Wirtschaftspolitik beeinflusst: So kann beispielsweise die Ausgestaltung des Steuer- oder des Bildungssystems Einfluss haben auf die Arbeitsanreize insgesamt (Anzahl Erwerbstätige), auf das Ausmass der Teilzeitarbeit (Arbeitsstunden pro Erwerbstätigen), die Investitionsanreize (Realkapital), den Anreiz, eine höhere Ausbildung anzustreben (Humankapital) oder die Investitionen in Forschung und Entwicklung (technischer Fortschritt). Über diese Effekte wird entweder die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden oder deren Produktivität mitbestimmt, was letztlich einen Effekt auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum hat. Analog verhält es sich mit den anderen Handlungsfeldern.

Die im vorangehenden Kapitel präsentierten Wirtschaftsdaten zeigen, dass im Kanton Bern

- die Erwerbsquote im Vergleich zur Schweiz bereits überdurchschnittlich hoch ist: 81 Prozent der erwerbsfähigen Berner Bevölkerung beteiligen sich am Arbeitsmarkt (CH: 79 Prozent). Auf Vollzeitstellen umgerechnet (Vollzeitäquivalente) fällt die Erwerbsquote – vor allem bei den Frauen - wegen dem hohen Anteil an Teilzeitarbeit aber deutlich niedriger aus (A),
- die Produktivität unter dem Schweizer Durchschnitt liegt (B).

In beiden Bereichen gibt es Steigerungspotenzial. Hier setzen die Handlungsfelder und Massnahmen der „wachstumsstrategie version 2007“ an.

Die einzelnen Handlungsfelder

Die bisherigen 10 Handlungsfelder wurden in Abstimmung mit den Regierungsrichtlinien 2007-2010 neu formuliert und auf 4 Handlungsfelder verdichtet. Dabei handelt es sich um zentrale wirtschaftspolitische Bereiche auf kantonaler Ebene, die für das Wirtschaftswachstum ausschlaggebend sind und die - bis auf das Handlungsfeld „Marke Kanton Bern“ - mit den Schwerpunkten der Regierungsrichtlinien 2007-2010 übereinstimmen:

- Bildung, Innovation und Wirtschaft
- Finanzen und Leistungen
- Raumentwicklung und Gesamtmobilität
- „Marke Kanton Bern“

Bildung, Innovation und Wirtschaft

Innovationen oder technischer Fortschritt sind ein wesentlicher Faktor der Arbeitsproduktivität: Das Wirtschaftswachstum im Kanton Bern ist langfristig unter anderem davon abhängig, ob es gelingt, neue Technologien zu implementieren, das Wissen aus der Forschung an den Hochschulen in die Wirtschaft zu transferieren, Innovation in kommerziellen Erfolg umzuwandeln und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Produktivität, aber auch die Innovationsfähigkeit, hängen sehr eng mit dem Ausbildungsstand der Beschäftigten zusammen. Bildung ist ein entscheidender Faktor für die Arbeitsproduktivität und somit für das Wirtschaftswachstum. Das Wissen gehört heute zu den kostbarsten Ressourcen. Wissen als Resultat von Bildung, Forschung und Technologie bildet eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Kanton Bern im verschärften internationalen Wettbewerb bestehen kann. Wissen bietet den Menschen die Möglichkeit, die eigene Identität zu entfalten, sich kulturell und gesellschaftlich zu integrieren und die Zukunft als Chance zu begreifen.

Seit 1998 bildet die Clusterpolitik einen Teil der Wirtschaftspolitik des Kantons Bern. Die Clusterpolitik hat zum Ziel, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kantons Bern zu steigern. Dabei wird die Verbesserung der Standortattraktivität für Unternehmen aus zukunftsgerichteten, wertschöpfungsstarken Branchen angestrebt. Die Clusterpolitik trägt somit zur Schaffung eines innovativen Wirtschaftsraums bei.

Finanzen und Leistungen

Ein wichtiger Politikbereich ist auch die Finanzpolitik: Eine Verschuldung, die das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Frage stellt, ist für den Wachstumsprozess problematisch. Ebenfalls problematisch sind stark verzerrende oder hohe Steuern. Gleichzeitig aber ist es wichtig, dass die Finanzierung der notwendigen Infrastrukturinvestitionen gesichert wird.

Nachhaltige Entwicklung verlangt, dass die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten der zukünftigen lebt. Erforderlich ist ein gesunder Finanzhaushalt mit genügend Spielraum zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben und zur politischen Prioritätensetzung.

Raumentwicklung und Gesamtmobilität

Das wachsende Verkehrsaufkommen ist eine zentrale Herausforderung für die Nachhaltige Entwicklung. Die einzelnen Verkehrsträger sind entsprechend ihren Vorteilen einzusetzen und miteinander zu verknüpfen. Die räumliche Entwicklung soll auf die vorhandenen Verkehrsinfrastrukturen abgestimmt werden.

Die Raumordnungspolitik muss gleichermassen die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung, die haushälterische Nutzung des Bodens, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen. Die Steuerung der räumlichen Entwicklung kann nicht allein den Marktkräften überlassen werden. Die Raumplanung muss der Zersiedelung entgegen wirken und die natürliche Umwelt schützen sowie für künftige Generationen Entwicklungsoptionen offen halten.

Die Regionalpolitik ist Teil der kantonalen Wirtschaftspolitik. Mit verbesserten Rahmenbedingungen und einem gezielten Einsatz regionalpolitischer Instrumente werden die spezifischen Potenziale der einzelnen Regionen besser genutzt und Ungleichgewichte in der Entwicklung abgefedert. Die klassische, infrastrukturorientierte Ausrichtung der Regionalpolitik hat seit längerem an Bedeutung verloren. Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) wird ab 2008 die Neuorientierung weitergeführt. Im Zentrum werden die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation beziehungsweise die Stärkung der Wertschöpfung in den Regionen stehen.

Marke Kanton Bern

Der Kanton Bern muss seine Stärken als Wirtschafts- und Wohnstandort offensiver positionieren, profilieren und einen Beitrag zu einem positiven Image liefern.

Massnahmen

Der Regierungsrat will mit folgenden Massnahmen das Wirtschaftswachstum im Kanton Bern stärken.

Die Massnahmen, geordnet nach Handlungsfeldern, im Überblick:

Handlungsfelder:	Massnahmen:
Bildung, Innovation und Wirtschaft	1. „Gute Bildungsqualität anbieten“ 2. „Bildung und Wirtschaft vernetzen“ 3. „Berner Hochschulen als Standortfaktor positionieren“ 4. „Forschung und Entwicklung fördern“ 5. „Medizinalstandort Bern stärken“ 6. „Familie und Beruf vereinbaren“ 7. „Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglichen“ 8. „Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern“ 9. „Internationales Schulangebot schaffen“ 10. „Wettbewerbsfähige Tourismus-Destinationen fördern“ 11. „Energieversorgung zukunftsfähig sicherstellen“ 12. „Wirtschaft und Verwaltung - als Partner zusammenarbeiten“
Finanzen und Leistungen	13. „Leistungsprofil definieren“ 14. „Immobilienmanagement aktivieren" 15. „Investitionen priorisieren“ 16. „Steuern reformieren“
Raumentwicklung und Gesamtmobilität	17. „Agglomerationsprogramme – Verkehrs- und Siedlungsentwicklung abstimmen“ 18. „Gesamtheitliche Verkehrslösungen bieten“ 19. „Schiene, Strasse, Luft: Erreichbarkeit sichern“ 20. „Einbindung in nationalen Schienenverkehr verbessern“ 21. „Kantonale Raumplanung stärken – Umsetzung und Bewirtschaftung des kantonalen Richtplans“ 22. „Entwicklungsschwerpunkte - attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten schaffen (ESP)“ 23. „Kräfte konzentrieren - Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)“ 24. „Berner Regionen stärken“ 25. „Strukturentwicklung in der Landwirtschaft begleiten“

„Marke Kanton Bern“	26. „Profil für den Kanton Bern schaffen“ 27. „Kanton Bern als Wohnstandort fördern“ 28. „Bundesstadt als politisches Entscheidzentrum vermarkten“ 29. „EURO 08 – Bern wirkt Wunder“ 30. „Kultur als Standortfaktor positionieren“

Um die Übersicht zu erleichtern, werden die Massnahmen nach einem einheitlichen Schema dargestellt. Unter dem Handlungsfeld folgen:

- der Massnahmentitel
- die federführenden und die miteinbezogenen Direktionen
- die Ziele und der erwartete Beitrag zum Wirtschaftswachstum
- die Ausgangslage
- die Grundlagen
- der Handlungsbedarf mit den Ansatzpunkten und Stossrichtungen für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik.

Diese Massnahmen werden von den Direktionen vor der Umsetzung noch detaillierter ausgearbeitet, analog zum Umsetzungsauftrag der Wachstumsstrategie 2004 (RRB 2860 vom 15.09.04).

Bildung, Innovation und Wirtschaft	
Massnahme 1	**„Gute Bildungsqualität anbieten“**
Federführung	Erziehungsdirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Der Kanton Bern will ein qualitativ überdurchschnittliches Bildungssystem, das mit der Wissenschaft, der Arbeits- und Lebenswelt harmoniert. Die Kinder und Jugendlichen im Kanton Bern sollen unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft, Sprache, Religion und Nationalität die gleichen schulischen Chancen erhalten. Wissen als wichtige Ressource in unserer rohstoffarmen und dienstleistungsorientierten Volkswirtschaft wird im Kanton Bern gepflegt.
Ausgangslage	Der Kanton verfügt über ein ausgezeichnetes Bildungssystem und hat dadurch die beste Ausgangslage, um in der modernen Wissensgesellschaft zu bestehen. Die Bildungsstrategie soll helfen, das System positiv weiter zu entwickeln. In Übereinstimmung mit der Bildungsstrategie wurden in letzter Zeit bereits wichtige Projekte umgesetzt: - Neuregelung des Fremdsprachenunterrichts in der Volksschule - Lehrstellenbericht mit Folgearbeiten - Einführung neues Mittelschulgesetz - Einführung neues Berufsbildungsgesetz - Neuorganisation der Gesundheitsberufe als Fachhochschulen und Höhere Fachschulen.

Grundlagen	Bildungsstrategie (http://www.erz.be.ch/site/biev-bildungsstrategie.pdf)
Handlungsbedarf	In den oberen Stufen der Volksschule soll gesamtschweizerisch ein vergleichbares Leistungsniveau garantiert werden. Dazu braucht es Bildungsstandards und eine interkantonale Koordination. Die beiden laufenden Projekte BIVOS („Bildungsstandard Volksschule“) und HarmoS (Interkantonale Harmonisierung) decken diese Absicht ab. An den Volksschulen werden künftig integrative Unterrichtsformen gefördert. Kinder mit besonderen Lern- und Betreuungsbedürfnissen sollen möglichst in der Regelklasse bleiben und punktuell von zusätzlichen, spezifisch ausgebildeten Lehrkräften begleitet werden. Auch Hochbegabte sollen in der Regelklasse entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert werden. Der Kanton Bern wird verschiedene Modelle erproben, die aufzeigen, wie das Bildungspotenzial bestmöglich ausgeschöpft und die soziale Durchmischung gefördert werden können.
Massnahme 2	**„Bildung und Wirtschaft vernetzen“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	Erziehungsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Förderung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Für eine entwickelte Volkswirtschaft ist Innovation von entscheidender Bedeutung. Nur so gelingt es, attraktive und gut entlöhnte Arbeitsplätze zu sichern. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen wird intensiviert. Die Voraussetzungen im Kanton Bern sind dank Universität, Fachhochschulen und Transferstellen sehr gut.
Ausgangslage	Im Kanton Bern wurde das System im Bereich Wissens- und Technologietransfer (WTT) 2004 einer Ist-Analyse unterzogen. Darauf aufbauend wurden eine Strategie und Massnahmen zur Optimierung des Systems abgeleitet. Bis heute wurden folgende Ziele erreicht: - Abstimmung der Steuerungsbereiche zwischen Erziehungs- und Volkswirtschaftsdirektion bei den Leistungsvereinbarungen mit den Transferstellen; - Bessere Nutzung von Synergien dank der Fusion des Gründerzentrums (Grüze) mit der Wissenstransferstelle innoBE AG sowie der Ausrichtung der Dienstleistungen von innoBE auf die drei Schwerpunkte Innovation, Clustermanagement und Gründerunternehmen (inkl. Infrastruktur).
Grundlagen	RRB 0224/2006: Bericht „Optimierung des Wissens- und Technologietransfers (WTT) im Kanton Bern“
Handlungsbedarf	Bildung einer Plattform für alle WTT-Stellen im Kanton Bern (Transferstellen der Uni, der Fachhochschulen und der Cluster sowie innoBE) unter der Leitung von innoBE. Die Plattform soll Aktivitäten in diesem Bereich koordinieren. Aufnahme von quantifizierbaren WTT-Zielen in die Leistungsvereinbarung zwischen der Erziehungsdirektion und den Hochschulen. Bildung einer Strategiegruppe „Innovation“ bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Wissenschaft, Sozialpartnern und Verwaltung. Die Strategiegruppe ist ein Think Tank, schafft Bewusstsein und Verständnis für innovationspolitische Zusammenhänge, lotet den innovationspolitischen Handlungsspielraum auf Kantonsstufe aus und regt strategische Entscheide an.

Massnahme 3	**„Berner Hochschulen als Standortfaktor positionieren“**
Federführung	Erziehungsdirektion
Mitarbeit	Volkswirtschaftsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Der Kanton Bern will mit einer hohen Qualität der Hochschulen seine Zukunft als Bildungs- und Wissensstandort sichern. Dies führt zu einer Stärkung des Innovations- und Wirtschaftsstandorts. Der Regierungsrat setzt mit seinen Leistungsaufträgen an die Hochschulen dafür optimale Rahmenbedingungen. Die Hochschulen erhalten für die Umsetzung ihrer Aufträge genügend Spielraum. Die finanzielle Unterstützung der Hochschulen ermöglicht exzellente Forschungs- und Entwicklungsarbeit.
Ausgangslage	Der Kanton Bern verfügt mit der Universität, der Berner Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule über ein leistungsstarkes und breites Angebot im Hochschulbereich. Der Regierungsrat vereinbart seine Ziele und Vorgaben mit den Hochschulen in Form von Leistungsaufträgen.
Grundlagen	-
Handlungsbedarf	Die Leistungsaufträge an die Hochschulen sind so ausgestaltet, dass die Zielsetzungen erreicht werden. Förderung von Spin-offs und Start-ups durch gezielte Aus- und Weiterbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und vereinfachten Zugang zu Infrastruktur und Finanzierungsmitteln.
Massnahme 4	**„Forschung und Entwicklung fördern“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	Erziehungsdirektion, Private
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Forschung und Entwicklung im Kanton Bern stärker fördern. Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und Forschungsstellen. Verbesserung der Beziehungen zwischen den Bildungsinstitutionen und den Unternehmen. Forschung und Entwicklung ermöglichen Innovationen und schaffen damit eine wichtige Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum.
Ausgangslage	Unternehmen und Bildungsinstitutionen stehen in einem laufend stärker werdenden Wettbewerb. Sei dies bezüglich der Rekrutierung von Arbeitskräften, Auszubildenden oder Fördergeldern.
Grundlagen	Folgearbeiten aus Motion Erb 200/2001 vom 19. November 2001 „Strategie für den medizinischen Standort Bern und das Universitätsspital (Inselspital)“
Handlungsbedarf	In den letzten Jahren wurden den Bildungsinstitutionen die Investitionsmittel teilweise beträchtlich gekürzt. Dies gefährdet den Wissens- und Technologietransfer (WTT), da die erforderliche Infrastruktur an Maschinen, Labors und Apparaten nicht mehr finanziert werden kann. Die Konkurrenzfähigkeit der Berner Fach-

	hochschule nimmt ab. Der Weg zu einem erfolgreichen WTT führt in einem ersten Schritt über die Gewährung der erforderlichen ordentlichen Mittel an die für den WTT zuständigen Bildungsinstitutionen. In einem zweiten Schritt steht die Bildung eines „Public Private Partnership - Gefässes“ (Stiftung oder Fonds) im Zentrum. Die zusätzlichen finanziellen Mittel sind zu verwenden für: • Vernetzung Berufsbildung - KMU • Unterstützung innovativer Projekte des Wissens- und Technologietransfers • Beiträge an die Erarbeitung von Gesuchen für Drittmittel (Nationalfonds, EU-Förderprogramme etc.). Die Mittel kommen aus dem Bildungsbereich, der Volkswirtschaft und der Privatwirtschaft (Grossfirmen, KMU). Der Zugang zu (Mit-)Finanzierungsinstrumenten muss vereinfacht werden, zudem ist durch den Einbezug der Privatwirtschaft die Marktnähe zu verbessern.
Massnahme 5	**„Medizinalstandort Bern stärken“**
Federführung	Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Mitarbeit	Volkswirtschaftsdirektion, Erziehungsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Den Medizinstandort Kanton Bern als medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie-, Ausbildungs- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung festigen und ausbauen. Das Gesundheitswesen ist eine Hightechbranche. Medizintechnik, pharmazeutische Industrie, Biotechnologie und Informationstechnologie sind innovationsintensive Branchen, in denen der Kanton Bern dank einer forschungsaktiven medizinischen Fakultät und deren Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen sowie des Universitätsspitals eine gute Ausgangslage besitzt. Diese Chance gilt es zu nutzen. Zudem wird die Nachfrage nach Gesundheitsversorgung durch die demografische Entwicklung weiter steigen.
Ausgangslage	Seit Mitte der 90er Jahre bildet die Clusterpolitik einen Teil der Wirtschaftspolitik des Kantons Bern. Mit der Clusterpolitik will der Kanton Bern einen innovativen Wirtschaftsraum schaffen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern. Angestrebt wird die Verbesserung der Standortattraktivität für Unternehmen aus zukunftsgerichteten, wertschöpfungsstarken Branchen wie Telematik, Medizinaltechnik, Präzisionsindustrie, Wirtschaftsberatung, Umwelttechnologie/Energie und Design. Eine wichtige Rolle für Innovationen im Medizinalbereich spielen die Universität Bern, die Berner Fachhochschule und das bernische Universitätsspital als medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie-, Ausbildungs- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung. Für den Medizinalstandort Bern ist deshalb eine nachhaltige Positionierung der Forschung und Entwicklung an der medizinischen Fakultät der Universität Bern und am Universitätsspital auf nationaler und internationaler Ebene entscheidend.
Grundlagen	Folgearbeiten aus Motion Erb 200/2001 vom 19. November 2001 „Strategie für den medizinischen Standort Bern und das Universitätsspital (Inselspital)“
Handlungsbedarf	Stärkung des Universitätsspitals zu einem spitzenmedizinischen Zentrum von nationaler Bedeutung: Die hochspezialisierte Medizin ist innerhalb des Kantons durch die Medizinische Fakultät und das mit ihr verbundene Universitätsspital, das als bedeutendes Zentrum in ein gesamtschweizerisches Netzwerk der Spitzenmedizin eingebunden ist, sicher zu stellen. Die Stellung des Inselspitals wird durch Förderung der eigenen Stärken verbessert und mit strategischen Kooperationen sowie durch Innovationen und Forschung gestärkt.

	Spin-off Center „Insel“: Kanton und Inselspital-Stiftung optimieren die Rahmenbedingungen für die Forschenden derart, dass Spin Offs, die aus der Universität bzw. der Medizinischen Fakultät heraus wachsen möchten, dies auch können. Angebot an Lehrstellen und Praktikumsplätzen im Gesundheits- und Sozialwesen ausbauen: Die Leistungserbringer im Gesundheits- und Sozialwesen ergänzen ihr Angebot an qualitativ hochstehenden Lehrstellen und Praktikumsplätzen auf allen Ausbildungsniveaus, damit die Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens auch längerfristig über qualifiziertes Personal verfügen.
Massnahme 6	**„Familie und Beruf vereinbaren“**
Federführung	offen – Entscheid im Zusammenhang mit Motion 198/2006 FDP (Bolli Jost, Bern): „Liberale Lösungen für den Kanton Bern – Effizientere und wirtschaftsnähere Organisation der ausserfamiliären Tagesbetreuung“
Mitarbeit	Gesundheits- und Fürsorgedirektion, Erziehungsdirektion, Volkswirtschaftsdirektion, Staatskanzlei, Finanzdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird grosses Gewicht beigemessen. Der Kanton schafft Förderanreize und unterstützt die Entwicklung innovativer tragfähiger Lösungen zwischen den beteiligten Partnern. Förderung von Tagesschulen Förderung von Schulsozialarbeit und Kindertagesstätten In der Verwaltung werden die Teilzeitarbeit bei männlichen Mitarbeitenden auf allen Hierarchiestufen und der Anteil an Frauen in Kaderfunktionen erhöht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert eine bessere Nutzung der Bildungsinvestitionen, steigert die Familieneinkommen, entschärft die Folgen der demografischen Alterung und verbessert die Bildungschancen für Kinder.
Ausgangslage	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gemeinsame Aufgabe von Kanton, Gemeinden und Wirtschaft. Das Betreuungsangebot wurde in den letzten Jahren ausgebaut, deckt heute die Nachfrage aber bei weitem nicht. Bei der Finanzierung der Betreuungsplätze ging der Kanton im Jahr 2005 mit der Einführung der Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) von der Defizitgarantie zur Abgeltung von leistungsbezogenen Normkosten über und führte ein einheitliches, vom Einkommen der Eltern abhängiges Tarifsystem ein. Nach einer ersten externen Überprüfung des Systems kann eine positive Bilanz gezogen werden.
Grundlagen	-
Handlungsbedarf	Der Kanton setzt sich gemeinsam mit Gemeinden und Wirtschaft für ein bedarfgerechtes Angebot an familien- und schulergänzender Kinderbetreuung ein. Namentlich sollen bei vorhandenem Bedarf Tagesschulen finanziert und Schulsozialarbeit und Kindertagesstätten gefördert werden. Die bestehenden Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden besser aufeinander abgestimmt. Der Kanton prüft den Aufbau einer einheitlichen Anlaufstelle für Beratung / Vermittlung und Bewilligung von Betreuungsangeboten und sucht nach innovativen Lösungen zur Förderung von Public Private Partnership (PPP)- Modellen. Der Kanton lanciert ein Aktionsprogramm mit dem Ziel, familienfreundliche Projekte zu fördern sowie die Unternehmen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Massnahme 7	**„Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglichen“ (Übergang I)**
Federführung	Erziehungsdirektion
Mitarbeit	Volkswirtschaftsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Allen Jugendlichen und Erwachsenen wird ein Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglicht. Dies bedingt eine Verbesserung der Nahstelle Volksschule / Sekundarstufe II. Ein Abschluss auf Sekundarstufe II verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und vermindert die Gefahr einer langfristigen Arbeitslosigkeit. Der Volkswirtschaft geht damit weniger wertvolles Humankapital verloren, und die Sozialwerke werden weniger stark belastet.
Ausgangslage	Durch den Strukturwandel und den Trend zu Dienstleistungsberufen stellen immer mehr Lehrstellen hohe schulische und sprachliche Anforderungen. Der Lehrstellenbericht 2006 hat gezeigt, dass der Kanton Bern sehr gut dasteht und 92 bis 95 Prozent aller jungen Erwachsenen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II ausweisen.
Grundlagen	Lehrstellenbericht (www.erz.be.ch/lehrstellenbericht) Plan B (www.erz.be.ch/planb)
Handlungsbedarf	Gefährdete Jugendliche (Leistungsdefizit, Migrationshintergrund) frühzeitig erkennen und speziell begleiten (Junior Coaching, Case Management). Den Dialog zwischen Volksschule, Berufsbildung und Arbeitswelt stärken. Die Organisationen der Arbeitswelt bereits bei der Berufswahlvorbereitung einbeziehen. Verlässliche Bildungsstandards erstellen, um eine bessere Einschätzung der Leistungen zu ermöglichen. Brückenangebote besser auf die Zielgruppen abstimmen. Förderung von Lehrstellen im niederschwelligen Bereich (2-jährige Grundbildungen mit Berufsattest). Lehrstellenauflösungen verringern.
Massnahme 8	**„Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern“ (Übergang II)**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	Erziehungsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Das primäre Ziel ist es, dass stellensuchende, junge Erwerbstätige mit einem Bildungsabschluss den Einstieg in ein längerfristiges Arbeitsverhältnis schaffen. Bei längerer Erwerbslosigkeit geht angeeignetes Wissen der jungen Erwerbstätigen verloren, und ein grosses Potential liegt brach. Der Volkswirtschaft gehen wertvolles Humankapital sowie potenzielle Innovationskraft verloren, und die Sozialwerke werden belastet. Die Nutzung des Humankapitals der Jugendlichen ist äusserst wichtig für das Wirtschaftswachstum im Kanton Bern.
Ausgangslage	Jugendliche Ausbildungsabgänger/innen weisen noch keine Berufserfahrung auf. Sie sind für Arbeitgeber teuer, da sie zuerst eingearbeitet werden müssen. Jugendarbeitslosigkeit reagiert sehr empfindlich auf konjunkturelle Änderungen, da Unternehmen, welche zu einem Abbau ihrer Personalbestände gezwungen sind, oft natürliche Abgänge nicht ersetzen. Die ersten Beschäftigungsverhältnisse gelten ausserdem als instabil. Jugendliche haben häufig befristete Arbeitsverträ-

	ge, die je nach Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr verlängert werden.
Grundlagen	Lehrstellenbericht (www.erz.be.ch/lehrstellenbericht) Plan B (www.erz.be.ch/planb)
Handlungsbedarf	Massnahmen sollen Defizite Jugendlicher beheben und Kontaktmöglichkeiten mit potentiellen Arbeitgebern verbessern. Jugendlichen stehen verschiedene Angebote für eine Erleichterung des individuellen Berufseinstiegs zur Verfügung. Die Angebote sind unter www.be.ch/planb zu finden. Interinstitutionelle Zusammenarbeit stärken. Durch eine Koordinierung der Angebote wird besser auf individuelle Bedürfnisse eingegangen. Informationsanlässe geben Ausbildungsabgänger/innen die Möglichkeit, Kontakte zu Unternehmen zu knüpfen (Sprungbrettevent).
Massnahme 9	**„Internationales Schulangebot schaffen“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	Erziehungsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Der Kanton Bern verfügt über ein qualitativ hochstehendes internationales Schulangebot. Ein internationales Schulangebot ist eine wichtige Voraussetzung, dass sich Kader internationaler Firmen beziehungsweise ihre Familien (Expatriates) im Kanton niederlassen. Internationale Schulen bieten international anerkannte und zertifizierte Ausbildungsgänge an, die primär auf Kinder von international mobilen Mitarbeitenden ausgerichtet sind. Dank der Standardisierung kann die Schulbildung auf der ganzen Welt fortgesetzt werden, wenn es zu einem Wechsel des Arbeits- und Lebensortes der Eltern kommt. Deshalb ist eine internationale Schule im heutigen Standortwettbewerb ein Schlüsselfaktor sowohl für den Wirtschafts- wie den Wohnstandort Kanton Bern.
Ausgangslage	Rückmeldungen aus international ausgerichteten Unternehmen und bisherige Abklärungen der Wirtschaftsförderung haben gezeigt, dass der Kanton Bern im Vergleich zu anderen Kantonen grosse Schwächen aufweist, die eine glaubwürdige Umsetzung der Stossrichtungen „Wirtschaftsstandort stärken“ und „Wohnstandort fördern“ erschweren. Dieser Umstand könnte Ansiedlungen, aber auch bestehende Arbeitsplätze international ausgerichteter Unternehmen gefährden.
Grundlagen	Volksschulgesetz (VSG) vom 19.03.1992 (www.be.ch, Vernehmlassungen)
Handlungsbedarf	Der Kanton Bern will in diesem Bereich die Rahmenbedingungen für international tätige Unternehmen verbessern und damit seine Standortattraktivität erhöhen. Die internationale Anerkennung des Standortes Bern als attraktiver Wirtschafts- und Wohnstandort sowie als Politzentrum setzt voraus, dass der Kanton Bern über : - eine gute internationale Ausbildung (International Baccalaureat-Programme) in Tagesschulstrukturen, - ein Angebot über alle Altersgruppen hinweg (3-18 Jahre) verfügt. Eine zwingende Voraussetzung für die Umsetzung dieser Massnahme ist die geplante Revision des Volksschulgesetzes. Mit dieser Revision können die Grundlagen für ein marktfähiges internationales Schulangebot geschaffen werden.

Massnahme 10	**„Wettbewerbsfähige Tourismus-Destinationen fördern“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Förderung international konkurrenzfähiger Tourismusstrukturen und Vorantreiben des Professionalisierungsprozesses im Destinationsmanagement. Der Kanton Bern ist einer der drei grossen Tourismuskantone der Schweiz. Der Tourismus ist arbeitsintensiv und gilt weltweit als Wachstumsbranche. Er ist stark mit anderen Branchen verknüpft und generiert daher einen hohen Wertschöpfungsanteil, insbesondere in strukturschwächeren Regionen und Alpentälern. Darüber hinaus trägt er dazu bei, den Bekanntheitsgrad und die Standortattraktivität des Kantons als Arbeits- und Wohnort zu erhöhen.
Ausgangslage	Auslöser des vom Kanton begleiteten Destinationsentwicklungsprozesses ist die Auflösung des Berner Oberland Tourismus (BOT) im Jahre 2000. Seit diesem Zeitpunkt gehen die bisher an den BOT geflossenen Tourismusförderungsmittel im Berner Oberland direkt an die Destinationen. Mit dem Tourismusentwicklungsgesetz verankerte der Kanton Bern die 12 „Destinationen“ (Verordnung) und die Mittelverteilung nach dem Grundsatz Mittelherkunft = Mittelverwendung. Als Destination gilt gemäss Lehre allgemein der geografische Raum, in welchem sich der Gast während seinem Aufenthalt vorwiegend bewegt. Der Raum enthält sämtliche für den Aufenthalt notwendigen Strukturen und Angebote. Das Destinationsmarketing umfasst eine einheitlich geführte Vermarktung dieses Raums. Allgemein gilt, dass ab Marketingbudgets von jährlich CHF 500'000 die Schwelle zur national wahrnehmbaren Destination erreicht wird. Ab CHF 1 Mio. gilt die Destination als international vermarktungsfähig, ab ca. 5 Mio. als global. Die entsprechenden Werte sind dynamisch und abhängig vom Konkurrenzumfeld.
Grundlagen	Tourismusentwicklungsgesetz (TEG) vom 20.06.2005
Handlungsbedarf	Im Interesse attraktiver Tourismusdestinationen und einer konkurrenzfähigen Tourismuswirtschaft werden 2007 von kantonaler Seite im Sinne eines „top-down“-Ansatzes die ersten Schritte zur Einleitung und Beschleunigung der „Destinationsverdichtung“ unternommen.
Massnahme 11	**„Energieversorgung zukunftsfähig sicherstellen“**
Federführung	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Mitarbeit	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, Volkswirtschaftsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	4000-Watt-Gesellschaft im Kanton Bern bis 2035 Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandortes Bern mit Impulsen zur Entwicklung energieeffizienter Systeme und zur Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien Schaffen von Arbeitsplätzen in der «Biomasse- und Holzkette» und in neuen Branchen Marktchancen für lokale KMU (Wärmepumpen, Pelletheizungen, …)
Ausgangslage	Der Regierungsrat hat am 5. Juli 2006 die Energiestrategie 2006 für den Kanton Bern beschlossen. In der Novembersession 2006 hat sie der Grosse Rat zur Kenntnis genommen. Die Energiestrategie zeigt die langfristige Energiepolitik auf, damit die Versorgung des Kantons mit Energie sicher und kostengünstig erfolgen kann. Sie basiert auf den zwei Pfeilern «Fördern des sparsamen und effizienten Energieeinsatzes» und «Erneuerbare Energien»

Grundlagen	Energiestrategie 2006 des Kantons Bern (www.be.ch/energiestrategie)
Handlungsbedarf	Die Energiestrategie basiert auf acht Bereichsstrategien, die entsprechende Massnahmen bedingen. Diese Massnahmen werden zeit- und stufengerecht geplant und in Form eines 4-Jahresplanes vom Regierungsrat jeweils für eine Legislaturperiode beschlossen. Die Umsetzung der Energiestrategie/Massnahmenplan 2007-2010 ist vom Regierungsrat im April 2007 zustimmend zur Kenntnis genommen worden und löst in der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, in der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion sowie in der Volkswirtschaftsdirektion Handlungsbedarf aus.
Massnahme 12	**„Wirtschaft und Verwaltung - als Partner zusammenarbeiten“**
Federführung	Finanzdirektion
Mitarbeit	alle anderen Direktionen und Staatskanzlei
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Wirtschaft und Verwaltung suchen vermehrt gemeinsame Lösungen für anstehende Herausforderungen. Der Bund ist für die meisten Regelungen in der Schweiz verantwortlich. Zu erwähnen sind Steuern, Sozialversicherungen, Raumordnung usw. Da die Anwendung des eidgenössischen Rechts oft delegiert wird, bleibt aus Sicht der Unternehmen die Verwaltungspraxis der Kantone und Gemeinden entscheidend für das meiste Recht. Nicht nur die Verfahren und Vorschriften sind für die Attraktivität eines Standortes ausschlaggebend, sondern auch deren Anwendung.
Ausgangslage	Unter dem Projekttitel „Verfahren und Vorschriften“ wurden im Anschluss zu den Arbeiten des Wirtschaftsrates umfangreiche Abklärungen durchgeführt. Mit der Neukonzeption der Wirtschaftsförderung besteht seit dem 1. Januar 1998 eine zentrale Anlaufstelle für die Wirtschaft. Mit dem Kernteam für Grossprojekte wurde 1998 eine spezielle Projektstruktur eingesetzt, die eine Begleitung bedeutender Vorhaben im Kanton Bern sicherstellt. Im Jahre 2004 wurden die Struktur angepasst und gleichzeitig das Key Account Management (KAM) für grosse Arbeitgeber als Pilotversuch eingeführt. Alle bisher geführten Abklärungen machen deutlich, dass nicht primär die Vorschriften das Problem darstellen, sondern vielmehr die Verfahren, der Umgang mit dem Kunden, die gewählte Sprache etc. Seit 1997 sind zusammen mit dem Personalamt des Kantons Bern entsprechende Kurse im Angebot. Es wurden Seminare mit Planspielen für Kader durchgeführt. Zudem wird ein Stage-Programm in der Wirtschaft angeboten. Dieses Programm wurde unter dem Titel „Perspektivenwechsel“ im Herbst 2005 neu lanciert.
Grundlagen	-
Handlungsbedarf	Die Verbesserung der Rahmenbedingungen gehört zu den Daueraufgaben der Verwaltung zugunsten des Wirtschaftsstandortes Kanton Bern. Dabei gibt es zwei Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik: - Verfahren und Vorschriften: Einerseits müssen die Vorschriften weiter vereinfacht werden, andererseits müssen die Verfahren bzw. der Umgang der Verwaltung mit den Kunden weiter verbessert werden. Dazu gehören auch geeignete Aus- und Weiterbildungsmassnahmen für das Personal. - Für die Finanzierung und den Betrieb von öffentlich dominierten Aufgabenbereichen wird vermehrt das Modell einer Public Private Partnership (PPP) - die langfristige Partnerschaft zwischen privaten Unternehmen, Investoren und der öffentlichen Hand - geprüft.

Finanzen und Leistungen	
Massnahme 13	**„Leistungsprofil definieren“**
Federführung	Finanzdirektion
Mitarbeit	alle Direktionen
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Das Ziel dieser Massnahme ist es, die Aufgaben und ihre Finanzierung langfristig sicherzustellen und aufeinander abzustimmen. Damit werden finanzpolitische Handlungsspielräume geschaffen, um sowohl für Aufgaben mit hoher Priorität wie auch für Steuersenkungen ausreichende Mittel zu haben. Die Steuerbelastung ist ein wichtiger Standortfaktor und damit bedeutsam für das Wirtschaftswachstum des Kantons Bern. Das Wachstum ist aber gefährdet, wenn wichtige staatliche Aufgaben nicht ausreichend finanziert sind. Steuererleichterungen dürfen aber im Sinne der nachhaltigen Entwicklung über eine hohe Staatsverschuldung nicht auf künftige Generationen abgewälzt werden. Deshalb muss der Kanton Bern seine wichtigsten Aufgaben definieren und dafür genügend Mittel bereitstellen, um auch eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung zu betreiben.
Ausgangslage	Der Kanton Bern hat in den neunziger Jahren damit begonnen, seinen Finanzhaushalt zu sanieren und große Defizite abzubauen. Der Erfolg dieser Sanierung ist in den Ertragsüberschüssen der Laufenden Rechnung seit 1998 zu sehen. 2001 hat sich die bernische Politik dem Abbau der hohen Staatsverschuldung zugewandt. Der Kanton Bern hat in den Jahren 2003 bis 2005 aus eigener Kraft, das heißt ohne Berücksichtigung des Anteils aus den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank, die Staatsverschuldung um über 600 Millionen Franken reduzieren können.
Grundlagen	Projekt „Aufgabendialog“
Handlungsbedarf	In Zukunft wird es die Aufgabe der Finanzpolitik sein, einen nachhaltigen Schuldenabbau auf ein finanzpolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich vertretbares Mass zu ermöglichen. Mit dem Projekt „Aufgabendialog“ will der Regierungsrat im Austausch mit Experten, politischen Parteien, Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern eruieren, welche Aufgaben der Kanton Bern in Zukunft noch wahrnehmen soll, und auf welche er verzichten kann. Der Regierungsrat will mit dem Aufgabendialog neben einem nachhaltigen Schuldenabbau Handlungsspielraum schaffen, sei es hinsichtlich der Erfüllung wichtiger Aufgaben, sei es zur Verbesserung der steuerlichen Konkurrenzfähigkeit.
Massnahme 14	**"Immobilienmanagement aktivieren"**
Federführung	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Mitarbeit	alle Direktionen
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die Grundstücke und Gebäude, die der Kanton nutzt oder im Eigentum hat, stellen einen wichtigen Kosten-Nutzenfaktor dar und sind ein Teil unseres Kulturgutes. Sie müssen umfassend und mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung bewirtschaftet werden. Zentrale Bedeutung hat dabei das im Aufbau befindliche Instrument zur mittelfristigen Finanzplanung im Immobilienbereich (MIP+), das den Entscheidungsträgern die steuerungsrelevanten Informationen zur Wirtschaftlichkeit (was kostet das Immobilienportfolio?) und zur Entwicklung (welcher Investitionsbedarf zeichnet sich ab?) aufzeigt und eine langfristige Gesamtbetrachtung der Kosten und

	Entwicklungen im Immobilienbereich ermöglicht. Im Hinblick auf eine betriebswirtschaftlich optimierte Immobilienbewirtschaftung ist eine flächendeckende Raumkostenverrechnung vorrangig.
Ausgangslage	Die strategischen Grundsätze für das Immobilienmanagement bilden die Basis für die weiteren Umsetzungsschritte auf der Ebene von Teilportfolios und sind bestimmend für die Gesamtplanungen und Massnahmenplanungen. Sie sichern ein zielgerichtetes und effizientes Handeln. Dabei steht der zunehmende Raumbedarf in Konflikt mit den knapper werdenden finanziellen Mitteln.
Grundlagen	RRB 1885 vom 25. Oktober 2006: „Strategische Grundsätze für das kantonale Immobilienmanagement“
Handlungsbedarf	Die vordefinierten Teilportfolios müssen verifiziert, die zugehörigen raumrelevanten Entwicklungsfaktoren bestimmt und die gebäudestrategischen Ziele erarbeitet werden. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen. Folgende Arbeitsschritte sind dazu notwendig: - Definition Teilportfolios mit raumrelevanten Entwicklungsfaktoren - Einführung Raumkostenverrechnung - Gesamtplanungen
Massnahme 15	**„Investitionen priorisieren“**
Federführung	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Mitarbeit	alle Direktionen
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die Investitionen auf strategischer Ebene gezielt priorisieren, um die strategischen Zielsetzungen des Regierungsrats zu erreichen. Auf der Ausgabenseite können öffentliche Investitionen, insbesondere in Verkehr und Telekommunikation, für das Wirtschaftswachstum förderlich sein. Infrastrukturen sind ein wichtiger Standortfaktor für den Berner Wirtschaftsstandort. Der Konflikt mit den finanzpolitischen Zielsetzungen fordert transparente Entscheidgrundlagen, die mit der mittelfristigen Investitionsplanung geschaffen werden sollen.
Ausgangslage	In einzelnen Fachbereichen werden die Investitionen im Rahmen der bestehenden Instrumente sachbezogen priorisiert; so z.B. im Strassenbauprogramm, im Investitionsrahmenkredit ÖV und bei der Priorisierung der grossen Infrastrukturvorhaben aus den Agglomerationsprogrammen. Was fehlt, ist ein Gesamtüberblick. Mit der mittelfristigen Investitionsplanung soll dem Regierungsrat ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, dass es ihm ermöglicht, Prioritäten zu setzen. Neben einem Überblick über die laufenden und geplanten Investitionsprojekte und deren Finanzbedarf muss die mittelfristige Investitionsplanung auch den Beitrag einzelner Projekte zur strategischen Zielerreichung transparent machen.
Grundlagen	-
Handlungsbedarf	Die Herausforderung besteht für den Regierungsrat darin, bei der Planung der Aufgaben und Finanzen alle diese Ziele angemessen zu berücksichtigen. Für den Regierungsrat werden die Investitionen mit den grössten Wachstumseffekten angestrebt. Das strategische Steuerungsinstrument hierfür ist die mittelfristige Investitionsplanung, die noch aufzubauen ist.

Massnahme 16	**„Steuern reformieren“**
Federführung	Finanzdirektion
Mitarbeit	Volkswirtschaftsdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Begründet durch das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung will der Regierungsrat das Steuersystem im Kanton Bern reformieren. Grundsätzlich sollen Entlastungen dort stattfinden, wo die Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich über dem Durchschnitt liegt. Steuereinnahmen sollen eher in jenen Bereichen erzielt werden, in denen gleichzeitig nachteiliges Verhalten reduziert werden kann (bspw. Umweltbelastung). Zudem will der Regierungsrat sozialpolitische Ziele verfolgen, indem er Familien mit Kindern steuerlich entlastet. Die beste Wachstums- und Standortförderung aus steuerlicher Sicht liegt in vergleichsweise günstigen Steuern. Eine niedrige Steuerbelastung erhöht den Anreiz zu arbeiten. Leistet die Bevölkerung mehr Arbeitsstunden, steigt das Wirtschaftswachstum. Die Reduktion umweltschädlichen Verhaltens trägt dazu bei, den Kanton Bern zu einem attraktiven Wohnort und Wirtschaftsstandort zu machen.
Ausgangslage	Im Kanton Bern ist die Belastung durch Steuern für mittlere Einkommen hoch. Hingegen ist der Kanton Bern bei der Besteuerung juristischer Personen eher günstig. In den letzten Jahren gab es in beiden Bereichen Entlastungen für die Steuerzahler. Allerdings haben andere Schweizer Kantone und das Ausland die Steuerbelastung ebenfalls vermindert, so dass eine laufende Optimierung der steuerlichen Rahmenbedingungen angezeigt ist.
Grundlagen	Steuergesetz-Revision per 01.01.2008 als Ausgangslage (www.be.ch/gr, Presseschau, Märzsession 2007)
Handlungsbedarf	Im Hinblick auf die nächste Steuergesetzrevision wird geprüft, wie die Steuerstruktur in einem dem Wachstum förderlichen Sinne zu reformieren ist. Zu den möglichen Optionen könnte beispielsweise eine ökologische Steuerreform gehören. Die Entwicklungen auf EU- und Bundesebene werden dabei berücksichtigt (beispielsweise Unternehmensbesteuerung, Individualbesteuerung).

Raumentwicklung und Gesamtmobilität	
Massnahme 17	**„Agglomerationsprogramme – Verkehrs- und Siedlungsentwicklung abstimmen“**
Federführung	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion und Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Mitarbeit	Volkswirtschaftsdirektion, Finanzdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Raumentwicklung und Mobilität aufeinander abstimmen. In den Agglomerationen spielt sich ein grosser Teil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ab, und hier - als Folge davon - konzentriert sich auch ein grosser Teil des täglichen Verkehrsaufkommens. Nimmt der Verkehr weiter zu, stösst die Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen. Schiene und Strasse werden überlastet. Die bedürfnisgerechte und zuverlässige Erschliessung der Agglomerationen und damit die Attraktivität städtischer Wohn- und Arbeitsstandorte werden gefährdet. Dank frühzeitiger und weitsichtiger Planung, - insbesondere dank der sorgfältigen Abstimmung der Verkehrs- und Siedlungsplanung, dem Einsatz geeigneter Instumente und der Koordination mit der Finanzplanung - soll die Bewältigung des Verkehrsaufkommens in den Agglomerationen langfristig sichergestellt werden.
Ausgangslage	Die Siedlungsentwicklung, die Wirtschaftsentwicklung und das Freizeitverhalten führen zu einer weiteren Entwicklung der Mobilitätsbedürfnisse. Folge davon sind Engpässe im öffentlichen Verkehr und auf den Strassen. Betroffen sind hauptsächlich die Agglomerationen. Eine effiziente Weiterentwicklung des Mobilitätssystems ist nur möglich, wenn sich die räumliche Entwicklung schwergewichtig an den vorhandenen Verkehrsinfrastrukturen orientiert. Siedlungsentwicklung und Gesamtmobilität müssen deshalb gut aufeinander abgestimmt werden. Diese Erkenntnis löste in der vergangenen Legislaturperiode wichtige Entwicklungen aus, die nun mit hoher Priorität und zielgerichtet weitergeführt werden. Mit dem kantonalen Richtplan steht heute ein Koordinations- und Führungsinstrument zur Verfügung, das die Abstimmung der verschiedenen Fachplanungen fördert und die Nachhaltige Entwicklung in der Raumordnungspolitik sicherstellt. Zur Umsetzung des Richtplans – unterstützt durch andere Impulse, wie die neue Agglomerationspolitik des Bundes – wurden die sechs bernischen Agglomerationsprogramme «Verkehr und Siedlung» erarbeitet und anschliessend zu einer kantonalen Synthese zusammengefasst. Auf Bundesebene wurde mit der Verabschiedung der Infrastrukturgesetzgebung die Grundlage für die Unterstützung von Projekten des Agglomerationsverkehrs gelegt. Die Modalitäten der finanziellen Unterstützung wurden ebenfalls konkretisiert.
Grundlagen	Agglomerationsprogramme (http://www.jgk.be.ch/site/index/agr/agr_agglomeration) Richtplananpassungen `06, Investitionsrahmenkredit Öffentlicher Verkehr, Strassenbauprogramm
Handlungsbedarf	2007 besteht die Aufgabe für den Kanton darin, die Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung und den Synthesebericht im Hinblick auf die definitive Einreichung beim Bund Ende Jahr zu aktualisieren. Dabei soll in erster Linie auf finanzierbare und in der Periode von 2011 bis 2014 baureife Projekte fokussiert werden. In einem nächsten Schritt wird es darum gehen, die bestehenden Agglomerationsprogramme in die neuen Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK) gemäss SARZ überzuführen. Dazu liegt bereits ein Me-

	thodikbericht vor. In einem nächsten Schritt gilt es u. a., die kantonalen Vorgaben für die RGSK auszuarbeiten. Die Massnahmen aus den Agglomerationsprogrammen werden durch die jeweils zuständigen Fachämter realisiert. Neben den unten nicht abschliessend aufgezählten Infrastrukturprojekten kommt der in den Richtplananpassungen ´06 vorgesehenen verbesserten Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf den öffentlichen Verkehr hervorragende Bedeutung zu. Projektmässig besteht Handlungsbedarf in erster Linie bei der Verbesserung des ÖV-Systems (z.B. Weiterausbau S-Bahn Bern; Verbesserung der Erschliessung Bern-West*, Bern-Süd, Ostermundigen und Biel – Bözingen – Bözingenfeld;* Ausbau der Bahninfrastruktur in den Gebieten Wylerfeld, Rütti – Zollikofen, *Aaretal Bern – Münsingen*, linkes Thunerseeufer, Jurasüdfuss), bei verkehrsträgerübergreifenden Projekten (z.B. Neugestaltung des Knotens Bern-Wankdorf) und bei ausgewählten Strassenprojekten (z.B. Nationalstrassenbauprojekte A5 im Raum Biel, A16 Transjurane, Vorprojekt Bypass Thun Nord, Zweckmässigkeitsbeurteilung Verkehrserschliessung Emmental, Zweckmässigkeitsbeurteilung Autobahnzubringer Oberaargau). Neben neuen Infrastrukturen kommt verkehrsorganisatorischen Massnahmen, die dazu beitragen, die bestehenden Infrastrukturen besser auszunutzen, sowie Massnahmen in den Bereichen Langsamverkehr, kombinierte Mobilität und Mobilitätsmanagement, eine hervorragende Bedeutung zu. Die Option für neue Instrumente wie Road Pricing soll offen gehalten werden.
Massnahme 18	**„Gesamtheitliche Verkehrslösungen bieten“**
Federführung	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Mitarbeit	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die einzelnen Verkehrsträger entsprechend ihren Vorteilen einsetzen und miteinander verknüpfen. Ein gut funktionierendes, umweltverträgliches Mobilitätssystem ist ein wichtiger Faktor der Standortqualität des Wirtschafts- und Wohnstandorts Kanton Bern.
Ausgangslage	Die Überarbeitung der Planungs- und Finanzierungsinstrumente im Bereich Verkehr wurde an die Hand genommen. Es geht dabei um die Totalrevision des Strassenbaugesetzes, die Einführung eines neuen mittel- bis langfristigen Planungsinstrumentariums im Verkehr, die inhaltliche und zeitliche Abstimmung der Rahmenkredite «Strasse» und «Öffentlicher Verkehr» sowie die Einführung wirksamer Vorgaben in den Bereichen Siedlungsentwicklung und Gesamtmobilität im Rahmen des kantonalen Richtplans.
Grundlagen	Richtplananpassungen `06 (Massnahme B_02), Strassenbauprogramm, Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr
Handlungsbedarf	Die bestehenden Verkehrsangebote müssen mit verkehrsträgerübergreifenden Massnahmen optimaler genutzt werden. Bei der Weiterentwicklung des Verkehrsangebots stehen daher verkehrsträgerübergreifende Lösungen im Vordergrund (z.B. Neugestaltung des Knotens Bern-Wankdorf), welche die bestehenden Infrastrukturen optimal ausnutzen und so Gewähr für eine hohe Effizienz des Mitteleinsatzes bieten. Dazu müssen die in der Ausgangslage erwähnten Instrumente entwickelt und umgesetzt werden. Zentrale Bedeutung kommt dabei u. a. den strategischen Vorgaben im Bereich Gesamtmobilität zu.

Massnahme 19	**„Schiene, Strasse, Luft: Erreichbarkeit sichern“**
Federführung	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Mitarbeit	Volkswirtschaftsdirektion, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Erhaltung und Verbesserung der nationalen und internationalen Erreichbarkeit auf der Schiene, der Strasse und durch die Luft. Die Erreichbarkeit einer Region für Güter, Dienstleistungen, Arbeit, Kapital und Wissen ist ein wichtiger Standortfaktor. Über einen Ausbau oder eine bessere Verknüpfung der Verkehrsangebote lassen sich die Kosten der Raumüberwindung senken und damit die Erreichbarkeit verbessern. Dies führt zu einer Vergrösserung der Marktgebiete, einer besseren Erschliessung von Ressourcen und ermöglicht flexiblere Produktionsprozesse. Auch für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestimmt die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in hohem Mass die Lebensqualität an einem Standort.
Ausgangslage	Die Erreichbarkeit des Kantons Bern ist heute auf einem hohen Niveau gewährleistet. Es gilt die gute Erschliessungsqualität zu erhalten und die bestehenden Chancen zu nutzen. Mit den internationalen Zügen wie ICE, Cisalpino oder TGV und der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels ist der Weg in die europäischen Grossstädte wie Berlin, Frankfurt, Mailand und Paris nicht weit. Ebenfalls zu nennen ist die ausgebaute S-Bahn-Infrastruktur, die eine rasche Anbindung an die übergeordneten Netze sicherstellt. Dank der Autobahn- und Bahnverbindungen sind die interkontinentalen Flughäfen Basel, Genf und Zürich in weniger als eineinhalb Stunden erreichbar. Ab dem Flughafen Bern-Belp werden einige europäische Städte direkt angeflogen.
Grundlagen	Bundesgesetz über den Anschluss der Ost- und der Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz (HGV-Anschluss-Gesetz, HGVAnG) vom 18. März 2005
Handlungsbedarf	Schiene: Durch gezielte Lobbyarbeit ist die Konkretisierung und Realisierung der Bundesprojekte zur Anbindung des Juras an den TGV Rhin-Rhône (Eröffnung Linie Delle - Belfort), zum schrittweisen Ausbau der Linie Bern - Neuenburg auf Doppelspur zu unterstützen. Wesentliche Bedeutung könnte weiter der Sicherung der Funktionsfähigkeit des Lötschberg-Basistunnels zukommen. Strasse: Es gilt, die Funktionalität des übergeordneten Strassennetzes zu erhalten und mögliche Engpässe gezielt zu beseitigen. Der Kanton muss sicherstellen, dass seine Interessen bei den Ausbauplanungen des Nationalstrassennetzes, für die gemäss NFA neu zu 100 Prozent der Bund verantwortlich ist, effizient eingebracht werden. Luft: Die Anbindung auf Strasse und Schiene zu den interkontinentalen Flughäfen ist grundsätzlich gut. Mit dem im Jahr 2006 beschlossenen Investitionsbeitrag an die Pistenverlängerung und der neuen Strassenzufahrt können beim Flughafen Bern-Belp wesentliche Verbesserungen erreicht werden.
Massnahme 20	**„Einbindung in den nationalen Schienenverkehr verbessern"**
Federführung	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Voraussetzungen schaffen zur Verbesserung der nationalen Erreichbarkeit auf der Schiene. Die Erreichbarkeit im Bereich ÖV kann - wie in Massnahme 19 beschrieben - nur verbessert werden, wenn die notwendigen finanziellen Mittel dazu sichergestellt werden können.

	Die Erreichbarkeit einer Region für Güter, Dienstleistungen, Arbeit, Kapital und Wissen ist ein wichtiger Standortfaktor. Über einen Ausbau oder eine bessere Verknüpfung der Verkehrsangebote lassen sich die Kosten der Raumüberwindung senken und damit die Erreichbarkeit verbessern. Dies führt zu einer Vergrösserung der Marktgebiete, einer besseren Erschliessung von Ressourcen und ermöglicht flexiblere Produktionsprozesse. Auch für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestimmt die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in hohem Mass die Lebensqualität an einem Standort.
Ausgangslage	Der Kanton Bern liegt zwischen den starken Wirtschaftsregionen Zürich und Arc Lémanique. Heute ist der Kanton Bern über die Mittelland-Linie Zürich - Olten - Bern - Lausanne - Genf und über die Jurasüdfusslinie Zürich - Olten - Biel/Bienne - Lausanne - Genf mit diesen Wirtschaftsräumen verbunden. Während die Verbindungen zwischen Bern und Zürich bezüglich Angebotsdichte und Reisezeit sehr attraktiv sind, soll mit dem Projekt des Bundes zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) die Reisezeit zwischen Bern und Lausanne sowie Biel/Bienne und Zürich verringert werden. Wesentliche Anliegen des Kantons Bern für eine verbesserte Anbindung verschiedener Regionen sind aber nicht berücksichtigt. Die Umsetzung des Projektes ist erst ab dem Jahr 2017 vorgesehen.
Grundlagen	Entwürfe des Bundesamtes für Verkehr und der SBB zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB)
Handlungsbedarf	Durch gezielte Lobbyarbeit zusammen mit den Nachbarkantonen der West- und der Nordwestschweiz soll einerseits die möglichst rasche Umsetzung des Bundesprojektes ZEB erreicht werden. Andererseits wird sich der Kanton Bern für die Aufnahme weiterer Infrastrukturen ins Projekt ZEB einsetzen und damit eine verbesserte Anbindung verschiedener Regionen des Kantons Bern ermöglichen.
Massnahme 21	**„Kantonale Raumplanung stärken – Umsetzung und Bewirtschaftung des kantonalen Richtplans“**
Federführung	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Mitarbeit	alle Direktionen
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Konzentration der Kräfte auf wirtschaftlich Erfolg versprechende Gebiete; Förderung der regionalen Stärken; wirkungsorientierter Mitteleinsatz. Die im kantonalen Richtplan festgelegte Zentralitätsstruktur mit Zentren und Entwicklungsachsen unterstützt einen konzentrierten Mitteleinsatz. Strategische Fragen erhalten in der Raumplanung ein grösseres Gewicht. Grundsätzliche, längerfristige sowie am Gemeinwohl orientierte Anliegen können sich besser durchsetzen und ermöglichen eine gemeindeübergreifende Planung.
Ausgangslage	Mit dem kantonalen Richtplan steht heute ein Koordinations- und Führungsinstrument zur Verfügung, das die Abstimmung der verschiedenen Fachplanungen fördert und die nachhaltige Entwicklung in der Raumordnungspolitik sicherstellt. Wie der Raumplanungsbericht 2006 aufzeigt, kommt die Zentralitätsstruktur, die im kantonalen Richtplan festgelegt ist, immer mehr zur Anwendung. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für den gezielten Einsatz der Mittel. Verschiedene Konzepte und Fachplanungen orientieren sich für die Prioritäten- und Schwerpunktsetzung daran. Die Anzahl der Beschäftigten in zentralen Lagen nimmt entsprechend zu – dagegen hat die Bevölkerungszahl in den Zentren abgenommen. Die Agglomerationsprogramme Verkehr + Siedlung der ersten Generation zielen auf eine bessere Abstimmung der Siedlungsentwicklung mit der Gesamtmobilität ab und bezwecken eine klare Prioritätensetzung. Sie formulieren unter anderem Grundsätze zur Abstimmung von Neueinzonungen mit der Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr.

Grundlagen	Kantonaler Richtplan (www.be.ch/richtplan) und Raumplanungsbericht (www.be.ch/raumplanung)
Handlungsbedarf	Der kantonale Richtplan ist konsequent umzusetzen und zu bewirtschaften. Die Richtplananpassungen `06, mit denen die Anliegen aus den Agglomerationsprogrammen konkretisiert werden, sind zielgerichtet zu konsolidieren und in Kraft zu setzen. Weil die Bedeutung der Ortsplanungen für die Gemeinden gesunken ist, wird eine vermehrte überkommunale Koordination der Planungen angestrebt. Im Rahmen der „Strategie Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit" (SARZ) werden mit den Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepten (RGSK) die Grundlagen dafür geschaffen. Diese werden die Agglomerationsprogramme Verkehr + Siedlung ablösen. Sind kantonale oder regionale Interessen gefährdet, prüft die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion den Einsatz der kantonalen Überbauungsordnung nach Art. 102 des Baugesetzes (BauG).
Massnahme 22	**„Entwicklungsschwerpunkte - attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten schaffen (ESP)"**
Federführung	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Mitarbeit	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, Volkswirtschaftsdirektion, Finanzdirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten an zentralen, gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen schaffen. Mit Entwicklungsschwerpunkten wird einerseits die Abstimmung zwischen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung verbessert und eine nachhaltige und kostengünstige räumliche Entwicklung des Kantons unterstützt. Andererseits wird damit ein Beitrag zur Förderung des Wohnstandortes Kanton Bern geleistet.
Ausgangslage	Der Kanton Bern hat 1989 das Programm der wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (ESP-Programm) gestartet. Das ESP-Programm zielt darauf ab, Flächen an zentralen Standorten im Kanton Bern planerisch so vorzubereiten, dass Betriebe sich möglichst rasch ansiedeln oder bauliche Erweiterungen vornehmen können. Das Programm der kantonalen Entwicklungsschwerpunkte (ESP) wurde im Rahmen der Wachstumsstrategie 2004 weiterentwickelt: Mit einem Wettbewerb will der Regierungsrat qualitativ hoch stehende Wohnbauprojekte an zentralen, gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen fördern (ESP Wohnen).
Grundlagen	5. Zwischenbericht zum ESP-Programm (2004)
Handlungsbedarf	Das Konzept der kantonalen Entwicklungsschwerpunkte wird weiterverfolgt. Dabei stehen die Nutzungsprofile Arbeiten (ESP-A), Dienstleistungen (ESP-D) und Wohnen (ESP-W) im Vordergrund.

Massnahme 23	**„Kräfte konzentrieren - Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)“**
Federführung	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, Erziehungsdirektion, Volkswirtschaftsdirektion, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden fördern und verbindlich ausgestalten. Die Agglomerationen sind schweizweit und speziell auch im Kanton Bern die Wachstumsmotoren der Volkswirtschaft. Die vorgeschlagenen Reformen und die Einführung des Regionalkonferenz-Modells führen einerseits zu effizienteren und verbindlichen Entscheidprozessen und verbessern damit die Standortgunst. Andererseits erlaubt das optimierte Planungsinstrumentarium eine bessere Koordination von Siedlungs- und Verkehrsplanung, womit die Erschliessungsqualität für Wohnen und Arbeitsplätze verbessert werden kann. Die regionale Richtplanung kann zudem in den sechs funktionalen Wirtschafts- und Lebensräumen des Kantons und damit in grösseren Perimetern als heute erarbeitet werden.
Ausgangslage	Prägend für das Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden sowie den Agglomerationen und den eher ländlichen Gebieten ist die „Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)“. Das Projekt SARZ verbindet Bedürfnisse der Agglomerationen und der ländlichen Regionen.
Grundlagen	SARZ (http://www.jgk.be.ch/site/index/agr/agr_agglomeration/agr_agglomeration_strategie_kanton_bern/agr_agglomeration_strategie_regional_zusammenarbeit.htm), (www.be.ch/gr, Presseschau, Märzsession 2007)
Handlungsbedarf	SARZ will neue Formen der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene entwickeln (Regionalkonferenzen) und die Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Gesamtmobilität auf regionaler Ebene ermöglichen. Die daraus resultierenden regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK) und regionalen Richtpläne sind verbindliche Vorgaben für die kommunalen Nutzungsplanungen. Diese neuen Zusammenarbeitsformen müssen auf Verfassungs- und Gesetzesebene verankert und schrittweise auf Regions- und Kantonsebene umgesetzt werden. Auf Kantonsebene werden die erforderlichen Instrumente bereitgestellt.
Massnahme 24	**„Berner Regionen stärken“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Mit zahlreichen innovativen, unternehmerischen Initiativen und wertschöpfungsorientierten Entwicklungsprojekten, die in sechs regionalen Förderprogrammen erarbeitet werden, leistet der ländliche Raum seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Kantons. Da es sich um langfristige Strukturpolitik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen handelt, haben die Ziele einen Zeithorizont von 4 bis 8 Jahren. Die Neue Regionalpolitik (NRP) ist insbesondere deshalb wachstumsrelevant, weil sie über 80 % der Kantonsfläche mit einem Wertschöpfungsanteil von rund 60 % erfasst
Ausgangslage	Gestützt auf den RRB 0982 vom 26. Mai 2006 hat der Regierungsrat beschlossen, ein Umsetzungsprogramm für die Neue Regionalpolitik zu erarbeiten. Die

	Neue Regionalpolitik des Bundes (NRP) stellt die Förderung der Regionen auf eine neue Basis. Das kantonale Umsetzungsprogramm, das die sechs regionalen Förderprogramme bündelt und ergänzt (Dauer 2008–2011), will innovative Projekte fördern. Im Vordergrund stehen dabei Projekte, die Wertschöpfung bringen, Beschäftigung auslösen, Arbeitskräfte qualifizieren und die Lebensqualität verbessern. Die Bearbeitungsperimeter für die regionalen Förderprogramme wurden auf die Perimeter der geplanten Regionalkonferenzen abgestimmt. Bis im Juli 2007 soll das kantonale Umsetzungsprogramm von der Regierung verabschiedet werden. Anschliessend ist mit dem Bund eine Programmvereinbarung zu treffen sowie ein Regierungsratsbeschluss bezüglich eines Rahmenkredits zu fassen.
Grundlagen	Neue Regionalpolitik des Bundes (NRP) (www.seco.admin.ch, Themen, Standortförderung, Regional- und Raumordnungspolitik)
Handlungsbedarf	*Ebene der Regionen:* Die Massnahmen der Regionen betreffen schwerpunktmässig die Pflege und Förderung der regionalen Wirtschaft, die verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Gewerbe sowie erneuerbare natürliche Ressourcen. *Kanton:* Der Kanton übernimmt für ausgewählte Projekte von gesamtkantonaler Bedeutung die Federführung. Derzeit sind für das kantonale Umsetzungsprogramm NRP kantonale Projekte in den Bereichen Wissenstransfer, Präzisionscluster, Destinationsentwicklung und erneuerbare Energien vorgesehen. *Strukturen:* Im Bereich institutioneller Reformen sollen die Übernahme der Umsetzungsaufgaben für die NRP auf regionaler Ebene eng mit dem Aufbau der Regionalkonferenzen gemäss SARZ koordiniert werden. Für diesen Reformprozess ist ebenfalls ein kantonales Projekt geplant.
Massnahme 25	**„Strukturentwicklung in der Landwirtschaft begleiten“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die Wettbewerbsfähigkeit der bernischen Landwirtschaft stärken, die Lebensgrundlagen, die Lebensgemeinschaften sowie die traditionellen Kulturlandschaften langfristig erhalten. Die Landwirtschaft erarbeitet zwar nur noch einen kleinen Teil der Wertschöpfung, im Kanton Bern ist dieser Anteil aber höher als in der Schweiz. Von einer verbesserter Wettbewerbsfähigkeit der Agrarprodukte kann der Kanton Bern somit besonders profitieren.
Ausgangslage	Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird weitgehend durch die Liberalisierung der Agrarmärkte bewirkt, welche die Landwirtschaft einem starken Anpassungsdruck aussetzt. Dieser Strukturwandel kann nicht aufgehalten (Strukturerhaltung), muss für die Betroffenen aber erleichtert werden (Strukturanpassung). Im Mittelland, auf den rationell bewirtschaftbaren Flächen, wird über den Strukturwandel eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsproduktivität angestrebt. In den topographisch und klimatisch ungünstigeren und peripheren Gebieten besteht die Absicht, mit einem räumlich differenzierten Einsatz der raumrelevanten Politiken eine Land- und Regionalwirtschaft zu fördern, die wesentlich zur Pflege der Kulturlandschaft und dezentraler Besiedlung beiträgt. Damit besteht auf den rationell bewirtschaftbaren Flächen die Gefahr einer intensiveren Nutzung mit einem teilweisen Verlust der Biodiversität sowie der Fruchtbarkeit und einer erhöhten Erosionsanfälligkeit der Böden. In Hügel- und Bergregionen können der Strukturwandel in der Landwirtschaft und die Waldentwicklung teilweise zu unerwünschten Erscheinungen führen: Die Zunahme der Waldfläche bei gleichzeitiger Unternutzung des Waldes einerseits und andererseits die Aufgabe der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung mit gleichzeitigem Verlust

	von dezentralen Arbeitsplätzen und noch intakten Kulturlandschaften.
Grundlagen	„LANAT-Strategie: Ziele und Stossrichtungen 2010“ (www.vol.be.ch/lanat, Publikationen)
Handlungsbedarf	Die grosse Herausforderung besteht darin, regional differenzierte Lösungsansätze zu entwickeln, die langfristig wirtschaftlich, sowie sozial und ökologisch verträglich sind. Weil zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Sektoren der Volkswirtschaft enge Verflechtungen bestehen, sind integrale Ansätze zu fördern. Handlungsbedarf besteht vor allem in folgenden Punkten: - Förderung des biologischen Landbaus und Stärkung der Bioprodukte - Förderung der regionalen Entwicklung mit Strukturverbesserungsmassnahmen - Erneuerbare Energieträger (Biogasanlagen)

„Marke Kanton Bern“	
Massnahme 26	**„Profil für den Kanton Bern schaffen“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	alle Direktionen und Staatskanzlei
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Den Kanton Bern als Marke mit attraktiven Inhalten positionieren. Den Kanton Bern durch gezielte Marketing- und Kommunikationsmassnahmen bei seinen Bewohnern, der schweizerischen Öffentlichkeit sowie ausländischen Interessenten und Gästen als attraktive Region positionieren. Mehr Attraktivität bringt u.a. mehr Ansiedlungen von natürlichen und juristischen Personen und damit mehr Wirtschaftswachstum.
Ausgangslage	Der Kanton Bern – vor 50 Jahren ein führender Wohn- und Wirtschaftsraum – hat an Terrain verloren. Dank diversen Anstrengungen steht der Kanton heute wieder besser da. Mit gezielten Massnahmen basierend auf einer Marketingstrategie gilt es nun, dies auch nach aussen zu dokumentieren.
Grundlagen	„Zukunftsstrategien für den Kanton Bern“ - Bericht Wirtschaftsrat, 2001 Kommunikationsstrategie des Regierungsrates, 2003
Handlungsbedarf	Um sich erfolgreich zu positionieren, benötigt der Kanton Bern - ein klares Profil, - eine Marketingstrategie und - ein einheitliches Corporate Design (CD). Zudem müssen Berner Innovationen sichtbarer gemacht werden, um das Image des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Kanton Bern zu verbessern.
Massnahme 27	**„Kanton Bern als Wohnstandort fördern“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Aktives Wohnstandortmarketing betreiben, um zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner für den Kanton Bern zu gewinnen. Durch das Marketing wird das Image des Kantons Bern als Wohnstandort verbessert und die Wertschöpfung und das Steuersubstrat durch zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Bern erhöht.
Ausgangslage	Das Wohnstandortmarketing wurde über verschiedene Kommunikationskanäle eingeführt, und es bestehen erste Partnerschaften. Eine Marktfestigung ist noch nicht erfolgt, und es sind weitere Umsetzungsmassnahmen geplant. Die Promotion erfolgt über Auftritte an Messen und Events im Immobilienbereich. In Kooperation mit Firmen im Kanton Bern werden Pendlerinnen und Pendler über die Wohnmöglichkeiten im Kanton Bern informiert. Zudem werden gezielte Mailings und Nachfassaktionen durchgeführt.
Grundlagen	Wohnen im Kanton Bern (www.be.ch/wohnen)
Handlungsbedarf	Weitere Partnerschaften müssen geschlossen und das Netzwerk laufend erweitert werden. Der Service für Interessenten wird fortlaufend verbessert.

Massnahme 28	**„Bundesstadt als politisches Entscheidzentrum vermarkten“**
Federführung	Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die Vorteile des Faktors Politzentrum aufzeigen und Unternehmen und Organisationen ansiedeln, die attraktive und vergleichsweise krisenresistente Arbeitsplätze schaffen. Die Unternehmen und Organisationen, die sich im Umfeld des Politzentrum Kanton Bern ansiedeln, schaffen Arbeitsplätze.
Ausgangslage	Zur Festigung von Bern als Standort und Zentrum für Organisationen und Institutionen (NPOs etc.) wurden eine physische Anlaufstelle und ein Internet-Portal gegründet. Die Anlaufstelle und das Portal sind seit Ende Oktober 2006 auf dem Markt präsent. Um die Kontaktpflege zu erleichtern, wurde eine Datenbank mit Kontakten geschaffen, die fortlaufend erweitert wird.
Grundlagen	Bern als Politzentrum (http://politzentrum.bern.ch)
Handlungsbedarf	Die Bedeutung der Region Bern für neue und bestehende Unternehmungen im politischen Umfeld stärken. Den Nutzen der räumlichen Nähe zur Politik und zu deren wichtigen Playern (Lobbying, Netzwerk, Entscheidträger) aufzeigen.
Massnahme 29	**„EURO 08 – Bern wirkt Wunder“**
Federführung	Polizei- und Militärdirektion, Volkswirtschaftsdirektion
Mitarbeit	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die EURO 08 als Plattform nutzen für die Präsentation des Kantons Bern im In- und Ausland als attraktive Ferienregion und idealen Wirtschafts- und Wohnstandort. Von dieser Promotion profitiert der Tourismus-, Wirtschafts- und Wohnstandort Kanton Bern.
Ausgangslage	Vom 7. bis 29. Juni 2008 wird in der Schweiz und in Österreich die Endrunde der Fussball Europameisterschaft (EURO 08) ausgetragen. Zum ersten Mal seit 1954, dem ‚Wunder von Bern’, findet in der Schweiz ein internationaler Sportanlass dieser Grössenordnung statt. Mit der 93 zu 0 Stimmen erfolgten Überweisung der Motion Buchs (FDP) hat der Grosse Rat den Regierungsrat verbindlich beauftragt, zusammen mit Organisationen aus Wirtschaft und Tourismus Massnahmen einzuleiten, um die EURO 08 optimal als Plattform zu nutzen für die Präsentation des Kantons Bern im In- und Ausland als attraktive Ferienregion und idealen Wirtschafts- und Wohnstandort. Für die diversen unabhängigen Teilprojekte sind Aktivitäten im Ausmass von total 7 Mio. Franken geplant. Die einzelnen Massnahmen und Ausgaben sind in einem Detailkonzept eingebettet. Obwohl alle Teilprojekte zeitlich an die EURO 08 anknüpfen, enthält jedes Teilprojekt ein für sich allein sinnvolles und durchführbares Massnahmenpaket, das dementsprechend vom finanzkompetenten Organ einzeln bewilligt oder abgelehnt werden kann. Mit RRB 2157 und 2158 vom 6.12.06 wurde das Detailkonzept genehmigt. Die Umsetzung der Arbeiten erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Bern und wird durch den Steuerungsausschuss EURO 08 Promotion Bern (SAP) geleitet.
Grundlagen	EURO 08 (www.euro08.ch)

Handlungsbedarf	Die EURO 08 bietet für den Kanton Bern eine einmalige Gelegenheit, sich als Tourismus-, Wirtschafts- und Wohnstandort im In- und Ausland zu präsentieren. Diese Gelegenheit muss genutzt werden.
Massnahme 30	**„Kultur als Standortfaktor positionieren“**
Federführung	Erziehungsdirektion
Mitarbeit	-
Ziele und erwarteter Beitrag zum Wirtschaftswachstum	Die kulturellen Stärken des Kantons Bern als Standortfaktor positionieren. Beispiele der letzten Jahre aus dem In- und Ausland zeigen, dass Unternehmen bei der Suche nach neuen Wirtschaftsstandorten keineswegs nur auf den Steuerfuss, auf vorhandene Gewerbegebiete oder auf geeignete Liegenschaften achten, sondern für ihre Angestellten vielmehr auch Standorte mit überzeugenden Erlebnispotenzialen in den Bereichen Kultur, Freizeit, Sport und Bildung suchen. Wirtschaftsunternehmen in einer kulturell aktiven Region oder Stadt sind ihrerseits wiederum attraktive Arbeitgeber für Mitarbeitende mit guter Ausbildung und entsprechend hohen Ansprüchen an ein qualitativ überzeugendes kulturelles Freizeitangebot.
Ausgangslage	Der Kanton Bern bietet zahlreiche Museen und Galerien, vom Zentrum Paul Klee bis hin zum Einstein-Haus. In allen grösseren Zentren der Region finden sich renommierte Kunsthäuser.
Grundlagen	Kulturkonzept 2006 - Entwurf (www.erz.be.ch/site/kultur-kulturkonzept.pdf)
Handlungsbedarf	Dem Kanton Bern muss es im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung des Kulturkonzeptes gelingen, sein reichhaltiges, teilweise weltweit bekanntes kulturelles Erbe und seine vielseitige und mehrsprachige Kultur als einmaligen Standortfaktor sichtbar zu machen. Der Kanton beschränkt sich in seiner strategischen Steuerung auf die Kultureinrichtungen mit internationaler Ausstrahlung.

Die nächsten Schritte

Der Regierungsrat wird für die formulierten Massnahmen Umsetzungsaufträge erteilen, und die federführenden Direktionen setzen ihre Massnahmen entsprechend um.

III. Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums

6. Was will die Strategie ländlicher Raum?

Der Kanton Bern ist ein Kanton der Regionen. Jede Region weist ihre besonderen Stärken auf. Gerade im ländlichen Raum – im Berner Oberland, im Emmental, im Gantrischgebiet, im Oberaargau, im Seeland und im Berner Jura – kann der Kanton Entwicklungen beeinflussen und Impulse auslösen. Mit den auf den ländlichen Raum ausgerichteten Instrumenten der Regional- und Tourismuspolitik sowie mit der Landwirtschafts- und Forstpolitik können Wirkungen erzielt werden. Die Einflussmöglichkeiten in den klassischen Handlungsfeldern Verkehrsinfrastruktur, Bildung oder Gesundheit haben jedoch eine wesentlich höhere Bedeutung. In einer Zeit des harten Wettbewerbs um Arbeitsplätze und Wertschöpfung gilt es deshalb, die spezifischen Möglichkeiten – die Chancen und Stärken – zu nutzen und die Kräfte so zu bündeln, dass für den Kanton als Ganzes und seine Bevölkerung Wohlstand und Wachstum im Sinne der nachhaltigen erreicht und erhalten werden können.

Die Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums ist ein Teil der Wachstumsstrategie. Die Förderung des ländlichen Raums erfolgt nach dem Grundsatz *„Stärken und Potenziale entwickeln“*, wie er auch in der Wachstumsstrategie vom 11. Februar 2004 formuliert ist. Da die Stärken und Potenziale der einzelnen Regionen unterschiedlich sind, unterscheiden sich auch deren Massnahmen und die Prioritäten. Die Strategie «ländlicher Raum» wurde aus diesem Grund von den Akteuren aus Wirtschaft und Politik in den Regionen erarbeitet (vgl. Anhang C-H).

7. Wie wird die Strategie ländlicher Raum umgesetzt?

Die Federführung für die einzelnen Massnahmen liegt zum Teil bei den Regionen, zum Teil bei den einzelnen Direktionen. Die Berichterstattung über diese Strategie wird - gemäss einer Planungserklärung des Grossen Rates - in das Controlling der Wachstumsstrategie integriert.

Unter den Projekten, die von den regionalen Arbeitsgruppen erarbeitet wurden, haben die folgenden Massnahmen für die ländlichen Regionen einen besonders hohen Stellenwert. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat 2005 diese Massnahmen priorisiert (RRB 3007 vom 19.10.2005). Ergänzend werden auch die anderen Massnahmen bearbeitet, die im Anhang aufgeführt werden.

Die priorisierten Massnahmen der Regionen im Überblick:

Berner Jura	
Massnahme	**Realisierung der A16**
Ziel	Die A16 ist als wichtige Verbindung zwischen dem Mittelland, dem Berner Jura, dem Kanton Jura, der Nordwestschweiz und dem Raum Belfort in Frankreich planmässig zu realisieren. Gute Verkehrswege sind sehr wichtig. Die Realisierung ist deshalb rasch voranzutreiben.
Stand	Die A16 ist im Bau (s. www.a16.ch).
Massnahme	**Unterstützung des Regionalparks Chasseral**
Ziel	Der Parc régional Chasseral (Association) hat sich bei der lokalen Bevölkerung bereits gut etabliert und in den vergangenen Jahren ein attraktives Angebot für den Besucher geschaffen. Der Parc régional Chasseral hat für die touristische Entwicklung der Region einen hohen Stellenwert.
Stand	Die gesetzlichen Grundlagen sind genehmigt. Der Grosse Rat hat einen Kredit für vier bernische Parks beschlossen, darunter für den Parc Chasseral. Die vom Bund geforderte Machbarkeitsstudie liegt vor. 2007 erfolgt die Projektstudie zuhanden der betroffenen Gemeinden.
Massnahme	**Förderung der Tourismusdestination Watch Valley**
Ziel	Watch Valley nimmt vier verschiedene Aufgaben wahr: Marke; Marketingorganisation; Projektleitung; von Schweiz Tourismus anerkannte Region. Die Konsolidierung und Weiterentwicklung von Watch Valley ist für die touristischen Organisationen und Leistungsträger im Jurabogen unabdingbar.
Stand	Bis Ende 2007 wird die Zusammenarbeit weiter konsolidiert und finanziell auf Projektbasis vom Kanton Bern unterstützt.
Berner Oberland	
Massnahme	**Kapazitätsausbau Bahn auf der Linie Bern – Visp**
Ziel	Durch die Inbetriebnahme des Lötschbergtunnels dürfen Pendler nicht benachteiligt werden. Deshalb sind eine Kapazitätserweiterung im Aaretal, speziell zwischen Bern und Thun, sowie der Einbau der Eisenbahntechnik in den schon ausgebrochenen Teil des Lötschbergbasistunnels vorzusehen. Der Bahnhof Interlaken-Ost wird zum Knotenpunkt gemäss ursprünglichem Konzept.
Stand	Mit dem beschlossenen Bau des dritten Gleises Rütti - Zollikofen wird die Voraussetzung für die stündliche Führung des Regionalexpresses Bern - Spiez - Kandersteg - Brig geschaffen. Weitere Infrastrukturausbauten im Aaretal und die Überführung Wylerfeld sind im Rahmen der Weiterentwicklung der S-Bahn Bern geplant.
Massnahme	**Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Flughafen Belp**
Ziel	Für den Flughafen Belp werden Rahmenbedingungen geschaffen, die langfristige Partnerschaften mit Fluggesellschaften ermöglichen und damit regelmässige Verbindungen in die wichtigen Metropolen Europas sicherstellen. Der Kanton sichert das Projekt durch Anschubfinanzierung und Wirtschaftsförderung. Bei überproportionaler Entwicklung der Passagierzahlen und Wandlung in "Low-Cost-Carrier" bietet der Kanton finanzielle Absicherung.

Stand	Die Formen der Unterstützung wurden politisch diskutiert. Auf direkte Leistungen an das Marketing und auf Anschubhilfen wird verzichtet. Die Unterstützung des Kantons konzentriert sich auf den Infrastrukturausbau 2006-2008. Dem Kantonsbeitrag von Fr. 3 Mio wurde in der Volksabstimmung vom 26.11.06 mit 63.7 % deutlich zugestimmt. Die Ausbauarbeiten wurden Ende 06 gestartet.
Massnahme	**Realisierung des Tropenhauses Frutigen i. Z. mit Neat-Wasser**
Ziel	Mit Abschluss der NEAT muss drainagiertes Warmwasser aus dem Tunnel abgekühlt in die Kander eingeleitet werden. Das Wasser soll für den Betrieb einer neu zu erstellenden Produktionsanlage für Fische und spezielle Früchte sowie für Lehre/Forschung genutzt werden. Land in Landwirtschaftszone für Gewerbenutzung umzonen und Landabtausch mit VBS für Umzonung bewilligen.
Stand	Einzonung und Finanzierung sind weit fortgeschritten. Das Baugesuch wird 2007 eingereicht, die Realisierung erfolgt 2007/2008.
Biel-Seeland	
Massnahme	**A5 Umfahrung Biel und begleitende verkehrstechnische Massnahmen**
Ziel	1. Die A5-Umfahrung von Biel sowie verkehrstechnisch flankierende Massnahmen auf der Strecke "Lengnau-Büren-Lyss-Aarberg-Kerzers" sollen möglichst rasch realisiert werden. Dazu ist der politische Druck zu erhöhen. 2. Die RVK soll sich für die weitere Attraktivierung des ÖV-Knotenpunktes Biel (Jura-Südfuss) und die Anbindung der Region an das internationale Bahnnetz einsetzen.
Stand	Abschnitt der Kantonsstrasse Lengnau-Pieterlen im Bau, Abschnitt Meinisberg-Safnern-Orpund in Planung, Abschnitt Leuzigen-Büren in Planung, auf der Strecke Büren-Lyss-Aarberg-Kerzers sind keine flankierenden Massnahmen zur A5 vorgesehen.
Massnahme	**Förderung der touristischen Wertschöpfung mit Marke Seeland.bienne**
Ziel	Förderung der Alleinstellungsmerkmale (Drei-Seen, Zweisprachigkeit, HPM etc.) in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren und Leistungsträgern. Ausgestaltung bestehender und neuer kommerzieller Angebote. Der Auftritt soll gemeinsam koordiniert werden.
Stand	Erste Projektskizzen für die Verbesserung der organisatorischen Rahmenbedingungen, der Stärkung der Marke und der Verbesserung des touristischen Angebotes im Raum Trois Lacs/Jura liegen vor und werden im kantonalen Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik berücksichtigt.
Massnahme	**Vermarktung und Produktion regionaler Produkte steigern**
Ziel	Produkte der Region sind in der weiteren Umgebung zu promovieren, um deren Marktanteil zu steigern. Organisationen zur Verbesserung der Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln und nachwachsenden Produkten sind auf- und auszubauen mit dem Ziel, das Produktionspotential vollständig und wirtschaftlich auszuschöpfen.
Stand	Diese Massnahme läuft seit Jahren im Rahmen des überregionalen Projekts "Das Beste der Region".

Emmental	
Massnahme	**Zufahrt Emmental (Zweckmässigkeitsprüfung, Trassensicherung)**
Ziel	Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) als Voraussetzung für die Trasseesicherung und Bau in Etappen.
Stand	Die Arbeiten an der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) unter der Leitung der der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion verlaufen programmgemäss. Die Grossrätinnen, Grossräte, GemeindepräsidentInnen , Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltorganisationen der Region Burgdorf und des Emmentals sind in dieser ZMB einbezogen und werden laufend an den Sitzungen der Behördendelegation respektive Begleitgruppe über den Stand der Arbeiten informiert. Der Schlussbericht der ZMB wird im Sommer 2007 vorliegen.
Massnahme	**Förderung grossgewerblicher Käsereistrukturen**
Ziel	Grössere gewerbliche Käsereien und kleinere innovative, auf Spezialitäten ausgerichtete Milchverarbeitungsbetriebe sollen gefördert und in eine gemeinsame Struktur integriert werden.
Stand	Das Amt für Landwirtschaft und Natur hat zusammen mit der ‚Milchwirtschaftlichen Expertenkommission (MEK)' ein Merkblatt (bzw. Grundsatzpapier) für die Strukturförderung bei den Käsereien im Kanton Bern erarbeitet. Gestützt auf dieser Grundlage ist ein Projekt in der Region Schangnau-Marbach so weit fortgeschritten, dass der Regierungsrat voraussichtlich in den nächsten Monaten über eine entsprechende Investitionshilfe beschliessen kann. Daneben stehen in der Region weitere käsereiwirtschaftliche Strukturentwicklungs-Projekte zur Diskussion.
Massnahme	**Touristische Förderung der Marke „Emmental“**
Ziel	Erarbeitung und Umsetzung eines Destinationskonzeptes Emmental zur Steigerung der Wertschöpfung, des Preisniveaus und der Angebotsqualität. Die Marke "Emmental" soll - u.a. durch verstärkte Zusammenarbeit - gesteigert werden.
Stand	Das Projekt einer "Tourismusreform" Emmental wurde definiert und als Innotour-Projekt beim Bund eingereicht. Die Koordination mit Schweizer Mittelland Tourismus (SMIT) und BLS läuft.
Gantrisch	
Massnahme	**Zugang zur Autobahn (Zweckmässigkeitsprüfung)**
Ziel	Ungehinderter Zugang zur A12 (Niederwangen) und A6 (Rubigen/Heimberg); Zufahrt zum Nationalstrassennetz sicherstellen (langfristig durch Bau Südumfahrung; kurzfristig durch Südumfahrung Belp).
Stand	Das Anliegen wird im Rahmen der Zweckmässigkeitsbeurteilung Bern geprüft.
Massnahme	**Nebenerwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft**
Ziel	Nebenerwerbsmöglichkeiten im Bereich Gewerbe, Waldarbeit etc. für die Landwirtschaft sollen gefördert und vermittelt werden. Arbeitsplätze sollen geschaffen werden.

Stand	Das im Gesamtprojekt "Das Beste der Region" integrierte und vom Kanton geförderte Teilprojekt "Region Gantrisch" hat sich erfreulich gut entwickelt. Der Absatz und die Wertschöpfung konnten beachtlich gesteigert werden. Das Inforama bietet dabei wertvolle Coaching-Dienstleistungen an. Im qualitativen Bereich ist zu vermerken, dass Produkte unter dem "Gantrisch-Label" verschiedene Auszeichnungen an Wettbewerben gewonnen haben.
Massnahme	**Touristische Erschliessung Gantrischgebiet**
Ziel	Das Gantrischgebiet ist möglichst ganzjährig touristisch zu erschliessen (öV, Schneeräumung). Dafür ist ein Konzept für die touristische Erschliessung zu entwickeln.
Stand	Der Rundkurs über den Gurnigelpass wird täglich zweimal geführt, d.h. von Thurnen-Riggisberg- Wasserscheide-Sangernboden- Schwarzenburg und zurück. Zudem gibt es den "Schneebus" ab Weihnachten bis anfangs März von Schwarzenburg nach Schwarzenbühl und den "Wanderbus" von Schwarzenburg nach Schwarzenbühl (ab 2007 bis Ottenleuebad) von Juli bis Oktober. Der Schneebus hat sehr erfreuliche Gästezahlen, nicht aber der Wanderbus, welcher aber im ersten Betriebsjahr noch Anlaufprobleme hatte. Diese beiden Busse werden vom Projekt "Alpentälerbus" unterstützt.
Oberaargau	
Massnahme	**Wirtschaftsstrasse (Zweckmässigkeitsprüfung, Trassensicherung)**
Ziel	Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) durchführen, Trassee rechtlich sichern
Stand	Die Ergebnisse der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) liegen vor. Die westliche Umfahrung von Aarwangen ist von den geprüften Neubauvarianten die beste Lösung für einen Autobahnzubringer in den Raum Langenthal, und sie bringt auch gewisse positive regionalwirtschaftliche Impulse mit sich. Doch auch diese Lösung liegt wegen der Baukosten und deren Verhältnis zum Verkehrsaufkommen knapp unter der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit und weist keine Etappierungsmöglichkeiten auf. Kosten und Etappierbarkeit werden wegen der engen finanziellen Verhältnisse des Kantons und des Bundes eine wesentliche Rolle bei der Entscheidfindung spielen. Auf der Grundlage der nun vorliegenden Ergebnisse will der Kanton eine politische Diskussion in der Region starten. Die Öffentlichkeit kann sich ab Mitte Mai bis Ende Juli 2007 im Rahmen einer öffentlichen Mitwirkung dazu äussern. Einen definitiven Entscheid wird der Regierungsrat treffen. Über einen allfälligen Projektierungskredit wird der Grosse Rat zu befinden haben.
Massnahme	**Design Preis Schweiz in der Region halten**
Ziel	Design Preis Schweiz wenn möglich zusammen mit Ktn. SO in der Region halten, konsolidieren und international positionieren. Design Preis hat nationale Bedeutung in allen Design-Aspekten. Oberaargau wird zur Designregion.
Stand	Die Umsetzung erfolgt laufend. Der Design Preis Schweiz findet 2007 in Solothurn und 2009 in Langenthal statt. Zwischen Kt./Stadt SO, Kt. BE / Stadt Langenthal und dem Design Preis Schweiz ist vereinbart worden, dass der Design Preis Schweiz weiterhin in den erwähnten Städten stattfindet. Design Preis Schweiz ist vor allem ein nationaler Anlass. Auf Einladung der jeweiligen Gastgeber wird Design Preis Schweiz auch im Ausland auftreten.
Massnahme	**Stärkung der Design Center AG (DC AG)**
Ziel	Durch die Stärkung der DC AG soll Design als Faktor für die Standortpromotion gefördert werden (Überprüfung Strategie, Angebote, personelle Zusammenset-

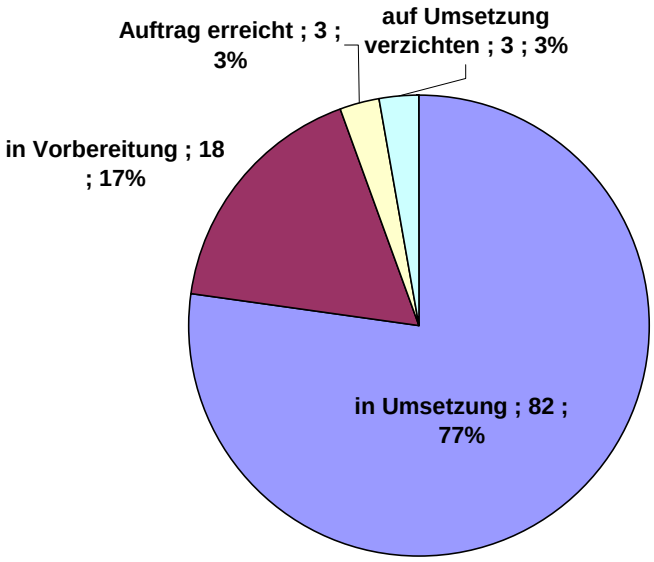
	zung etc.). Oberaargau als Designregion.
Stand	Mittels Erhöhung des Aktienkapitals konnten die Aktionäre der Design Center AG den Weiterbestand von zwei Hauptaktivitäten sicherstellen. Beim Leistungsangebot erfolgt zurzeit eine Konzentration auf die 2 Produkte Designer Saturday und Designer Preis (Durchführung 2005 in Bern, 2007 in Solothurn vorgesehen). Ab 2009 alternierend Langenthal/Solothurn.
Alle Regionen	
Massnahme	**Flexibleres Raumplanungsrecht für das Bauen ausserhalb der Bauzone**
Ziel	In ländlichen Regionen dürfen Schutzaspekte bei der Güterabwägung die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern. Übertriebene Schutzanforderungen sind abzubauen. Kantonale Vollzugsbestimmungen sind zu überprüfen und anzupassen, und auf die Gesetzgebung soll Einfluss genommen werden.
Stand	Verwaltungsintern sind Gespräche über eine verfahrensmässige Optimierung der Prüfung von Ortsbild- und Landschaftsschutzanforderungen in Strukturverbesserungs-Beitragsverfahren geführt worden. Eine mögliche Lösung könnte die Abwicklung über Voranfragen zum Baubewilligungsverfahren sein. Für die Harmonisierung der kommunalen Bauvorschriften liegt seit 2006 das neue Musterbaureglement vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) vor. Zudem ist der Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) in Vorbereitung.

8. Wo steht die Strategie ländlicher Raum heute?

Die Umsetzung der 106 Massnahmen präsentierte sich per anfangs 2007 wie folgt (vgl. auch Anhang C-H):

- 3 Massnahmen haben ihren Auftrag erreicht,
- 82 Massnahmen, rund vier Fünftel der Massnahmen, sind in Umsetzung,
- 18 Massnahmen, rund ein Fünftel der Massnahmen, werden von den Direktionen vorbereitet und
- auf die Umsetzung von 3 Massnahmen wird verzichtet.

Umsetzungsstand der Massnahmen (Stand anfangs 2007)



9. „Stärken und Potenziale entwickeln“ – Die Neue Regionalpolitik

Ein wichtiges Projekt für die Regionen ist die Neue Regionalpolitik des Bundes (NRP), die ab 2008 umgesetzt wird. Im Zentrum der NRP steht die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und somit die Stärkung der Wertschöpfung in den Regionen. Der Regierungsrat hat das Vorgehen für die Umsetzung auf kantonaler Ebene beschlossen und sechs regionale Arbeitsgruppen mit der Erarbeitung von regionalen Förderprogrammen beauftragt (RRB 0982 vom 10.05.2006). Die regionalen Förderprogramme und Projektskizzen liegen vor. Bis Anfang Juli 2007 wird das kantonale Umsetzungsprogramm erarbeitet, das die strategischen Handlungsfelder und die prioritären Projekte enthalten wird. Die „Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums“ bildet dafür eine wichtige Grundlage. Eine Reihe der im Bericht enthaltenen Massnahmen mit lokalen und regionalen Trägerschaften werden in das kantonale Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik aufgenommen, wenn sie die entsprechenden Kriterien erfüllen.

Der Bund wird bis Ende 2007 mit dem Kanton eine Vereinbarung über das kantonale Umsetzungsprogramm für die Jahre 2008 bis 2011 abschliessen und damit die Schwerpunkte definieren und den finanziellen Rahmen festlegen. Der Kanton wird sich gleichwertig daran beteiligen müssen.

Anhang

A) Wachstumspaket des Bundes: Umsetzungsstand Dezember 2006

B) Wachstumsstrategie 2004: alle Massnahmen, Stand 01.01.07

C) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Berner Jura, Stand 01.01.07

D) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Berner Oberland, Stand 01.01.07

E) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Biel-Seeland, Stand 01.01.07

F) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Emmental, Stand 01.01.07

G) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Gantrisch, Stand 01.01.07

H) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Oberaargau, Stand 01.01.07

A) Wachstumspaket des Bundes: Umsetzungsstand Dezember 2006

Massnahmen	Stand	Fristerreichung	Inhalt
1. Binnenmarktgesetz	realisiert		
2. Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen	Redaktion der Botschaft	bedeutende Verzögerung	Ok
3. Krankenversicherungsgesetz	Parlament	bedeutende Verzögerung	Ok
4. Stromversorgungsgesetz	Parlament (Differenzbereinigung)	Leichte Verspätung	Schnelle Liberalisierung für die KMU noch nicht entschieden
5. Agrarpolitik 2011	Parlament	Ok	Ok
6. Dienstleistungsbericht	Umsetzung über verschiedene Reformen	Ok	Ok
7. Ausweitung der Personenfreizügigkeit	Realisiert		
8. Unternehmensbesteuerung	Parlament (Differenzbereinigung)	Leichte Verspätung	Keine Finanzierungsneutralität
9. MWST-Bericht	Vereinfachung: realisiert Ideale MWST: Bericht veröffentlicht	Ok	Ok
10. Strukturelles Defizit/ Staatsquote	EP 04: in Umsetzung Aufgabenportfolio: in Untersuchung	Ok	Ok
11. Administrative Entlastung	Redaktion der Botschaft	Ok	Ok
12. Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer	Umsetzung über verschiedenen Reformen	Ok	Massnahmen für die Gesundheit der älteren Arbeitnehmer werden noch vertieft studiert.
13. Invalidenversicherung	Referendumsfrist	Leichte Verspätung	Ohne den Bereich der Finanzierung
14. Bericht über die Tertiärbildung	Veröffentlichung des Berichts bevorste-	Ok	Ok

	hend		
15. Bericht über die Weiterbildung	Veröffentlichung des Berichts	Ok	Gewisse Fragen müssen noch vertieft werden
16. Corporate Governance	Reform AG: Vernehmlassung abgeschlossen Andere: realisiert	Leichte Verspätung Ok	Ok
17. Wirtschaftsrechtliche Rahmenbedingungen	Trust: Parlament (Differenzbereinigung) Lex Koller: Vernehmlassung ausgewertet Immobilien: Redaktion der Botschaft Patente: Parlament	Ok Leichte Verspätung Ok Leichte Verspätung	Ok
18. Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse	Eröffnung Vernehmlassung am 29.11.2006	Leichte Verspätung	Ok
19. Reform der Ehepaarbesteuerung	Sofortmassnahmen: Referendumsfrist Systementscheid: Vernehmlassung	Ok	Ok

Quelle: Interdepartementale Arbeitsgruppe „Wachstum“, Das Wachstumspaket des Bundesrates: Stand der Umsetzung im Dezember 2006 http://www.seco.admin.ch/imperia/md/content/news/medienmitteilungen/101.pdf

B) Wachstumsstrategie 2004: alle Massnahmen, Stand 01.01.07

Handlungsfeld	Massnahmen	Status
Ausgaben	Umsetzung der Beschlüsse im Rahmen der strategischen Aufgabenüberprüfung SAR und SAR-E mit dem Ziel, den Staatshaushalt zu entlasten und die Schulden zu stabilisieren	Auftrag erreicht
	Bewertung der Investitionsvorhaben und Priorisierung aus Wachstumsoptik	in Umsetzung
	Umsetzung der im Rahmen der Budgetdebatte vom Grossen Rat überwiesenen Motionen und Aufträge	Auftrag erreicht
Steuern	Schaffung der Voraussetzungen für steuerliche Entlastungen bei den natürlichen Personen nach erfolgreichem Sanierungsprozess	in Umsetzung
	Verzicht auf einen Gegenvorschlag zur Steuersenkungsinitiative	Auftrag erreicht
Bildung	Räumliche Konzentration der Studienangebote im Fachhochschulbereich	in Umsetzung
	Ausbildungstransfer zwischen Universität und Fachhochschule	in Umsetzung
	Steuerung der Institutionen der Tertiär- und Sekundarstufe II über Leistungsvereinbarungen und Globalbudget	Auftrag erreicht
	Rolle der Hochschulen des Kantons in einem Wissenscluster prüfen - *integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt*	in Umsetzung
	Verlagerung von Teilen der höheren Berufsausbildung (Technikerschulen) an die Fachhochschule	Auftrag erreicht
	Optimierung Wissenstransfer Wirtschaft-Bildung-Forschung	in Umsetzung
	Sicherstellung der International School of Berne (ISB)	in Umsetzung
	Bildungsstrategie für den Kanton Bern	in Umsetzung
	Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt	in Umsetzung
	Lehraufträge an Universität und Fachhochschulen für Kaderangehörige und Spezialisten von Berner Unternehmen - *integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt*	in Umsetzung
	Ausbau familienergänzende Kinderbetreuung	in Umsetzung
	Einführung von Blockzeiten in der Volksschule	in Umsetzung

Verkehr/ Infrastruktur	Rahmenkredit öffentlicher Verkehr	in Umsetzung
	Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr	in Umsetzung
	Bahn 2000, 1. Etappe	Auftrag erreicht
	S-Bahn Bern 2005	Auftrag erreicht
	ÖV Erschliessung Bern West	in Umsetzung
	Strassenbauprogramm	in Umsetzung
	Umsetzung Gesamtverkehrsstudie Agglomeration Thun	in Umsetzung
	Umgestaltung Murtenstrasse, Brünnen, Bern	in Umsetzung
	Wankdorfplatz	in Umsetzung
	Flughafenerschliessung Bern-Belp	Auftrag erreicht
	Autostrassenanschluss Studen	in Umsetzung
	Aufrechterhaltung eines guten Linienflugangebotes ab Bern-Belp	in Umsetzung
	Agglomerationsprogramme Verkehr + Siedlung: Realisierung von Massnahmen aus den Mobilitätsstudien der Regionen Bern, Biel, Thun und Burgdorf	in Umsetzung
	HGV-Anschlüsse: Gute Einbindung des Kantons Bern in das schweizerische und europäische Hochleistungsverkehrsnetz	in Umsetzung
Raumordnung	Kantonaler Richtplan - Umsetzung	in Umsetzung
	B_01 Verkehr, Siedlung und Lufthygiene abstimmen (Fahrleistungsmodell)	in Umsetzung
	B_02 Erschliessungsqualität im Gesamtverkehr prüfen und Finanzierungsmechanismen anpassen	in Umsetzung
	C_01 Zentralitätsstruktur	in Umsetzung
	C_03 Zentren- und Agglomerationspolitik erarbeiten	in Umsetzung
	C_04 Kantonale Entwicklungsschwerpunkte (ESP) realisieren	in Umsetzung
	F_01 Regional differenzierte Förderstrategien für den ländlichen Raum entwickeln: Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums	Auftrag erreicht
	F_03 Koordinationsabkommen Kanton- Planungsregionen abschliessen	in Umsetzung
	H_01 Die Bewirtschaftung des Richtplans und die Koordination des raumwirksamen Handelns sicherstellen	in Umsetzung

	ESP-Idee weiterentwickeln: ESP-A (A = Arbeiten) identifizieren, aufbauen ESP-D (D = Dienstleistungen) realisieren ESP-W (W = Wohnen) identifizieren, aufbauen	in Umsetzung
Standortpromotion	Weiterführung der Promotionsaktivitäten der WFB für den Wirtschaftsstandort Kanton Bern in ausgewählten Zielmärkten	in Umsetzung
	"Wohnen im Kanton Bern": Promotion für den Wohnstandort Kanton Bern aufbauen	in Umsetzung
	"Bern hat ein Gesicht": Key-Account-Management für Privatpersonen aufbauen	in Umsetzung
Verfahren und Vorschriften	KAM - Kundenschnittstelle Unternehmen: regelmässige Kundenkontakte	in Umsetzung
	Einsetzung eines „Koordinators Unternehmenssteuern“	Auftrag erreicht
	Beschleunigung von Verfahren	Auftrag erreicht
	Teilrevision des HPG (Gesetz betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern)	Auftrag erreicht
	Überprüfung von Strukturen und Abläufen bei Handelsregister- und Grundbuchämtern	in Umsetzung
	Optimierung von komplexen Bau- und Planungsverfahren	in Umsetzung
	"Sonntagsarbeit ermöglichen": Intervention auf Bundesebene zur Öffnung der geltenden Vorschriften für Sonntagsarbeit unter Berücksichtigung des Arbeitnehmerschutzes	abgebrochen
	Einführung des Anzeigeverfahrens an Stelle des Bewilligungsverfahrens im Baugesetz	Verzicht
	Angleichung der kommunalen Bauvorschriften	in Umsetzung
Arbeitsmarkt	Umsetzung des Arbeitsmarktgesetzes	in Umsetzung
	Übergänge in den Berufsbiografien optimieren durch Unterstützung von Pilotprojekten	in Vorbereitung
Einzelbetriebliche und branchenorientierte Fördermassnahmen	Weiterführung der Instrumente zur einzelbetrieblichen Förderung gemäss Wirtschaftsförderungsgesetz und Bereitstellung der notwendigen Kredite im bisherigen Rahmen	in Umsetzung
	Revision des Tourismusförderungsgesetzes	Auftrag erreicht
	Überarbeitung der Agrarstrategie des Kantons Bern	Auftrag erreicht
	Ausrichtung „Preis des Kantons Bern“ für Leistungen von Neuunternehmern im Kanton Bern, die an Universität oder an Fachhochschule Ausbildung absolviert haben und im Kanton Bern tätig sind - *integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt*	in Umsetzung

Diverse	Regierungsreform	in Vorbereitung
	Parlamentsreform	Auftrag erreicht
	Reform dezentrale Verwaltung	Auftrag erreicht
	Zweite Justizreform	Auftrag erreicht
	Umsetzung von NEF (Neue Verwaltungsführung)	in Umsetzung
	"Bern hat ein Gesicht": Aufbau eines Key-Account-Managements für die Zielgruppe „wohlhabende Neuzuzüger“	in Umsetzung
	"Bern international": Internationalisierung des Standortes und der Gesellschaft fördern	Auftrag erreicht
	"Bern als Politzentrum": Nähe zur Bundesverwaltung als Konkurrenzvorteil nutzen	in Umsetzung

C) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Berner Jura, Stand 01.01.07

Nr.	Massnahmen	Ziel	Status
6.1	Massnahmen der Arbeitsgruppe Bloch	Im Rahmen der Arbeiten der „groupe de réflexion“ im Berner Jura unter dem Vorsitz von Dr. Rolf Bloch wurden zur Stärkung des Berner Juras als Industriestandort 21 Massnahmen vorgeschlagen.	in Umsetzung
6.2	Realisierung der A16	Die A16 ist als wichtige Verbindung zwischen dem Mittelland, dem Berner Jura, dem Kanton Jura, der Nordwestschweiz und dem Raum Belfort in Frankreich planmässig zu realisieren. Gute Verkehrswege sind sehr wichtig. Die Realisierung ist deshalb rasch voranzutreiben.	in Umsetzung
6.3	Verbindung Renan – Les Convers	Eine gute Anbindung des St.-Immer-Tals an den Raum Neuenburg - La-Chaux-de-Fonds ist von Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung.	in Vorbereitung
6.4	Parc régional Chasseral	Der Parc régional Chasseral (Association) hat sich bei der lokalen Bevölkerung bereits gut etabliert und hat in den vergangenen Jahren ein attraktives Angebot für den Besucher geschaffen. Der Parc régional Chasseral hat für die touristische Entwicklung der Region einen hohen Stellenwert.	in Umsetzung

6.5	Unterstützung der Tourismusdestination Watch Valley	Watch Valley nimmt vier verschiedene Aufgaben wahr: Marke; Marketingorganisation; Projektleitung; von Schweiz Tourismus anerkannte Region. Die Konsolidierung und Weiterentwicklung von Watch Valley ist für die touristischen Organisationen und Leistungsträger im Jurabogen unabdingbar.	in Umsetzung
6.6	Förderung harmonisierter Beziehungen zwischen der Region und den Agglomerationen Biel, La Chaux-de-Fonds und Delémont	Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den vier Städten und Agglomerationen ist zu gewährleisten.	in Vorbereitung
6.7	Förderung erneuerbarer Energien	Eine Informationsdrehscheibe für alle kantonalen Amtsstellen ist aufzubauen. Kanton und Gemeinden favorisieren bei eigenen Projekten einheimisches Holz als Baustoff und Energieträger.	in Umsetzung
6.8	Bedeutung der Bildungsanstalten für die Attraktivität des industriellen Berner Juras	-	in Umsetzung

D) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Berner Oberland, Stand 01.01.07

Nr.	Massnahmen	Ziel	Status
1.1	Angebot von Spital- und Pflegebetten	Umnutzung und Umstrukturierung abgebauter Spital-Pflege und Heimbetten für Demenzkranke. Aufrechterhaltung einer erweiterten Grundversorgung auf der Basis der heutigen Spitalbetten mit den dazugehörigen Standorten.	in Umsetzung
1.2	Internationale Bahnanschlüsse	Block I: Sämtliche internationale Bahnverbindungen sehen mind. einen Halt im Berner Oberland vor. Kundenfreundliche Anschlussverbindungen in die Teilregionen mit dem öV sind gewährleistet. Direkte internationale Verbindungen nach Interlaken werden gestärkt und neue Direktverbindungen werden geschaffen (z.B. TGV, Eurostar). Interlaken Ost wird zum Knotenbahnhof gemäss dem ursprünglichen Konzept. Block II: Der Bahnhof Thun bleibt in seiner Bedeutung erhalten und der Bhf Spiez wird aufgewertet.	in Umsetzung

1.3	Kapazitätenausbau der Bahn (Bern-Visp)	Durch die Inbetriebnahme des Lötschbergtunnels dürfen Pendler nicht benachteiligt werden. Deshalb ist eine Kapazitätserweiterung im Aaretal, speziell zwischen Bern und Thun, vorzusehen sowie der Einbau der Eisenbahntechnik in den schon ausgebrochenen Teil des Lötschbergbasistunnels. Der Bahnhof Interlaken-Ost wird zum Knotenpunkt gemäss urspr. Konzept.	in Umsetzung
1.4	40t für die Täler	Ein Ausbau der Strassenachsen Simmental-Saanental, Kandertal-Adelboden, Meiringen-Guttannen ist zu prüfen. Sobald die Studienergebnisse vorliegen, ist über eine Öffnung für 40t zu entscheiden (Sofortmassnahme: Kreuzungsverbot auf Brücken). Damit sollen Standortnachteile der produzierenden Industrie in Randregionen gemindert werden.	in Umsetzung
1.5	Bauliche Massnahmen Strasseninfrastruktur	Verwirklichung der im Strassenbauprogramm 2005 – 2008 aufgeführten Projekte des Berner Oberlandes. Beschleunigung des Baubeginns der Umfahrungsstrasse Emdtal, Aeschi. Durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bleiben die Täler auch an verkehrsreichen Tagen erreichbar.	in Umsetzung
1.6	Höhere Fachschule Diplompflege	Gute Ausbildung in der Region und für die Region (Fachhochschule mit 20-50 Auszubildenden pro Stufe). Damit wird Qualitätssicherung, Nachwuchsförderung sowie Bindung an Arbeitsplatz gewährleistet.	in Umsetzung
1.7	Distance Learning	Distance Learning soll in den Volksschulen sowie in Sek-Stufe II eingeführt werden. Durch e-learning wird die Nutzung der zentralen Ausbildungszentren ermöglicht und die Abwanderung Junger in die Zentren abgemindert.	in Umsetzung
1.8	Grundangebot Sport, Musik, Kultur	Als Massnahme der allg. Gesundheitsförderung und -prävention soll der jungen Bevölkerung ein gutes Grundangebot im kulturellen, sportlichen und musischen Bereich geboten werden. Dazu sind die Angebote der Musikschulen sowie des freiwilligen Schulsportes aufrechtzuerhalten.	Verzicht
1.9	Jugendforum Berner Oberland	Unter dem Patronat der VWK BeO soll ein Jugendforum aufgebaut werden. Dies soll der Jugend Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und für das BeO als Wohn- und Arbeitsort sensibilisieren.	in Vorbereitung
1.10	Nichtlandwirtschaftliche Nutzungen im Landwirtschaftsgebiet	1. Die nicht landwirtschaftliche Nutzung landwirtschaftlicher Bauten und anderer Bauten in der Landwirtschaftszone wird gelockert. 2. Der Kanton setzt sich für eine möglichst flexible, liberale Regelung ein und nützt seinen aktuellen Spielraum vollständig aus.	in Umsetzung
1.11	Dezentrale Zentralisierung	Zusammengelegte Aufgaben und/oder Dienstleistungen sind unter Nutzung bestehender oder neu zu schaffender Infrastrukturen in den ländlichen Regionen und möglichst gleich verteilt über den Kanton anzusiedeln. Vorzugsweise werden die dezentral zusammengelegten Dienstleistungen in bestehenden Gebäuden des Kantons erbracht.	in Umsetzung

1.12	Entscheidkompetenzen in den Regionen	Kurze Entscheidungswege und kompetente Entscheidträger sollen rasche Entscheidungen - wenn möglich vor Ort - erlauben.	Auftrag erreicht
1.13	Sportstadion Berner Oberland	Das Sportstadion Berner Oberland erfüllt die Voraussetzungen für Sportveranstaltungen auf hohem Niveau (FC Thun) und für die Durchführung von nationalen oder internationalen Grossanlässen. Das Leichtathletik-Stadion umfasst 10'000 Plätze.	in Vorbereitung
1.14	Realisierung einer Fachhochschule für Tourismus und Wellness mit Einbezug möglicher Partner	Gute Ausbildung in der Region und für die Region (Fachhochschule mit 20-50 Auszubildenden pro Stufe). Damit wird Qualitätssicherung, Nachwuchsförderung sowie Bindung an Arbeitsplatz gewährleistet.	in Umsetzung
1.15	Nutzung der Kulturlandschaften	Kulturlandschaft und Artenvielfalt als unentbehrliches Potenzial für den Tourismus sind zu erhalten durch: 1. Unterstützung öff. Viehabsatzmärkte; 2. Integration extensiver Bewirtschaftungsformen (Bio-, Mutterkuhhaltungsbetriebe etc.) im Verbund mit Erwerbskombinationen in allg. Förderungsmassnahmen; 3. Anpassung Oekobeiträge an erschwerte Nutzungsmassnahmen der Hanglagen.	in Umsetzung
1.16	Tropenhaus Frutigen	Mit Abschluss der NEAT muss drainagiertes Warmwasser aus dem Tunnel abgekühlt in die Kander eingeleitet werden. Das Wasser soll für den Betrieb einer neu zu erstellenden Produktionsanlage für Fische und spezielle Früchte sowie für Lehre/Forschung genutzt werden. Land in Landwirtschaftszone für Gewerbenutzung umzonen und Landabtausch mit VBS für Umzonung bewilligen.	in Umsetzung
1.17	Wohnraum für den Generationenwechsel	Anpassung Richtlinien für Bauen ausserhalb der Bauzone und grosszügige Beurteilungspraxis durch LANAT und AGR. Damit wird in touristischen Gebieten einer Familie mit Erwerbskombination ab 0.3 Standardarbeitskräfte (SAK) eine Zweitwohnung als zonenkonform ermöglicht und somit der Generationenwechsel abgefedert.	in Umsetzung
1.18	Koordinierte Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungspolitik in den Tourismusdestinationen	Für Tourismusdestinationen ist ein Programm zu entwickeln, welches hilft, touristische Investitionsvorhaben rasch zu realisieren, und Bewilligungsverfahren erleichtert. Das Programm folgt dem ESP-Programm für die Wirtschaft.	Verzicht
1.19	Bottom-Up Ansatz - Regio Speed	Den Akteuren in den Regionen sollen Möglichkeiten zur Entfaltung geboten werden. Dazu sollen eine Ideenbörse errichtet, die besten Projekte prämiert und Risikokapital auf privater Basis geäufnet werden.	in Umsetzung
1.20	Informationszentrum UNESCO Weltnaturerbe JAB	Das UNESCO Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn (JAB) soll weiterentwickelt werden. Im Umfeld des Weltnaturerbes sind ein zentrales oder mehrere dezentrale Informationszentren (im Sinne von Visitor-Centers) zu schaffen. Kanton fördert das Projekt bewilligungstechnisch und finanziell.	in Umsetzung

1.21	Flughafen Belp	Für den Flughafen Belp werden Rahmenbedingungen geschaffen, die langfristige Partnerschaften mit Fluggesellschaften ermöglichen und damit regelmässige Verbindungen in die wichtigen Metropolen Europas sicherstellen. Der Kanton sichert Projekt durch Anschubfinanzierung und Wirtschaftsförderung. Bei überproportionaler Entwicklung der Passagierzahlen und Wandlung in "Low-Cost-Carrier" bietet der Kanton finanzielle Absicherung.	in Umsetzung
1.22	Abbau Entwicklungshemmnisse	In ländlichen Regionen dürfen Schutzaspekte bei der Güterabwägung die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern. Übertriebene Schutzanforderungen sind abzubauen. Kantonale Vollzugsbestimmungen sind zu überprüfen und anzupassen, auf die Gesetzgebung soll Einfluss genommen werden.	in Vorbereitung

E) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Biel-Seeland, Stand 01.01.07

Nr.	Massnahmen	Ziel	Status
5.1	Dezentrale Grundversorgung im Gesundheitsbereich	Die Modernisierung der Akutspitäler für eine dezentrale Grundversorgung im ländlichen Raum ist zu gewährleisten (Spital Aarberg). Grundlage dafür ist die politische Intervention im GR, um eine effizientere Bearbeitung und Umsetzung von Anträgen durch verwaltungsinterne Instanzen zu erreichen.	in Umsetzung
5.2	Koordination und Nutzung vorhandener Synergien	Aufbau von Koordinationsstellen für Spitex, Spitäler und Regionalheime zur Förderung der Koordination und Nutzung vorhandener Synergien.	in Vorbereitung
5.3	Neue Wohnformen für Leichtpflegebedürftige	Schaffung von speziellen Wohnformen für Leichtpflegebedürftige in privaten Haushalten.	in Umsetzung
5.4	Autobahnanschluss Studen	Der Autobahnanschluss Studen an das übergeordnete Strassennetz ist zu realisieren.	in Vorbereitung
5.5	A5-Umfahrung Biel und begleitende verkehrstechnische Massnahmen	1. Die A5-Umfahrung von Biel sowie verkehrstechnisch flankierende Massnahmen auf der Strecke "Lengnau-Büren-Lyss-Aarberg-Kerzers" soll raschmöglichst realisiert werden. Dazu ist der politische Druck zu erhöhen. 2. Die RVK soll sich für die weitere Attraktivierung des ÖV-Knotenpunktes Biel (Jura-Südfuss) und die Anbindung der Region an das internationale Bahnnetz einsetzen.	in Umsetzung
5.6	Kombiverkehr und alternative Mobilitätslösungen	Prüfung, welche Mobilitätslösungen in den ländlichen Gebieten realisierbar sind, die nicht mehr durch den ÖV erschlossen werden.	in Umsetzung
5.7	Erhalt Personen- und Güterverkehr auf Bahnlinie Büren-Lyss-Lausanne	Die Bahnverbindung Büren-Lyss-Lausanne sowie ausreichende Güterverlademöglichkeiten entlang dieser Bahnlinie sollen aufrechterhalten werden (besondere Bedeutung für Transport Land- und forstwirtschaftlicher Güter wie Zuckerrüben, Holz etc.).	in Vorbereitung
5.8	Abklärung Konsequenzen für den Unterhalt der 40/44-Regelung	Es soll abgeklärt werden, wie auf die neue 40/44 t Reglung im ländlichen Raum betreffend schnelleren Verschleiss der Gemeindestrassen und Flurwege für (landw.) Transporte zu reagieren ist.	in Umsetzung
5.9	Ausbildungsmöglichkeiten für Assistenzpersonal	Mehr Ausbildungsmöglichkeiten für das Assistenzpersonal im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen (für Langzeitbedarf, Kinderkrippen, Tagesschulen).	in Umsetzung
5.10	Kulturkonferenz als Teil von seeland.bienne	Die zukünftige Kulturkonferenz ist eingebettet in die Struktur von seeland.bienne. Sie soll die Koordination der kulturellen Tätigkeiten und Institutionen über	in Umsetzung

		den ländlichen Raum der gesamten Region wahrnehmen und mit lokalen Netzwerkkoordinatoren vernetzen.	
5.11	Strukturverbesserungen im Bildungsbereich	Die Entscheide für Schulzusammenlegungen sind unter Berücksichtigung der Gesamtkosten zu fällen, denn grössere Schulen bringen nicht unbedingt mehr Effizienz. Gedanke des New Public Management ist konsequent umzusetzen und Strukturen der Zentralverwaltung sind anzupassen. Für Berufe, die vorwiegend im ländlichen Raum ausgeübt oder aus grossen Einzugsgebieten rekrutiert werden, sollen die Ausbildungsstätten (Sek.-Stufe II) in Zentren des ländlichen Raums angesiedelt werden (ESP-Standorte). Der Kanton soll Anreize für effiziente Schulen in der Weiterbildung schaffen. Die Förderungen sind so einzusetzen, dass sie im Sinne von Direktzahlungen die erwünschten Produkte (Kostenträger) unterstützen und nicht Schulen (im Sinne von Kostenstellen) finanzieren.	in Umsetzung
5.12	Blockzeiten und Tagesschulen	Der Unterricht an der Volksschule erfolgt ab Schuljahr 2009/10 flächendeckend in Blockzeiten (Fünf Vormittage mit Unterrichtsblöcken à mind. vier Lektionen).	in Umsetzung
5.13	Änderung Art. 24 RPG	Der Artikel 24 soll dahingehend verändert werden, dass die bestehenden Bauernhausstrukturen zum Arbeiten und Wohnen / (Freizeit) umgenutzt werden können. In Vorbereitung auf diese Gesetzesänderung ist der politische Druck zu erhöhen.	in Umsetzung
5.14	Kantonsübergreifende (teil)regionale Raumentwicklung	Der politische Druck soll erhöht werden, damit die kantonalen Verwaltungen ihren Einfluss darauf verwenden, dass eine (teil-)regionale Raumentwicklung über die Kantonsgrenzen hinweg möglich wird.	in Vorbereitung
5.14a	Gemeindeübergreifende Zonenplanänderungen	Block I: Es ist im Rahmen bestehender regionaler Strukturen zu prüfen, ob Zonenplanänderungen zukünftig über die Gemeindegrenzen hinweg ermöglicht werden können. Damit können Kapazitäten erhöht werden. Block II: Die Delegation der Raumentwicklung an teilregionale Gremien ist ebenfalls zu prüfen.	in Vorbereitung
5.15	Vereinfachung administrativer Prozesse im Bauplanungsbereich	Bezüglich Bewilligungsverfahren ist der Gewährleistung der wirtschaftlichen Existenz der Gesuchsteller eine hohe Priorität beizumessen. Die Verwaltungswege i.S. der Vereinfachung von Mitberichtsverfahren sind dementsprechend neu zu definieren und zu vereinfachen.	in Vorbereitung
5.16	Pausenverpflegung mit regionalen Produkten	SchülerInnen im Seeland sollen ganzjährig mit Pausenzwischenverpflegung, bestehend aus natürlichen Produkten des Seelands, versorgt werden. Grundlage dafür sind Kontakte mit Gemüse- und Fruchtproduzenten.	in Umsetzung

5.17	Förderung des Wissenstransfers zwischen Bildungsinstitutionen und Wirtschaft	Die öffentliche Hand unterstützt Aus- und Weiterbildungsstätten des tertiären Bereichs nur noch, wenn laufend mind. zwei Projekte mit Wissenstransfer zwischen Aus- und Weiterbildungsstätten umgesetzt werden.	in Umsetzung
5.18	Vermarktung und Produktion regionaler Produkte steigern	Produkte der Region sind in der weiteren Umgebung zu promovieren um deren Marktanteil zu steigern. Organisationen zur Verbesserung der Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln und nachwachsenden Produkten sind auf- und auszubauen mit dem Ziel, das Produktionspotential vollständig und wirtschaftlich auszuschöpfen.	in Umsetzung
5.19	Angleichung Produktionsbedingungen an EU-Raum	Die Produktionsbedingungen und die gesetzlichen Voraussetzungen in der Land- und Forstwirtschaft sind an diejenigen der Konkurrenz aus dem EU-Raum anzugleichen.	in Umsetzung
5.20	Verbesserungen im Umgang mit ökologischen Ausgleichszahlungen	Ökologisch wertvolle Lebensräume sind in verbindlichen Plänen festzuhalten und die zur Erhaltung notwendigen finanziellen Mittel für Ausgleichszahlungen sind langfristig zu sichern.	in Umsetzung
5.21	Förderung der Wertschöpfung im Tourismus	Förderung der Alleinstellungsmerkmale (Drei-Seen, Zweisprachigkeit, HPM etc.) in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren und Leistungsträgern. Ausgestaltung bestehender und neuer kommerzieller Angebote. Der Auftritt soll gemeinsam koordiniert werden.	in Umsetzung
5.22	Anerkennung von Seeland.Bienne als offizielle Tourismusregion	Das Seeland soll offiziell als Tourismusregion anerkannt werden. Damit wird das Zusatzeinkommen, welches der Tourismus generiert, erhöht.	in Vorbereitung
5.23	Kantonsübergreifende Koordination und Vernetzung im Tourismusbereich	Um das Drei-Seenland gegen aussen optimal als Tourismusdestination vermarkten und positionieren zu können, ist die Koordination und Vernetzung kantonsübergreifend auszugestalten (Ktn. VD, FR, NE, SO, BE).	in Umsetzung
5.24	Stärken- / Schwächenprofil als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklungsstrategie	Um die zukünftige Entwicklungsstrategie für Gewerbe, Dienstleistungen und Industriebetriebe im ländlichen Raum neu zu definieren, soll ein Stärken- / Schwächenprofil der Region seeland.bienne erstellt werden.	Auftrag erreicht
5.25	Signet (Wertbekenntnis) "Région Francophile"	Schaffung eines Signets (Wertbekenntnis) "Région Francophile" mit dem die Anbieter bezeugen, dass französischsprachige Kunden willkommen sind.	Verzicht
5.26	Koordination der Massnahmen (im Rahmen der Wachstumsstrategie)	Bei Durchführung der einzelnen Massnahmen ist auf deren Kompatibilität und Zielkonflikte zueinander Rücksicht zu nehmen. Die einzelnen Massnahmen sind zu vernetzen, um eine adäquate und ganzheitliche regionale Entwicklung des ländlichen Raums zu ermöglichen.	in Umsetzung

F) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Emmental, Stand 01.01.07

Nr.	Massnahmen	Ziel	Status
2.1	Ausbau kantonales Kompetenzzentrum für Komplementär- und Alternativmedizin im Spital Langnau	Spital Langnau soll zum kantonalen Kompetenzzentrum für Komplementär- und Alternativmedizin werden. Die Bettenzahl ist bei steigender Auslastung schrittweise auf 30 zu erhöhen.	in Umsetzung
2.2	Ausbau Betreuungsplätze in den Familien im ländlichen Raum des Emmentals	Für Menschen, die sich ein Leben in einem bäuerlichen Umfeld gewohnt und auf Betreuung angewiesen sind, sollen in ausreichender Zahl Betreuungsplätze in Familien als Alternative zu einem Heimeintritt bestehen. Der Bedarf ist im Vergleich zu Heimplätzen sehr gering (Nischenangebot).	in Umsetzung
2.3	Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) Zufahrt Emmental	ZMB als Voraussetzung für die Trasseesicherung und Bau in Etappen	in Umsetzung
2.4	Stärkung des öffentlichen Verkehrs mit Bahn und Bus	Durch die Verbesserung des Bahn- und ergänzenden Busangebotes soll sichergestellt werden, dass die Agglomeration Bern und das Emmental optimal miteinander verbunden sind.	in Vorbereitung
2.5	Realisierung Bildungs- und Forschungsraum Emme	Vollständiges Ausbildungsangebot von der Sekundar- zur Tertiärstufe, ergänzt mit Massnahmen für Erwachsenenbildung und ausserfamiliäre Betreuungsangebote, Land- und Forstwirtschaft einschliessen.	in Umsetzung
2.6	Erhöhung Anzahl Lehrstellen im Emmental	Aktive Nachwuchsförderung soll betrieben und die Anzahl Lehrstellen vor allem im Bereich Technologieberufe gefördert werden. Junge sollen animiert werden, wieder ins Emmental zurückzukehren.	in Umsetzung
2.7	Bereinigung Regionsperimeter Emmental	Der Regionsperimeter und die Teilregionenperimeter werden zusammen mit dem Kanton bereinigt und es wird ein einheitlicher Begriff "Emmental" verwendet als Basis für Kooperation und Koordination.	in Vorbereitung
2.8	Förderung von Arbeitsplätzen im Emmental	1. Ergänzend zu den ESP-A sollen weitere ESP-A mit grösseren Bauzonen ausgeschieden werden. 2. Kanton soll Ausbau bestehender und Ansiedlung neuer KMUs im Hügel- und Berggebiet fördern.	in Umsetzung
2.9	Förderung des Wohnens im Emmental	Block I: An attraktiven Standorten soll das Wohnen gefördert und die Einwohnerzahl auch dezentral erhöht werden. Block II: Die Umnutzung von Gebäuden im ländlichen Raum soll möglich werden. Zielgruppe: Senioren.	in Umsetzung

2.10	Koordination raumwirksamer Massnahmen im Emmental	Block I: Die Raum- und Ortsplanung wird gemeinde- und regionsüberschreitend koordiniert. Block II: Langfristig besteht im Emmental ein gemeinsamer Zonenplan und ein gemeinsames Baureglement.	in Umsetzung
2.11	Marketing und Standortpromotion	Marketing und Standortpromotion für das Wohnen und Arbeiten im Emmental zur Steigerung der Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen.	in Vorbereitung
2.12	Vermarktung Emmentaler Wasser	Durch die ausserregionale Vermarktung der Wasserversorgung und des Emmentaler Trinkwassers wird die Wertschöpfung des Rohstoffs Wasser gesteigert.	in Vorbereitung
2.13	Förderung der Wertschöpfung aus emmentalischem Rohstoff Holz	Unter der Führung des Emmentals soll ein "Holzcluster" gegründet und die Steigerung der Wertschöpfung im Bereich Holz gefördert werden.	in Umsetzung
2.14	Stärkung Bildungs- und Beratungszentrum Inforama	Das Inforama Emmental Bäregg soll als Kompetenzzentrum im Hügel- und Berggebiet gestärkt werden. Damit werden Landwirtschaftsbetriebe unterstützt, ihre Produktion auf die Marktbedürfnisse und die Pflege des Kulturlandes auszurichten. Beratung für Landwirte und Berufsschule für Lehrlinge.	in Umsetzung
2.15	Förderung grossgewerblicher Käsereistrukturen und kleiner, innovativer Milchverarbeitungsbetriebe	Grössere gewerbliche Käsereien und kleinere innovative, auf Spezialitäten ausgerichtete Milchverarbeitungsbetriebe sollen gefördert und in eine gemeinsame Struktur integriert werden.	in Umsetzung
2.16	Destinationskonzept Emmental	Erarbeitung und Umsetzung eines Destinationenkonzeptes Emmental zur Steigerung der Wertschöpfung, des Preisniveaus und der Angebotsqualität. Die Marke "Emmental" soll - u.a. durch verstärkte Zusammenarbeit - gesteigert werden.	in Vorbereitung

G) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Gantrisch, Stand 01.01.07

Nr.	Massnahmen	Ziel	Status
3.1	Bedarfsgerechte Sicherstellung der Gesundheits(grund)versorgung	Die Prinzipien und Grundlagen der Gesundheitsversorgung sind zu überprüfen, um die Gesundheits(grund)versorgung bedarfsgerecht sicherzustellen (inkl. Notfallversorgung, stationäre Grundversorgung, Spital Riggisberg).	in Umsetzung
3.2	Förderung von Holzenergie und Holz allgemein	Eine Informationsdrehscheibe für alle kantonalen Amtsstellen ist aufzubauen. Kanton und Gemeinden favorisieren bei eigenen Projekten einheimisches Holz als Baustoff und Energieträger.	in Umsetzung
3.3	Erschliessung mit öV auch in der Fläche	Der Zugang zum öV soll auch im Hinterland sichergestellt werden. Die notwendigen Postautoverbindungen sind zu erhalten. Damit soll die Wohnbauentwicklung in Gebieten, die in fussläufiger Distanz mit öV verbunden sind, gefördert werden.	in Umsetzung
3.4	Zugang zur Autobahn	Ungehinderter Zugang zur A12 (Niederwangen) und A6 (Rubigen/Heimberg); Zufahrt zu Nationalstrassennetz sicherstellen (langfristig durch Bau Südumfahrung; kurzfristig durch Südumfahrung Belp).	in Umsetzung
3.5	Erhalt und Ausbau Strassennetz und Infrastruktur	Sicherstellen eines leistungsfähigen Strassennetzes in der Fläche und punktueller Ausbau Infrastruktur (inkl. Park&Ride). Ermittlung Ausbaubedarf und Beseitigung Gefahrenquellen. Gute und wirtschaftliche Erschliessung des Hinterlandes durch S-Bahn.	in Umsetzung
3.6	Schlanke Anschlüsse an Fernverkehr	Sicherstellen von schlanken Anschlüssen in Bern an den Fernverkehr.	in Umsetzung
3.7	Attraktives Bildungsangebot	Erhalt eines attraktiven und durchgehenden Bildungsangebotes (Primar- bis Sek.II-Stufe) in Region erhalten. Aufbau eines regionalen Bildungsangebotes	in Umsetzung
3.8	Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte für Wohnen	Im Rahmen der regionalen Richtplanung sind Schwerpunkte für die Bevölkerungs- und Wohnungsentwicklung zu definieren. Baureifes Bauland soll zur Verfügung gestellt und Wohnzonen in attraktiven Lagen sollen ausgeschieden werden.	in Umsetzung
3.9	Zusammenarbeit mit Agglomerationen und Nachbarregionen verbessern	Die Zusammenarbeit mit der Agglomeration und den Nachbarregionen soll durch regelmässige Mitarbeit in diversen Gremien verbessert werden.	in Umsetzung

3.10	Abbau entwicklungshemmender Vorschriften	Block I: Unter Federführung der Planungsverbände sollen die Bauvorschriften der Gemeinden harmonisiert werden. Block II: Entwicklungshemmende Vorschriften im Bau- und Raumplanungsgesetz sollen abgebaut werden.	in Umsetzung
3.11	Aktionsprogramm "Nebenerwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft"	Nebenerwerbsmöglichkeiten im Bereich Gewerbe, Waldarbeit etc. für die Landwirtschaft sollen gefördert und vermittelt werden. Arbeitsplätze sollen geschaffen werden.	in Umsetzung
3.12	Leistungsvereinbarungen Landschaftspflege	Basierend auf Leistungsvereinbarungen soll mit gezielten Massnahmen im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion auch die Landschaft gepflegt werden.	in Umsetzung
3.13	Ansiedlung von 2-3 Industrie- und Gewerbebetrieben	Ansiedlung von 2-3 Industrie- und Gewerbebetrieben in der Region durch aktives Standortmarketing der Gemeinden, unterstützt durch die Wirtschaftsförderung.	in Umsetzung
3.14	Erhalt Flughafen Belp	Erstellen eines überregionalen Marketingkonzeptes zwecks Erhalt des Flughafen Bern-Belp.	in Umsetzung
3.15	Aufbau Regionalmanagement und der Regionalmarke Gantrisch	Heutige Verbände sollen zu einem "Regionalmanagement" zusammengelegt werden. Die Organisation soll akzeptierte Strukturen erhalten und die "Regionalmarke Gantrisch" aufbauen.	in Umsetzung
3.16	Touristische Erschliessung Gantrischgebiet	Das Gantrischgebiet ist möglichst ganzjährig touristisch zu erschliessen (öV, Schneeräumung). Dafür ist ein Konzept für die touristische Erschliessung zu entwickeln.	in Umsetzung
3.17	Gemeinsame Tourismusplattform	Tourismuskonzept nach Strategie prüfen; sofortige Umsetzung im Bereich Naherholung; Schaffen einer gemeinsamen Tourismusplattform	in Umsetzung

H) Strategie ländlicher Raum: Massnahmen Oberaargau, Stand 01.01.07

Nr.	Massnahmen	Ziel	Status
4.1	Spital Region Oberaargau SRO AG	Spitalregion wird den aktuellen Bedürfnissen angepasst und weiterentwickelt um eine optimale Versorgung im Gesundheitsbereich anzubieten.	in Umsetzung
4.2	Stationäre medizinische Versorgung	Stationäre med. Versorgung wird bedürfnisgerecht über die Kantonsgrenzen durch interkantonale Zusammenarbeit organisiert und angeboten.	in Umsetzung
4.3	Stationäre psychiatrische Versorgung - Teilprojekt Psychiatrieplanung	Stationäre psych. Versorgung wird bedürfnisgerecht über die Kantonsgrenzen durch interkantonale Zusammenarbeit organisiert und angeboten.	in Umsetzung
4.4	Autobahnzubringer Oberaargau Süd, "Wirtschaftsstrasse Oberaargau"	Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) durchführen, Trassee rechtlich sichern	in Umsetzung
4.5	Bildungszentrum Region Oberaargau (heute bzL)	In der Region soll ein umfassendes Ausbildungsangebot auf Sek.-Stufe II geboten werden: 1. Ausbau Bildungszentrum in Langenthal mit Filialen in Herzogenbuchsee, Huttwil; Integration aller Schulen in BZ unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit. Zudem Umbenennung bzL in "Bildungszentrum Region Oberaargau BRO"; Förderung der regionalen Bedeutung und Einbindung; Integration kaufm. Berufsschule; 2. Entwicklung regionaler Standort für Pflegeberufe (FAGE).	in Umsetzung
4.6	Bildungszentrum Region Oberaargau (heute bzL)	Interkantonales Bildungszentrum mit allen Schultypen der Sek.-Stufe II in Region und laufender Ausbau / Aktualisierung des Bildungszentrums Langenthal sowie der Filialen Herzogenbuchsee und Huttwil.	in Umsetzung
4.7	Schulstrukturen Sek-Stufe I-II	Bedürfnis- nicht verwaltungsgerechte Organisation der Bildungsinfrastrukturen über die Kantonsgrenzen hinweg.	in Umsetzung
4.8	Steuerbelastungen für natürliche Personen	Für den Mittelstand/höhere Einkommen soll ein schweizerisch vergleichbares Steuerniveau geschaffen werden. Dazu sind die Möglichkeiten steuerlicher Anpassungen auf kantonaler und kommunaler Ebene auszuloten.	In Umsetzung
4.9	Autobahnzubringer Oberaargau Süd, "Wirtschaftsstrasse Oberaargau"	Schaffung einer Spezialfinanzierung für den Gemeindeanteil an den Baukosten.	in Vorbereitung

4.10	Waffenplatz Wangen a. A. / Wiedlisbach	Infracenter Bern-Region Mittelland W.a.A. / Wiedlisbach im neuen Stationierungskonzept Armee; Vollausbau Kompetenzzentrum für Rettungstruppen mit Stärkung Logistik und vollwertiger Standort für Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverband.	Auftrag erreicht
4.11	Designers Saturday	Designers Saturday in der Region halten und pflegen. Er ist Anlass für Inneneinrichtungen in der Schweiz. Oberaargau wird zur Designregion.	in Umsetzung
4.12	Designers Saturday	Designers Saturday in der Region halten und pflegen. Er ist Anlass für Inneneinrichtungen in der Schweiz. Oberaargau wird zur Designregion.	in Umsetzung
4.13	Design Preis Schweiz	Design Preis Schweiz wenn möglich zusammen mit Ktn. SO in der Region halten, konsolidieren und international positionieren. Design Preis hat nationale Bedeutung in allen Design Aspekten. Oberaargau wird zur Designregion.	in Umsetzung
4.14	Design Center AG (DC AG)	Durch die Stärkung der DC AG soll Design als Faktor für die Standortpromotion gefördert werden (Überprüfung Strategie, Angebote, personelle Zusammensetzung etc.). Oberaargau als Designregion.	in Umsetzung
4.15	Design Center Alte Mühle Langenthal	Das Design Center soll reaktiviert werden (Überprüfung Strategie, Angebote, personelle Zusammensetzung etc.). Oberaargau als Designregion.	in Umsetzung
4.16	Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern	Vergrösserung des Handlungsspielraumes für Firmen, Abbau Vorschriften zur Förderung der Ansiedlung von Betrieben durch Massnahmenpaket (Verbesserung Steuerbedingungen, infrastrukturelle Einbindung der Region, Servicequalität und Wirtschaftsverständnis in öff. Diensten; Liberalisierung ktn. und komm. Gebührenregelung etc.; Perfektionismus bei den behördlichen Auflagen vermeiden [Vergleich mit den Nachbarkantonen]).	in Umsetzung